



Als Juden gegen Juden aufmarschierten

Während des Ersten Weltkrieges kämpften jüdische Soldaten auf allen Seiten
SEITE 31

Diffamierung jüdischer Trump-Wähler

Das Attentat von Pittsburgh wird perfide instrumentalisiert
SEITE 10



Der letzte Jolly Boy

Neuer Film über den Auschwitz-Überlebenden Leon Schwarzbaum
SEITE 30



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Zunehmende bestätigende Resonanz und wachsende Leserzahlen im In- und Ausland geben uns Anlass zur Genugtuung und machen der Redaktion und mir Mut, unsere Stimme allem bigotten und verlogenen Geschrei des unduldsamen linken Meinungskartells zum Trotz auch weiterhin vernehmlich, konsequent und kompromisslos gegen jede Form des Antisemitismus und für die Verteidigung und den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen, westlichen Lebenswelt zu erheben.

Für die uns hierbei zuteil gewordene Sympathie und Bestärkung danken wir allen unseren Lesern, Unterstützern und Freunden auf das Herzlichste. Ihren vielfachen Zuspruch sehen wir als unsere vorrangige Verpflichtung an.

Die selbst in schlimmsten Albträumen nicht angedachten antijüdischen Vorkommnisse unserer Zeit, bei denen sich auf unseren Straßen und in großen Teilen West-Europas und wie zuletzt auch im amerikanischen Pittsburgh ein seit 1945 nicht mehr erlebter Tsunami ungehemmt offenkundig gewordenen unverhohlenen Judenhasses ergoss, erlauben uns nicht, auch nur einen Augenblick abzulassen, den – aller Verfolgung und Anfeindung zum Trotz – untrennbaren positiven Beitrag des Judentums an unserem gemeinsamen wertvollen abendländischen Erbe darzulegen.

Der gesamte, von uns heute gelebte und geliebte freiheitliche Lifestyle, unsere geistigen Errungenschaften, unsere Philosophie, unsere politische Kultur, unsere Musik, unsere Literatur, unsere moderne Medizin und unser wissenschaftlicher Fortschritt in fast allen Bereichen wären nicht denkbar ohne dieses gemeinsame Erbe, das mit großer Entschlossenheit gegen alle, den hiesigen Mainstream gegenwärtig leider wieder zunehmend dominierenden antijüdischen Vorbehalte und Anfeindungen geschützt werden muss.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Zeitenwende am Golf: Netanjahu im Oman

Von Laila Mirzo

Im scheinbar festgefahrenen Nahostkonflikt öffnen sich hinter den Kulissen Türen, die lange als verschlossen gegolten haben. Man redet miteinander und reicht sich sogar die Hand.

So geschehen am 25. Oktober: Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu reiste als erster Ministerpräsident seit 1996 in den Oman. Der Einladung des Sultans nach Maskat waren auch der Direktor des Außenministeriums, Vertreter des Verteidigungsministeriums, unter ihnen Yossi Cohen, Chef des Mossad, und der nationale Sicherheitsberater Meir Ben-Shabbat gefolgt. Auch Netanjahus Ehefrau Sara begleitete die israelische Delegation bei ihrem vorab nicht angekündigten Besuch.

Gezeichnet von seiner Krebserkrankung, aber voller Zuversicht, hieß Sultan Qabus ibn Said seine Gäste in seinem Palast willkommen, die offiziellen Bilder des omanischen Nachrichtensenders zeigten eine freundliche und entspannte Begegnung der Vertreter beider Länder, die zwar keine diplomatischen Beziehungen pflegen, sich aber um eine Partnerschaft bemühen. Programmpunkte des anfangs geheimgehaltenen Treffens waren „regionale Fragen“ wie Handelsbeziehungen oder sicherheitspolitische Aspekte.

Mit seiner Einladung handelte sich der Oman diplomatische Schelte aus vielen arabischen Ländern ein, die Israel das Existenzrecht noch immer absprechen. Denn offizielle Beziehungen zu Israel pflegen bislang nur Jordanien und Ägypten, die einen Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen haben und den jüdischen Staat auch formal anerkennen. Die Front der arabischen Länder, die mit militärischer und finanzieller Unterstützung des Iran die Ausradierung Israels von der Landkarte anstreben, bröckelt jedoch. Spätestens seit der Aussage des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman im US-Magazin „The Atlantic“, „die Israelis hätten ein Recht auf ein friedliches Leben in ihrem eigenen Land“, stehen die Zeichen auf der Arabischen Halbinsel auf Entspannung. Saudi-Arabien hat u.a. seinen Luftraum für ein Passagierflugzeug mit dem Ziel Israel geöffnet.

Der Oman ging bezüglich Israel schon lange einen Sonderweg

Der Oman unter Sultan Qabus hat die Isolationspolitik seiner Kollegen in der Arabischen Liga gegen Israel nie mitgetragen. Schon 1993 stand das Sultanat am Golf dem Oslo-Friedensprozess zustimmend gegenüber. In den Folgejahren besuchten die israelischen Premierminister Jitzhak Rabin und Schimon Peres Sultan Qabus, ein Ge-



genbesuch des omanischen Außenministers in Israel folgte im Jahr 1995. Im Oman eröffnete daraufhin eine israelische Handelsvertretung, ebenso installierte der Oman eine Vertretung in Israel. Zwar herrschte nach der zweiten Intifada zeitweise eine diplomatische Eiszeit zwischen den Ländern, jetzt aber setzt der Oman aktiv Zeichen für eine Normalisierung der Beziehungen.

Der Oman gilt in der Region als diplomatischer Vermittler, seine Öffnung gegenüber Israel könnte einen Dominoeffekt in Richtung politischer Normalisierung auslösen.

Aber auch abseits der politischen Ebene stehen die Zeichen auf Entspannung. In Abu Dhabi gewann der Israeli Sagi Muki beim Judo-Grand-Slam die Goldmedaille und konnte neben dem sportlichen Sieg eine Weltpremiere feiern: Erstmals in der Geschichte der Vereinten Arabischen Emirate wurde die israelische Hymne gespielt.

Nachdem es in den vergangenen Jahren immer wieder zum Boykott nationaler Symbole israelischer Athleten kam oder die Sportler nicht einmal als israelisches Team, sondern als „Vertreter“ der Internationalen Judo-Föderation (IJF) vorgestellt wurden, ist diese Geste erstmals ein Zeichen auch für politisches „Fairplay“. Große zeigte hierbei der Präsident der Emirate-Judoka, Mohammad Bin Thaloub Al-Darei, indem er bei der Siegerehrung beim israelischen Athleten nicht nur den obligatorischen Handschlag vollzog, sondern Sagi Muki sogar freundschaftlich und anerkennend auf die Schultern klopfte.

Miri Regev bricht in Tränen aus

Zeugin dieses historischen Moments war auch die israelische Sportministerin Miri Regev, die später die Stimmung in

einem Post auf Facebook mit den Worten „Wir haben Geschichte geschrieben! Das Volk Israel lebe!“ beschrieb. Unter Tränen der Freude, hatte sie die Hatikva bei der Siegerehrung gesungen.

Die Likud-Politikerin konnte darüber hinaus einen weiteren sportpolitischen Erfolg verbuchen: Regev holte zwei internationale Judo-Wettkämpfe für die Jahre 2019 und 2020 nach Israel.

Der Sportministerin wurde auch auf diplomatischer Ebene Ehre erwiesen. Die israelische Politikerin wurde zu einem offiziellen Besuch der größten Moschee der Vereinigten Arabischen Staaten eingeladen. In der Scheich-Zaid-Moschee hat sie sich als erste hochrangige Vertreterin Israels in das Gästebuch eingetragen und in Hebräisch eine „Botschaft der Brüderlichkeit und der Hoffnung auf Frieden unter den Nationen“ hinterlassen.

Das Engagement und die Leidenschaft vieler Menschen auf politischer und diplomatischer Ebene, aber auch in Sport und Kultur, tragen dazu bei das wahre Gesicht Israels in die Welt hinauszutragen und die Akzeptanz gegenüber dem jüdischen Staat zu fördern.

Nach dem Besuch der israelischen Delegation, wiederholte der omanische Außenminister Yousuf bin Alawi seine Sicht der Dinge einen Tag später auf einem Sicherheitsgipfel in Bahrain: „Israel ist ein Staat, der in der Region präsent ist, und wir alle verstehen das. Die Welt ist sich dessen auch bewusst und vielleicht ist es an der Zeit, dass Israel genauso behandelt wird (wie andere Staaten) und auch die gleichen Verpflichtungen erfüllt.“ Alawi ermutigte seine Kollegen, ihre Haltung gegenüber Israel zu überdenken.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Kein Flug für einen Israeli von Frankfurt nach Bangkok über Kuwait

Am Golf scheint eine Zeitenwende im Umgang mit Israel eingeläutet zu sein. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Saudi-Arabien und der Oman bemühen sich – mit kleinen Schritten zwar, aber doch sichtbar – um eine Normalisierung der Beziehung zu Israel. Damit entsteht ein Gegenpol zur anti-israelischen Iran-Achse der Region. Noch immer verweigern einige arabische Länder israelischen Staatsbürgern die Einreise. Dazu gehören neben Syrien auch der Libanon und Kuwait. Der Boykott gegenüber Israel und seinen Staats-

bürgern geht soweit, dass Kuwait Airways einem Fluggast mit israelischem Pass die Beförderung von Frankfurt nach Bangkok, mit Zwischenstopp in Kuwait, verweigerte, als sie von seiner Staatsbürgerschaft erfuhr. Die Fluglinie berief sich dabei auf das „Einheitsgesetz zum Israel-Boykott“ aus dem Jahr 1964, das einen Vertragsschluss mit israelischen Staatsangehörigen verbietet. Sogar Reisenden mit einem israelischen Stempel im Reisepass wird die Einreise verweigert.

Vor diesem Hintergrund haben diese ver-

meintlich kleinen Gesten aus dem Oman oder Abu Dhabi eine große symbolische Bedeutung und gelten in der Geschichte Israels und seines Volkes als historische Meilensteine auf dem Weg zur weltweiten Anerkennung. Die Aufnahme weiterer Gespräche können zu offiziellen diplomatischen Beziehungen führen und es eines Tages ermöglichen, weitere Friedensverträge mit arabischen Ländern zu schließen.

Die arabischen Nachbarn würden jedenfalls von einer Partnerschaft mit Israel profitieren.

Israels Leuchtturmfunktion in der Region spricht für sich: Als demokratischer Rechtsstaat bietet das Land seinen Einwohnern Religionsfreiheit und Religionsfrieden, und garantiert allen ungeachtet der Konfession oder ethnischen Abstammung die gleichen Rechte und Chancen. Auch als Wirtschaftspartner ist Israel von großer Bedeutung. Als führender Exporteur von Medizinprodukten, Bewässerungstechnologie und Software, sind Handelsabkommen vernünftigerweise anzustreben. Am Golf ist jedenfalls der erste Schritt dazu getan.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

In diesem Sinne verstehen wir auch unsere diesjährige Novemberausgabe, zu der wir uns wieder Ihr wichtiges, konstruktives Interesse wünschen.

Auch wenn der Monat November in unseren Breiten insgesamt ein eher von elegischer Stimmung getragener Herbstmonat ist und nicht wenige, meist dieser Stimmung entsprechende Gedenktage aufweist, so beinhaltet er doch gerade in der neueren Geschichte Tage der Erinnerung an Ereignisse, die sowohl für Deutschland als auch für die Juden von schicksalhafter Bedeutung sind und maßgeblich zur heutigen politischen Situation beigetragen haben.

Der 29. November 1947 ist der Tag der Resolution 181 (II), in der sich die UNO mit überwältigender Mehrheit für eine Teilung des damaligen britischen Mandatsgebiets und die langersehnte Wiederentstehung eines jüdischen Nationalstaates auf einem Teil des alten jüdischen Territoriums aussprach. Dieser Tag ist damit die eigentliche Geburtsstunde des modernen demokratischen Staates Israel.

Für Deutschland, aber auch für die deutschen und europäischen Juden schicksalhaft sind jedoch auch unfraglich die historischen Ereignisse, die jeweils koinzidenter Weise auf den 9. November fielen und von denen insbesondere der 9. November der Jahre 1918, 1938 und 1989 hervorzuheben ist.

Der Hoffnungsfunke, den genau vor 100 Jahren die Abdankung des deutschen Kaisers und das Ausrufen einer Republik Deutschland am 9. November 1918 und zwei Tage später am 11. November 1918 das offizielle Ende des schrecklichen Ersten Weltkriegs mit über 17 Millionen Todesopfern, davon allein 12.000 für das deutsche Kaiserreich gefallenen Juden, in dem geschundenen Europa für einige wenige Jahre aufkeimen ließ, wurde sehr bald wieder zertreten.

Er wurde brutal zertreten von der durch Deutschland selbsterwählten braunen Nazi-Herrschaft, dem antisemitischen Terror der Pogromnacht des 9. November 1938 und der folgenden Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden durch deutsche Nazis und ihre bereitwilligen Helfer aus unterschiedlichen Nationen.

Mit dem 9. November 1989 konnte durch den Fall der Berliner Mauer die in der Folge des Zweiten Weltkrieges entstandene Teilung Deutschlands überwunden und Freiheit und Demokratie für alle, auch für die wenigen übriggebliebenen jüdischen Bürger des wiedervereinten deutschen Staates, geschaffen werden.

Staatstragend und symbolhaft für den freiheitlichen Geist des neuen, demokratischen und wiedervereinten Deutschland war auch die aufrichtige Freude und das weitere Anwachsen der sich in den Nachkriegsjahren nur langsam wieder etablierenden, nahezu ausgemerzten – zum Teil auf eine weit über eintausend Jahre alte Existenz zurückblickenden – jüdischen Ge-

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

meinden in unserem Lande.

Angesichts der entseelten und vernunftverlassenen Politik unseres längst von den Wählern abgewählten linken Regierungsbündnisses weicht diese Freude an der Wiedervereinigung gegenwärtig der Sorge, dass diese Republik allen negativen Erfahrungen der Weimarer Republik zum Trotz – aber auch ganz Westeuropa – die Chancen, die die Überwindung des Kalten Krieges und der Blöcke für unsere freiheitliche Lebensweise in Überfülle gebracht hat, dauerhaft vertut.

Unsere westlichen Demokratien sind gerade dabei, unser hart und opferreich er-

dafür liefert gerade in diesen Tagen der mit Befremden zur Kenntnis zu nehmende Umgang mit dem verdienten Chef der Bundesverfassungsbehörde, der von einer gern mit Judenmördern vom Schlage Arafats foto-posierenden Parteivorsitzenden einer kaum noch zehn Prozent der Wähler erreichenden weit nach links gerückten SPD aus dem Amt gemobbt wurde und dafür, dass er diesen Umstand wahrheitsgemäß apostrophierte, von seinem als Dauer-Umfaller sattsam bekannten Vorgesetzten und Vorsitzenden einer ehemals bürgerlichen CSU auch noch vollends aus dem aktiven Dienst entfernt wurde.



Tauwetter: Die israelische Ministerin Miri Regev zu Besuch bei einem Judo-Wettbewerb in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

kämpftes humanistisches Erbe durch falsch verstandenes Appeasement und undifferenziertes Gewährenlassen den zumeist islamischen Feinden unserer Demokratie und unserer freiheitlichen Lebenswerte nahezu ohne Gegenwehr zu überlassen und gleichzeitig Tür und Tor für ein reaktives Erstarren des rechten Randes zu öffnen.

Durch die besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung mit zunehmender Geschwindigkeit gewachsene Islamisierung Deutschlands wurde – unterstützt von unseren links-ideologisch dominierten öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien – durch eine von keiner Ratio nachvollziehbare suizidale Einlasspolitik islamischer Demokratie- und Rechtsstaatsverachtung, Frauenentrechtung und eines abgrundtiefen gewalttätigen Judenhasses – Erosionen an unserer freiheitlich-westlichen Lebensweise zugelassen, die wir in unserer säkularen, religions-getrennten und religions-toleranten Lebenswelt kaum für möglich gehalten haben.

Koalitions-Akrobatik

Schlimmer noch, eine freie Meinungsäußerung und Kritik an dieser entseelten Politik unserer, wie die Wahlen in Bayern und Hessen gerade zusätzlich belegen, sich trotz offensichtlicher massiver Ablehnung durch die Wähler mit allzu durchsichtiger problem-negierender Koalitions-Akrobatik an der Macht haltenden, von der Mitte weit nach links abgedrifteten Regierungs-Koalition, ist kaum noch zugelassen. Sie wird mit gesellschaftlicher Ausgrenzung durch die Medien und massivem, bis zum Job-Verlust gehenden Mobbing geahndet. Ein Beispiel

Kritik gegenüber der Unkultur des Islam – und zwar fast ausschließlich nur gegenüber dieser – wird kriminalisiert. Während islamische Rattenfänger in unserem Lande und in anderen westeuropäischen Staaten in von uns auch noch massiv geförderten Institutionen zahlreiche Jugendliche auf Demokratie- und Judenfeindlichkeit abrichten, verwickeln uns unsere hiesigen Terror-, Scharia- und Islam-Versteher aus Medien und Politik in Scheindiskussionen und beleidigen unsere Intelligenz, indem sie uns vorgaukeln, dies alles wären Einzelfälle und hätten nichts mit dem Islam zu tun – ganz so als hätte der Alkohol nichts mit Alkoholismus gemein.

Das ohnehin in unseren Gesellschaften tief verankerte, tradierte antijüdische Ressentiment hat durch die von den Mainstream-Medien und der Politik hofierte islamische Migrantenszene und die reaktiv wieder auftretenden rechten Krawallmacher eine nie geahnte gewalttätige Verstärkung erfahren, die jüdische Menschen in diesem Lande und in West-Europa längst wieder dazu bewegt hat, über Emigration nicht nur nachzudenken.

Israel-Delegitimierung wird zur Normalität

Die einseitige, antisemitisch geprägte Delegitimierung Israels – des einzigen demokratischen Staates im gesamten Nahen Osten – ist zur schrecklichen Normalität unserer Politik und unserer Medien geworden, während die Bankrotterklärung des Westens gegenüber dem arabischen Terror und den unaussprechlichen dortigen Grau-

samkeiten durch die gleichen sogenannten Nahost-Experten und Israel-Verurteiler ständig aufs Neue relativiert werden.

Allem anderen voran möchten wir an dieser Stelle nachdrücklich unsere unverbrüchliche Solidarität mit dem Staat Israel betonen und unser tiefes Mitempfinden sowie unsere große Besorgnis über die anhaltenden niederträchtigen und abscheulichen Raketen-Mordaktionen auf unschuldige jüdische Menschen und Bürger des jüdischen Staates zum Ausdruck bringen.

Nicht nur die niederträchtigen hinterhältigen Raketen-Angriffe auf jüdisches Leben und die massive, keinerlei Reaktion der grünen Klimahysteriker hervorrufende Umweltzerstörung durch Feuer aus Gaza geben Anlass zur Sorge. Dies tun in gleichem Maße auch die Reaktionen der westlichen Politik und die mit sorgenumwölkerter Stirn über das Wohlergehen – nicht etwa der unschuldigen Opfer, sondern der hinterhältigen arabischen Mörder – betroffene, kaum noch zu ertragende Berichterstattung und Kommentierung großer Teile der durch und durch verheuchelten öffentlich-rechtlichen und anderen Mainstream-Medien.

Gleichgültig, welche haarsträubenden Lügengespinste über die historische Rechtmäßigkeit des jüdischen Staates und seiner legitimen Hauptstadt Jerusalem seitens der Hamas-Verbrecher und der Terror-Clique um Abbas verbreitet werden – sie dürfen sich besonders nach der historischen richtigen Jerusalem und Iran-Entscheidung des US-Präsidenten nahezu stets der wohlwollenden Zustimmung unserer hiesigen Politik und der dortigen, von unseren Medien beifällig orchestrierten, in ihrer Israel-Delegitimierung fast vollständig gleichgeschalteten Trump- und Israel-Hasser sicher sein.

Terror findet auch auf dem Schulhof statt

Der ohnehin schon erheblich gefährdete Schutz jüdischen Lebens auf unseren Straßen, und die angstfreie Sicherheit unserer Kinder in unseren mit jüdenfeindlichen, gewalttätigen islamischen Schülern vollgestopften Schulen bleibt auf der Strecke und ist kaum ein Thema für unsere auf dem islamischen Auge einseitig erblindete, nahezu gleichgeschaltete „Der Islam gehört zu Deutschland“-Politik und ihre Gesinnungsmedien. Aus Furcht vor einer vermeintlichen Verärgerung der islamischen Schüler und deren Eltern, denen von vornherein von unserer sich selbst aufgebenden Politik eine niedrige Aggressionsschwelle gegenüber den immer weniger werdenden, nicht dem wahren Glauben des Propheten zugehörigen Mitschülern und Lehrern zugebilligt wird, verzichten unseren Schulen zusehends auf humanistische, abendländische, kulturelle und geschichtliche Lehrinhalte, insbesondere solche zu den Themen Judenverfolgung und Holocaust.

Fortsetzung auf Seite 10 ▶▶

Wer war Jamal Kashoggi?

Wie ein antisemitischer Islamist nach seiner Ermordung posthum zum Liberalen befördert wird

Von Thomas Eppinger

15 Männer mit saudischen Diplomatenpässen landen in Istanbul, sie kommen in zwei Privatjets. Ihr Limousinen-Konvoi trifft kurz vor Jamal Kashoggi im saudischen Konsulat ein. Dort wird Kashoggi getötet und sein Leichnam zerstückelt, die Limousinen fahren ab. Wenn das saudische Herrscherhaus dazu den Auftrag gab, war es einer der öffentlichsten Morde eines Geheimdiensts der Geschichte, ausgeführt in einem Land, das man nicht gerade „befreundet“ nennen kann. Was entweder eine enorme Machtdemonstration oder eine noch größere Dummheit wäre. In den ersten Berichten, die den Tod Kashoggis bestätigten, war von der versehentlichen Überdosierung eines Betäubungsmittels bei einem Entführungsversuch die Rede, inzwischen heißt es, er sei bei einem Kampf ums Leben gekommen. Ob die ganze Wahrheit je ans Licht kommt, ist ungewiss.

Die „Washington Post“ veröffentlichte Kashoggis letzten Kommentar mit einer besonderen Würdigung: „Diese Kolumne offenbart perfekt seine Hingabe und Leidenschaft für die Freiheit in der arabischen Welt. Eine Freiheit, für die er anscheinend sein Leben gegeben hat.“ Jamal Kashoggi, gefallen im Kampf für Recht und Freiheit? Wie so oft im Nahen Osten liegen die Dinge nicht so einfach wie sie scheinen.

Islamist in liberaler Tarnung – und ein Freund Bin Ladens

Vor seinem selbstgewählten Exil in den USA war Kashoggi einer der einflussreichsten Männer in Saudi-Arabien. In der Medienlandschaft des Königreichs, in der nichts ohne die Billigung des Herrscherhauses erscheint, wurde Kashoggi zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten des Landes und stieg zu einem engen Vertrauten des 2015 verstorbenen Königs Abdullah und des saudischen Prinzen auf.

Er sei außerordentlich gut vernetzt gewesen, berichtet die „New York Times“, „der gelassene Mann schien in den letzten drei Jahrzehnten jeden zu kennen, der etwas mit Saudi-Arabien zu tun hatte“. Der Aufstieg Kashoggis habe mit dessen Freundschaft zu Osama bin Laden begonnen, in Zeiten des Dschihad der Afghanen gegen die Sowjetunion. Den Tod Osamas habe Kashoggi mit den Worten beklagt: „Ich bin vor einer Weile weinend zusammengebrochen, mit einem gebrochenen Herz deinetwegen, Abu Abdullah [Bin Ladens Spitzname]. Du warst schön und tapfer in diesen schönen Tagen in Afghanistan, bevor du dich Hass und Leidenschaft ergeben hast.“

Kashoggi sei schon in frühen Jahren den Muslimbrüdern beigetreten, und habe während seiner Karriere im Dienst der Monarchie seinen persönlichen Hang zur elektoralen Demokratie und einem Politischen Islam nach den Vorstellungen der Muslimbruderschaft verborgen. „Obwohl er später aufhörte, an Treffen der Bruderschaft teilzunehmen, verharrete er bei deren konservativen, islamistischen und oft antiwestlichen Rhetorik, die er einsetzen oder verbergen konnte, je nachdem, mit wem er Freundschaft schließen wollte.“

Zeige mir Deine Freunde, und ich sage Dir, wer Du bist!

Laut der Zeitschrift „Haaretz“ war Kashoggi zudem ein enger Freund von As-



Der Journalist Jamal Kashoggi

sam Tamimi, einem unermüdlichen und vehementen Unterstützer der Hamas. Tamimi lebt in London und moderiert eine Sendung im arabischsprachigen TV-Sender Al-Hiwar. Er hat immer wieder die „palästinensischen“ Selbstmordattentäter gepriesen und lobte die Hamas als „Verteidiger der Wahrheit“, die Opfer zum Wohle aller Muslime gebracht hätten. Tamimi zufolge sei die Hamas der wahre Vertreter des „palästinensischen“ Volkes. Bei einer Demonstration zum Al-Quds-Tag verlangte er die „Entfernung des Krebsgeschwürs Israel“, in Interviews mit der BBC bekräftigte er seine Bereitschaft, als „Märtyrer“ in einem Selbstmordattentat gegen Israelis zu sterben. Mit Tamimi verbrachte Kashoggi die letzten Stunden vor seinem Flug in die Türkei.

Der „Kampf gegen Israel“ sei im Zentrum seiner islamistischen Agenda ge-

aufgerufen wird, für moderat hält – das klingt nicht gerade nach einem Liberalen, der für die Freiheit sein Leben gegeben hat.

Jamal Kashoggi war weder liberal noch fortschrittlich, zu keinem Zeitpunkt verfolgte er das Modell einer pluralistischen Demokratie. Seine Ziele waren die Auslöschung Israels und die Errichtung einer

islamischen Theokratie mit „demokratischen“ Mitteln.

Das saudische Königshaus ist eine Mafia

Auch der junge Kronprinz Mohammed bin Salman, starker Mann und vermutlich künftiger Herrscher Saudi-Arabien, der unter dem Kürzel „MBS“ bekannt ist, entspricht ganz und gar nicht der westlichen Vorstellung von „liberal“, obwohl die Medien ihn gern mit diesem Attribut versehen. Zweifellos ist er ein Erneuerer, der sein Land wirtschaftlich ins 21. Jahrhundert führt und es politisch öffnet. Doch mit dem westlichen Verständnis von Demokratie oder gar Sympathien für bürgerliche Freiheitsrechte hat das nicht das Geringste zu tun. MBS befreit das Land nur von einigen besonders absurden religiösen Fesseln, die seinen wirtschaftlichen und

dingen mit Iran kooperiert und die MBS zusammen mit Iran und militanten Extremistengruppen als „Dreieck des Bösen“ bezeichnet hat. Über Erdogan oder die AKP ist kein einziges kritisches Wort von Kashoggi oder dessen türkischer Verlobten Hatice Cengiz bekannt. Sein zentrales Anliegen, der Kampf gegen den jüdischen Staat, unterlief zudem auch noch die strategische Annäherung Saudi-Arabiens an Israel.

John Bradley vergleicht im „Spectator“ das Haus der Sauds mit der Mafia und erzählt Kashoggis Leben als die Geschichte eines Mannes, der sich auf die Mafia und deren Regeln eingelassen hatte. Bin Salman habe ihm vor wenigen Wochen ein traditionelles Stammesangebot zur Versöhnung gemacht und einen Platz als Berater angeboten, wenn er in das Königreich zurückkehre, was Kashoggi aber abgelehnt habe. Eine möglicherweise tödliche Zurückweisung: „Wenn du einmal dabei bist, ist es fürs Leben, und wenn du versuchst zu gehen, wirst du entbehrlich.“

Muslimbrüder vs. Saudis: In diesem Konflikt gibt es keine Guten

„Haaretz“ benennt im oben zitierten Artikel das Offensichtliche: Nichts rechtfertigt, wenn ein Journalist von dem Regime ermordet wird, das er kritisiert hat, dabei spielt es keine Rolle, welche Ansichten er vertreten hat. Es wäscht diese Ansichten aber auch nicht rein. Wer jetzt einer Neubewertung der Muslimbrüder das Wort redet, verkennt deren Charakter. Dass sie demokratisch an die Macht kommen wollen, ändert nichts an ihrem Ziel der Errichtung einer islamischen Theokratie, deren Lebensrealität sich nur marginal von jener im heutigen Saudi-Arabien unterscheiden würde. Nach westlichem Verständnis hat die absolute Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit nichts mit einer liberalen Demokratie zu tun. Eine Demokratie ohne Rechtsstaat, der die Bürgerinnen und Bürger vor staatlicher Willkür schützt, ist keine. Wenn in einem Zoo mit 60 Raubtieren und 40 Eseln der Zoodirektor demokratisch gestürzt wird, droht spätestens dann Unheil, wenn darüber abgestimmt wird, was es zum Abendessen gibt.

Auch wenn es absurd anmutet, wenn sich ausgerechnet Erdogan als Anwalt eines ermordeten Journalisten aufspielt, ist die weltweite Empörung über die Ermordung Kashoggis nachvollziehbar. Sie bekommt aber einen unangenehmen Beigeschmack, wenn dieselben Leute nun Sanktionen gegen Saudi-Arabien fordern, die auf den Pakt mit dem Iran pochen oder sich vehement für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland einsetzen. Anna Politkowskaja und ihre Kollegen sind offenbar vergessen. In Russland wurden in den letzten 15 Jahren 246 Journalisten umgebracht, kaum einer dieser Morde ist gelöst worden. „Mit potentiellen Mördern paktiert man nicht“, schreibt Wolfgang Kubicki auf Facebook. Ja eh.

Der Fall Kashoggi ist eine Herausforderung für die internationale Diplomatie. Für den Ruf nach mehr Moral in der Politik eignet er sich nicht. Denn die Alternative zur islamischen Diktatur der Sauds, die mit dem Westen kooperiert, wäre eine islamische Diktatur, die den Westen mit allen Mitteln bekämpft. Manchmal liegen die Dinge auch einfacher als sie scheinen.

„ Wenn in einem Zoo mit 60 Raubtieren und 40 Eseln der Zoodirektor demokratisch gestürzt wird, droht spätestens dann Unheil, wenn darüber abgestimmt wird, was es zum Abendessen gibt.“

standen, so „Haaretz“, er hätte selbst eine leidenschaftliche Ode an die Hamas verfasst und unter einem „gemäßigten Islam“ unter anderem die Lehren von Yusuf al-Qaradawi verstanden. Qaradawi ist ein einflussreicher Hassprediger aus Katar, der im Sender Al-Jazeera den islamischen Terrorismus propagiert. 2004 hatten mehr als 2.500 muslimische Intellektuelle aus 23 Ländern die UNO in einer Petition aufgefordert, die „Theologen des Terrors“ vor ein internationales Tribunal zu stellen und ihnen zu verbieten, mit Religion zur Gewalt anzustiften. Qaradawi wird in dieser Petition namentlich erwähnt, die Unterzeichner beschreiben ihn als einen der „Scheichs des Todes“. Im Jahr davor hatte Qaradawi eine Fatwa erlassen, die ausdrücklich das Töten von schwangeren israelischen Frauen und deren ungeborenen Kindern erlaubt, weil die Kinder als Erwachsene zur israelischen Armee gehen könnten.

Ein Mann, der Jahrzehnte lang als enger Vertrauter des Hauses Saud diente; ein eifriger Unterstützer des „palästinensischen“ Terrors, der eng mit Hasspredigern befreundet war; ein Protagonist des politischen Islam der Muslimbruderschaft; ein Muslim, der einen Islam, in dem zum Mord an schwangeren Jüdinnen samt deren ungeborenen Kindern

politischen Interessen entgegenstehen. Allein die Aufhebung des Frauen-Fahrverbots soll bis 2030 neunzig Milliarden Dollar mehr an Wirtschaftsleistung bringen, zusätzlich zur internationalen politischen Reputation.

König Salman und MBS regieren absolutistisch und mit maximaler Härte, sie denken gar nicht daran, das zu ändern. Dass man in Saudi-Arabien jetzt ins Kino gehen darf, ändert nichts daran, dass kritische Stimmen ausgepeitscht werden, Gegner hinter Kerkermauern verschwinden und Delinquenten öffentlich geköpft werden.

Gefahr droht MBS – und der Herrschaft der Sauds – vor allem von drei Seiten: im Inneren von den alten wahlhabitschen Seilschaften rund um den früheren König Abdullah und von den Muslimbrüdern – viele der ihnen nahestehenden Geistlichen ließ MBS in den letzten zwei Jahren ins Gefängnis werfen, sowie von außen durch den Iran. Dass einer der intimsten Kenner des Regimes, im In- und Ausland prominent und bestens vernetzt, aus dem Ausland den Widerstand der Muslimbrüder gegen das Königshaus unterstützt, müssen die Sauds als Bedrohung betrachtet haben. Dazu kommt Kashoggis Naheverhältnis zur Türkei, die in Syrien neuer-

Die doppelte Moral der linken Medien

Wurden die Demokraten von den Leitmedien jemals für ein Attentat auf einen republikanischen Abgeordneten verurteilt?

Von Stefan Frank

Es ist erschreckend, dass manche Menschen so sehr von fanatischem Hass auf den politischen Gegner besessen sind, dass sie bereit sind zu morden. Ein gutes Beispiel ist James Hodgkinson. Der 66-jährige pensionierte Immobiliengutachter aus Belleville im US-Bundesstaat Illinois stand am Morgen des 14. Juni 2017 um sieben Uhr an einem Baseballplatz in Alexandria, Virginia, südlich von Washington. Auf dem Platz trainierten republikanische Kongressabgeordnete, darunter Stephen Scalise, der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, für ein Wohltätigkeitsspiel gegen die Demokraten. Die beiden Abgeordneten Ron DeSantis und Jeff Duncin hatten ihr Training bereits beendet und stiegen in ein Auto. Hodgkinson fragte sie, ob auf dem Platz republikanische oder demokratische Politiker trainierten. „Republikanische“, antwortete Duncin. „Okay, danke“, sagte Hodgkinson. Dann holte er ein Sturmgewehr und schoss auf die Abgeordneten. Mindestens 50 Schüsse feuerte er ab.

Als erstes traf er Scalise, der an der Hüfte verwundet wurde und zusammensackte. Scalise kroch in Richtung Spielfeldrand und hinterließ eine lange Blutspur. Die anderen hatten sich unterdessen auf den Boden geworfen und versuchten zu entkommen oder wenigstens den Bereich der Spielerbank zu erreichen, um dort etwas Deckung zu finden. Der zehnjährige Sohn des Teammanagers versteckte sich unter einem Auto. Mike Bishop, ein Abgeordneter aus Michigan, schilderte der „New York Times“: „Er hat uns gejagt. Es waren so viele Schüsse, dass man nicht aufspringen und wegrennen konnte. Pop, pop, pop, pop – es war ein Geräusch, das ich niemals vergessen werde.“

Es war ein Glück für die Politiker, dass der Platz von einem Zaun umgeben war und die Zugangstür abgeschlossen, so dass Hodgkinson nur von außen schießen konnte. Außer Scalise traf er vier weitere republikanische Abgeordnete, ehe er von Leibwächtern und alarmierten Polizisten mit Schüssen getroffen wurde. Hodgkinson starb wenig später im Krankenhaus, die Opfer überlebten. Senator Rand Paul und andere Beobachter sind sicher, dass Hodgkinson so viele Menschen wie möglich töten wollte: Die Sicherheitskräfte hätten in Alexandria ein Massaker verhindert, sagte Rand.

Wahlkampf helfer von Bernie Sanders

Hodgkinson, so stellte sich schnell heraus, war ein Wahlkampf helfer des linken demokratischen Präsidentschafts aspiranten Bernie Sanders gewesen, auf den er große Stücke hielt. Gegen Präsident Trump und alle Republikaner hingegen hegte er einen unbändigen Hass. Noch zwei Tage zuvor hatte er auf Facebook geschrieben: „Ich möchte sagen, Mr. President, du bist das größte Arschloch, das wir je im Oval Office hatten.“ Hodgkinson unterschrieb eine Internetpetition, die dazu aufforderte, Trump und dessen Vize Mike Pence wegen „Verrats“ des Amtes zu entheben. Mit einem „Like“ markiert hatte er hingegen auf Facebook Hillary Clinton, die linke demokratische Senatorin Elizabeth Warren und den Filmmacher Michael Moore. Zudem war er



Der gescheiterte demokratische Präsidentschaftsbewerber Bernie Sanders

auf Facebook Mitglied von Hassgruppen wie „The Road to Hell is Paved With Republicans“, oder „Terminate the Republican Party“.

Was machen Journalisten aus der Sache?

Kann man Bernie Sanders, Hillary Clinton oder die Demokratische Partei für den Anschlag verantwortlich machen? Etwa, weil sie den „geistigen Nährboden“ für die Tat bereitet oder eine „Saat des Hasses“ gegen den amerikanischen Präsidenten und die Republikanische Partei gesät hätten? Selbstverständlich nicht. Allein James Hodgkinson war für seine Tat verantwortlich, niemand sonst. Auf die bizarre Idee,

hat, ist Folgendes: Er ist ein vielfach vorbestrafter Wohnungsloser, der seit Jahren in einem Van wohnte; der 2002 seinem Stromversorger gedroht hatte, sollte ihm der Strom abgestellt werden, werde er die Zentrale der Firma „in die Luft sprengen“, das werde „schlimmer als der Elfte September“.

Die Managerin eines Restaurants, in dem er gearbeitet hatte, bezeichnet ihn als „verrückt“ (crazed). Was machen Journalisten, amerikanische und deutsche, aus der Sache? Nehmen wir – stellvertretend für viele gleichartige – einen Artikel von „Zeit online“. „Donald Trump weist Mitverantwortung für Briefbomben von sich“, lautet die

bomben war wohl überzeugter Trump-Fan.“ Das mag so sein oder nicht; selbst wenn er ein Wahlhelfer Trumps gewesen wäre, würde das Trump ebenso wenig zu einem Mitverantwortlichen machen wie Bernie Sanders.

Journalisten suggerieren eine Urheberschaft Trumps

Schon die immer wieder zu lesende Formulierung, die Rohrbomben hätten „Trump-Kritikern“ gegolten, ist infam. Nie wäre jemand auf die Idee gekommen, den Anschlag von Alexandria als „versuchtes Massaker an Obama-Kritikern“ zu deuten, oder? Was ist mit dem Messerattentat auf den brasilianischen Politiker Jair Bolsonaro am 6. September – hätte ein Journalist da gesagt, dass es einem Kritiker des früheren Präsidenten Lula da Silva gegolten habe? Nein (stattdessen gab es Schlagzeilen wie „Jair Bolsonaro könnte von Messerangriff profitieren“).

Die Formulierung „Trump-Kritiker“ soll eine Urheberschaft Trumps suggerieren, eine These, die so weit hergeholt ist, dass nicht einmal der Anschein eines Beweises erbracht wird. Stattdessen gibt es ein Fantasieren im Stil von: „Der Täter A hat etwas gegen B, nicht aber gegen C, also ist C schuldig.“

„Steffi-Graf-Fan“ sticht auf Monica Seles ein

Konnte Steffi Graf etwas für die Tat des Mannes, der der Tennisspielerin Monica Seles am 30. April 1993 während einer Pause in einem Match am Hamburger Rothenbaum ein Messer in den Rücken stieß? Es hieß in etlichen Zeitungsartikeln, der Täter sei ein „Steffi-Graf-Fan“. Offenbar bezweckte er, Graf auf diese Weise wieder zur Weltranglisten-Ersten zu machen (was

„Für die Morde an Juden, die jemand verübt, der so über Trump denkt, können nur Leute Trump verantwortlich machen, die so von Hass auf ihn verzehrt sind, dass es nichts gibt, für das sie ihm nicht die Schuld geben würden.“

Sanders oder Clinton eine Mitschuld zu geben, ist niemand gekommen. Es gab keine Schlagzeilen wie etwa „Bernie-Sanders-Fan wollte Republikaner töten“ oder „Trump-Hasser läuft Amok“.

Ganz anders verhält es sich, wenn die Opfer eines extremistischen Gewalttäters keine Republikaner sind, sondern Demokraten. Was wir über Cesar Sayoc wissen, der mutmaßlich Rohrbomben an die Büros von Barack Obama, Hillary Clinton und etliche weitere Politiker oder Sympathisanten der Demokratischen Partei geschickt

Schlagzeile. Der amerikanische Präsident wird hier auf die Anklagebank gesetzt – aber gegen welche Anklage soll er sich verteidigen?

Für jemanden, der nur die Überschrift liest, ergibt sich der Eindruck, es gebe plausible Hinweise dafür, dass Trump eine Mitverantwortung trage, und nun stünde Aussage gegen Aussage. Jeden Moment kann die Polizei kommen und ihn, den Komplizen, in die selbe Zelle werfen wie den Täter. Weiter heißt es: „Der mutmaßliche Versender der Brief-



Timothy McVeigh



Robert Bowers

ja auch gelang; da Seles für lange Zeit nicht mehr spielen konnte, rückte Graf am 7. Juni 1993 auf den ersten Platz vor). Frage: Welche Mitverantwortung trägt Steffi Graf für die Tat? Galten sie und Seles nicht als Rivalinnen, die einander nichts schenken und in ihren Matches immer ans Äußerste gingen? Der Täter Günter Parche war wohl nicht in der Lage, einen Unterschied zu sehen zwischen einer Rivalität im Sport und einem Mordversuch. Aber das war nicht die Schuld von Steffi Graf.

Einen noch obszöneren Fall von Schuldverlagerung als bei den Kommentaren zum Rohrbombenverfall erleben wir im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh, den einige nutzen wollen, um anstelle des Täters diejenigen verantwortlich zu machen, mit denen sie noch Rechnungen zu begleichen haben.

Britische Abgeordnete will Netanjahu Schuld an Pittsburgh-Attentat zuschieben

Schon kurz nach der Tat gab es eine Reihe solcher Äußerungen. Baronin Jenny Tonge, Mitglied des britischen Oberhauses (House of Lords), kommentierte auf ihrer Facebookseite das Massaker mit den Worten: „Ein schrecklicher und krimineller Akt, doch ist Bibi und der derzeitigen israelischen Regierung jemals die Idee gekommen, dass vielleicht ihre Handlungen gegen Palästinenser den Antisemitismus neu entfachen?“

NASA-Mitarbeiterin scheint sich über Attentat zu freuen

Die amerikanische Astrophysikerin Chandra Prescod-Weinstein von der Universität Washington schien sich über den Mordanschlag regelrecht zu freuen: „Ich hoffe, dass weiße Juden, die sich heute besonders unsicher fühlen, begreifen, dass sich Schwarze immer so verwundbar fühlen. Von Tag 1. Wir sind dort hineingeboren. Erlaubt eurer Trauer, euch Empathie zu lehren und euch dazu zu bringen, nach Gerechtigkeit zu streben und dem Ende der Gewalt, die das Weißsein (whiteness) ist“, schrieb sie auf Twitter. Prescod-Weinstein ist, wohl gemerkt, nicht irgendeine Verrückte, sondern eine in den USA ziemlich Berühmte, die sogar für die NASA arbeitet.

War Bill Clinton schuld am Bombenanschlag von Oklahoma City mit 168 Toten?

Zahllos sind die Beiträge, die – wieder einmal – Donald Trump verantwortlich machen. Dessen „Saat des Hasses“ sei nun „aufgegangen“, schrieb etwa Clemens Wergin in der „Welt“. Es könne „kein Zweifel daran bestehen, dass Trump das gesellschaftliche Klima verändert hat und dass er gruppenbezogenen Hass auf eine Art und Weise enttabuisiert hat, die den rechtsextremen Rand elektrisiert“. Von 2016 auf 2017 sei die Zahl der bekannt gewordenen rechtsterroristischen Anschläge und antisemitischen Vorfälle deutlich gestiegen. Das ist richtig. Doch wenn Trump für antisemitische oder rechtsextremistische Taten verantwortlich ist, die sich während seiner Amtszeit irgendwo in den USA ereignen, dann müsste das auch für andere Präsidenten gelten. Dann wäre etwa Bill Clinton mitverantwortlich für den von Rechtsextremisten verübten Bombenanschlag von Oklahoma City mit 168 Toten im April 1995 – und die norwegische Regierung für das Massaker von Utøya. Klingt grotesk? Ja, weil es das ist.

Nun ist Robert Bowers, der Täter von Pittsburgh, auch noch ein ausgesprochener Trump-Hasser; er warf dem Präsidenten u.a. vor, ein „Globalist“, „kein Nationalist“ zu sein. Und Trump – zu dessen Amtseinführung Rabbi Marvin Hier, der Gründer des Simon Wiesenthal Centers, ein Gebet

sprach – ist kein Antisemit. Stellt das für die Beweiskette ein Problem dar? Nicht, wenn man es geschickt macht. Trump attackiere ja immer wieder George Soros, den „Investor und linken jüdischen Philanthropen, der zu einem Lieblingspunchingball der populistischen Rechten weltweit geworden ist“, schreibt Wergin. Dies sei „ein Motiv, das Trump selbst immer wieder gerne bedient“.

Trump wäre bestimmt ein Antisemit, wenn...

Und Trumps „ständigen Angriffe auf die vaterlandslosen ‚Globalisten‘“ hätten „einen antisemitisch grundierten Unterton“. Daran ändere „auch Trumps jüdischer Schwiegersohn und seine proisraelische Politik wenig“. Tatsächlich möge „man sich gar nicht vorstellen, wie viel weiter Trump bei diesem Thema gehen würde, wenn er keine jüdischen Enkelkinder hätte“.

Fassen wir zusammen: Es gibt, außer vermuteten „Untertönen“ des Begriffes „Globalist“ und der Tatsache, dass Trump den „jüdischen Philanthropen“ Soros nicht schätzt, keine Belege dafür, dass er ein Antisemit sein könnte – doch er wäre ganz bestimmt einer, wenn seine „jüdischen Enkelkinder“ (Trump's jüdische Tochter Ivanka hat Wergin entweder vergessen oder nimmt Konvertiten nicht für voll) das nicht verhindern würden. Trump würde demnach Politik gegen sein eigenes Naturell und seine Überzeugungen betreiben, weil

in seinem familiären Umfeld Juden sind.

Das ist – unter anderen Vorzeichen und in andere Begriffe gekleidet – das, was auch Leute wie David Duke glauben. Der amerikanische Neonaziführer macht diese behaupteten jüdischen Einflüsterer im Weißen Haus immer wieder zum Thema seiner Radioshows, sie seien schuld an Trumps Politik (etwa am Umzug der amerikanischen Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem, den Duke, wie man sich denken kann, ganz schockierend findet).

Man merkt: Wenn für eine Tat ein Anderer verantwortlich gemacht werden soll als der Täter, gleitet es schnell in Verschwörungstheorien ab. „Die ersten Beweise deuten darauf hin, dass der Täter nicht nur von Hass auf Juden verzehrt war, sondern Trump auf eine höhnische Art und Weise verachtete, da dieser aus seiner Sicht im Wesentlichen ein jüdischer Agent oder selbst ein Judenfreund ist“, schreibt John Podhoretz, der Herausgeber der in New York erscheinenden jüdischen Monatszeitschrift „Commentary“. „Für die Morde an Juden, die jemand verübt, der so über Trump denkt, können nur Leute Trump verantwortlich machen, die so von Hass auf ihn verzehrt sind, dass es nichts gibt, für das sie ihm nicht die Schuld geben würden.“

So ist es. Und dann sind da noch die Leute, die nicht unterscheiden können zwischen einer Rivalität auf dem Tennisplatz und einem Mord; auch von dieser Sorte gibt es heutzutage beunruhigend viele.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Wer kann und will die Expansionsgelüste des Iran noch stoppen?

Die arabischen Staaten der Region fürchten den Iran wahrscheinlich noch mehr als Israel

Von Adrian Lauber

Es scheint, als stünden die theokratischen Herrscher des Iran auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung. Das Mullah-Regime hat sich mit Hilfe der von ihm finanzierten und bewaffneten Dschihadisten-Milizen eine hegemoniale Stellung erkämpft, vor der weite Teile der Region erzittern.

Bereits in den frühen 1980er Jahren begannen die Prätorianer des Mullah-Regimes, die Islamischen Revolutionsgarden, damit, im Libanon die schiitische Miliz Hisb'Allah, die „Partei Gottes“, aufzubauen, die sich zu einem international operierenden Terror- und Verbrechersyndikat entwickelt und die den Libanon in einem Ausmaß unterwandert hat, dass dort nichts Wesentliches mehr gegen sie und ihre iranischen Patrone läuft.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Hisbollah nur ein Pilotprojekt war. Mithilfe weiterer, hauptsächlich schiitischer Milizionäre hat der Iran den Irak unterwandert und unter Kontrolle gebracht. In den Syrien-Krieg haben die Mullahs interveniert, um ihren langjährigen Verbündeten, den Diktator Baschar al-Assad, an der Macht zu halten und das Land ihrem Machtbereich einzuverleiben. Heute operieren dort schätzungsweise 80.000 Kämpfer unter iranischem Kommando. Parallel begannen die Mullahs mit der militärischen Unterstützung der Huthi-Rebellen. Als diese im September 2014 die Hauptstadt Sana'a eroberten, frohlockte Ali Reza Zakani, ein Vertrauter des Obersten Führers Ali Khamenei, dass nun – nach Bagdad, Damaskus und Beirut – die vierte arabische Hauptstadt im Begriff sei, sich der Islamischen Revolution des Iran anzuschließen, der in eine Phase des „großen Dschihad“ eingetreten sei. Anfang Juni diesen Jahres warnte der jemenitische Außenminister Al-Yamani bei einem Treffen mit dem amerikanischen Botschafter Matthew H. Tueller davor, dass der Iran im Jemen eine neue Hisbollah aufbauen werde. Auch nach Afghanistan und in weitere Länder der Region haben die Mullahs ihre Fühler ausgestreckt, um Kämpfer für ihre Sache anzuwerben.

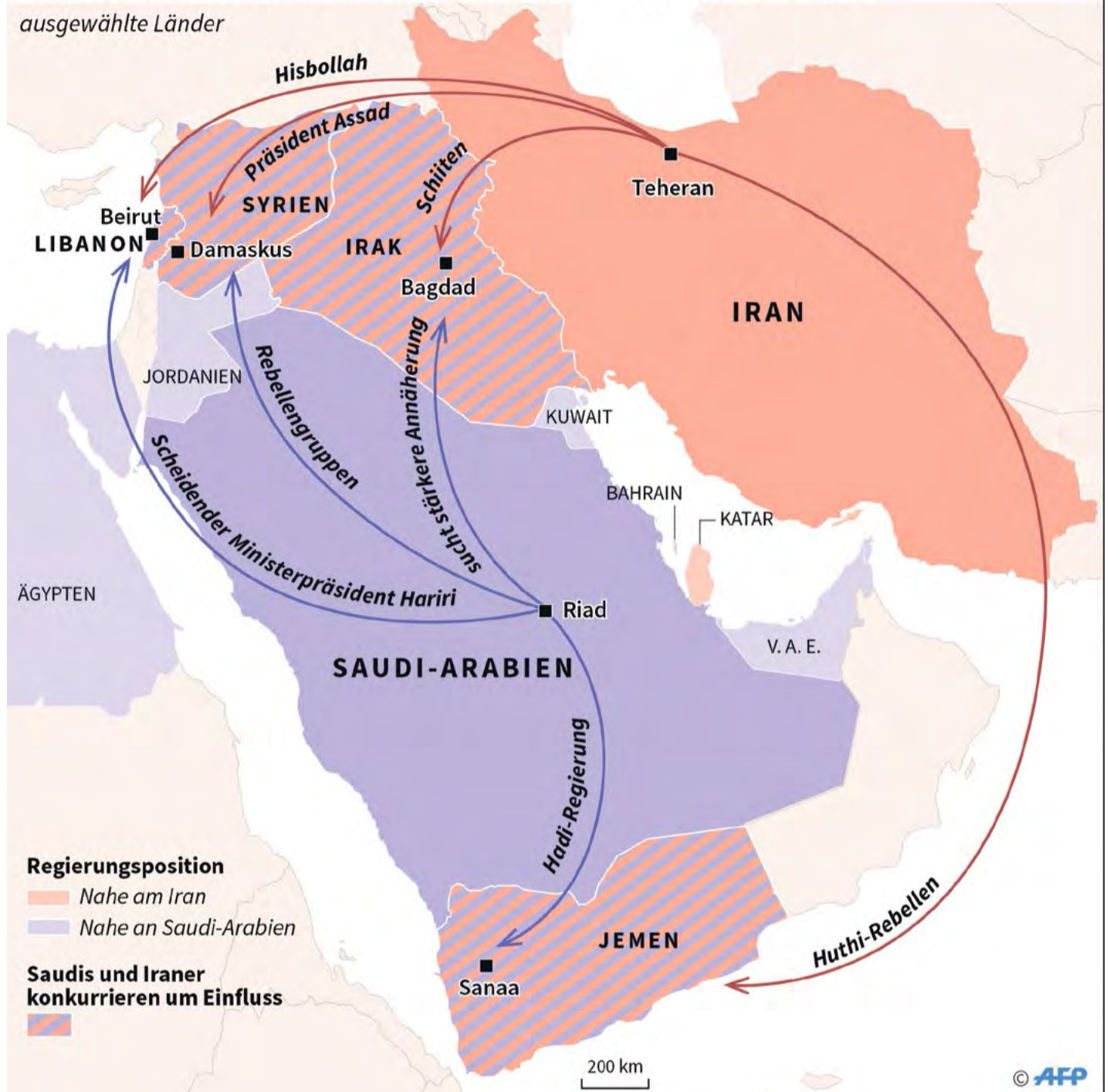
Dass Saddam wegfiel, war ein Segen für den Iran

Auch dank der äußerst unklugen Außenpolitik der Administrationen Bush und Obama konnte es soweit kommen. Bush hatte einen nicht wahrheitsgemäß begründeten Krieg im Irak zu verantworten, der zwar zum Sturz eines üblen Diktators geführt, aber damit auch ein Gegengewicht zum Iran beseitigt hat. Sein Nachfolger Obama machte den folgenschweren Fehler, völlig übereilt aus dem Irak abzuziehen, so dass ein Machtvakuum entstand, das sowohl die Iran-treuen Milizen als auch der spätere Islamische Staat (ISIS / Daesh) ausfüllen konnten.

Darüber hinaus hat die Obama-Administration den desaströsen, lückenhaften, schlechten Atom-Deal mit dem Iran zu verantworten, der selbst im günstigsten Falle einen iranischen Griff nach Atombomben nur verzögern und nicht verhindern kann, der Schlupflöcher offen ließ, ihn zu umgehen, der nie völkerrechtlich verbindlich war, der aber Milliarden von Dollars, die bisher auf eingefrorenen Konten lagen, in die Kriegskassen der Mullahs gespült hat.

Donald Trump hat die richtige Entscheidung getroffen, als er diesen Deal aufkündigte und das Appeasement beendete, das die klerikal-faschistische Diktatur kein Stück versöhnlicher gemacht, sondern es

Saudi-Arabien und Iran: Rivalen im Nahen Osten



ihr ermöglicht hat, ihre hegemoniale Politik in der Region fortzusetzen.

Das Appeasement, an dem die Europäische Union und vor allem die Bundesrepublik Deutschland zweifelt festhalten wollen, hat natürlich mit den wirtschaftlichen Eigeninteressen dieser Akteure zu tun, für die sie die viel besungenen „europäischen Werte“ jederzeit zu vergessen bereit sind. Es hat aber zum Teil wohl auch mit Naivität und Unkenntnis über die Natur des iranischen Regimes zu tun.

Der Iran sieht sich selbst als einziges islamisch regiertes Land

Wir haben es hier mit einem Regime zu tun, das sich selbst als revolutionär begreift und es als göttlichen Auftrag ansieht, die Islamische Revolution in die Welt hinauszutragen. Nach der Lehre des Ayatollah Ruhollah Khomeini ist nur eine islamische Regierung legitim und seit seiner Revolution sieht sich der Iran als einziges wahrhaft islamisch regiertes Land der Welt. Die von Khomeini ersonnene Regierungsform, die Herrschaft des islamischen Rechtsgelehrten (Vilayat-e Faqih), muss weltweit ausgebreitet werden, auch mit Feuer und Schwert. Dazu finanziert und bewaffnet der Iran schiitische, aber auch sunnitische Dschihadisten, die ihm bei seinem revolutionären Unternehmen helfen sollen. Die illegitimen, unislamischen Regierungen müssen fallen. Die Ungläubigen, die

im „Haus des Krieges“ leben, müssen bekämpft werden. Der Export der Revolution geschieht in Erwartung der Wiederkehr des verborgenen zwölften Imams, des Mahdi, der in der Endzeit erscheinen und die Herrschaft des Islam weltweit durchsetzen soll.

Das Mullah-Regime versucht, die Vormacht in der Region zu übernehmen, und folgt dabei einer totalitären, messianischen und nicht zuletzt antisemitischen Staatsideologie, denn eine zentrale Rolle für die Verwirklichung seiner Vision ist die Auslöschung des jüdischen Staates Israel.

Nicht gegen Juden, sondern nur gegen Israel?

Apologeten des iranischen Regimes behaupten gern, Teheran sei nicht gegen die Juden an sich, sondern doch „nur“ gegen Israel. Diese Ausflucht ist verräterisch genug. Denn auch der Antizionismus, die Gegnerschaft zur Existenz Israels, ist eine Form von Judenhass. Er ist, wie Gerd Burmann richtig definiert hat, „der Hass auf das Judentum als Nation.“ Darüber hinaus sah Ayatollah Khomeini sehr wohl in den Juden an sich den Feind des Islam, den Verderber und Zersetzer, der seit jeher Unruhe gestiftet habe und die Muslime vom rechten Weg abbringe. Das Judentum an sich war für ihn das Problem und der Zionismus lediglich eine Manifestation desselben, urteilt David Daoud. Khomeini war zwar

Schiit, aber sein Gedankengut war von den sunnitischen Salafisten, vor allem von Sayyid Qutb, einem der wichtigsten Denker der radikalen Muslimbruderschaft, stark beeinflusst, die jedwede Interpretation und Weiterentwicklung islamischer Texte zurückwies und darauf bestanden, wörtlich zu befolgen, was der Prophet und seine Gefährten vorgelebt hatten. Zur Rückkehr zum Islam-Fundamentalismus gehörte es auch, die in dieser Religion angelegte Judenfeindschaft neu zu entfachen. Hinzu kam das moderne antisemitische Gedankengut, das im Laufe des 20. Jahrhunderts seinen Weg aus Europa in den Orient gefunden hat. Dazu gehörten allseits bekannte Wahnideen wie die jüdische Weltverschwörung, die Legenden von Brunnenvergiftungen und Ritualmördern. So wurden die Juden auch in Khomeinis Augen und in den Augen der zeitgenössischen Islam-Fundamentalisten zu einer „satani-schen“ Quelle des Bösen.

Khomeini benutzte und seine Erben benutzen den Ausdruck „Zionisten“ in genau demselben Sinne wie die Nationalsozialisten einst den Begriff „Juden.“ Auch sie glauben in ihrem wahnhaften Hass an eine jüdische Weltverschwörung, an ein Komplott des „Kleinen Satan“ Israel und des „Großen Satan“ Amerika, das auf nichts geringeres zielt als die Zerstörung der islamischen Religion und Zivilisation. Khomeinis Nachfolger Ali Khamenei sagt, der

Iran könne nicht das Gefühl haben, am Ziel zu sein, solange die „stinkende Wunde (...), genannt israelische Regierung, im Herzen islamischer Territorien“ noch existiert.

Mit dem Export der Revolution, mit der Finanzierung, Bewaffnung und Ausbildung Iran-treuer Dschihadisten ist die Quds-Einheit der Islamischen Revolutionsgarden betraut. Quds ist nichts anderes als der arabische, auch ins Persische übernommene Name Jerusalems. Dass die Eliteeinheit der Revolutionswächter ausgerechnet diesen Namen trägt, ist vielsagend. Es zeigt, was für eine zentrale Rolle die „Befreiung“ Jerusalems und die Vernichtung Israels für die Mullahs von Anfang an gespielt hat.

Der Iran sagt für 2040 das Ende Israels voraus

Just im Jahr 2015, als der Atom-Deal unterzeichnet wurde und das westliche Appeasement gegenüber den Mullahs einen Höhepunkt erreichte, wurde ein Buch des Obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, veröffentlicht, in dem das Oberhaupt der Islamischen Revolution darlegt, wie er sich die Fortsetzung des Kampfes gegen den Staat des jüdischen Volkes vorstellt: Israel soll so lange weiter terrorisiert werden, bis das Leben für die Juden unerträglich wird und sie das Land verlassen. Nur einer jüdischen Minderheit, die „genuine Wurzeln“ in der Region nachweisen könne, solle es erlaubt sein, als so genannte „geschützte Minderheit“ unter islamischer Herrschaft in einem neu zu schaffenden Staat namens Palästina zu leben. Im selben Jahr, am 9. September 2015, hat der Revolutionsführer in einer Rede in der Imam-Khomeini-Moschee in Teheran angedroht, dass „das zionistische Regime“ in 25 Jahren nicht mehr existieren werde.

Die vor Israels Haustür lauenden Terrororganisationen Hamas in Gaza und Hisbollah im Libanon werden vom Iran mit Geld und Waffen versorgt. Ihr erklärtes Ziel ist es, Israel auszulöschen. Die Hamas fordert in ihrer Charta sogar ganz offen die Ermordung aller Juden.

Auch wenn Khamenei dies nicht direkt

fordert, kann sich jeder denkende Mensch ausrechnen, dass die Verwirklichung seines Plans auf Genozid hinauslaufen wird, auf massenhafte Tötung und Vertreibung von Juden.

Die drohende Anschaffung von Atombomben kann dem Mullah-Regime als Abschreckung dienen, ihm bei diesem Vorhaben nicht in die Quere zu kommen und sich jeden Militärschlag gegen den Iran zwei- bis dreimal zu überlegen. Darüber hinaus hat einer der führenden Köpfe des Regimes, der inzwischen verstorbene Ayatollah und Ex-Präsident Akbar Haschemi Rafsandschani, im Jahr 2001 öffentlich mit dem Gedanken gespielt, dass die islamische Welt Israel mit einer Atombombe auslöschen könnte.

Indessen feuert die Hamas von Gaza seit Jahr und Tag Raketen und Granaten auf Israel ab und versucht, durch ihre Terrortunnel Attentäter in den jüdischen Staat einzuschleusen. Auch die Hisbollah wetzt ihre Messer und ist bis an die Zähne gerüstet. Inzwischen verfügt sie verschiedenen Berichten zufolge über ein Arsenal von über 100.000 Raketen und erst vor wenigen Monaten brüstete sich Brigadegeneral Hossein Salami, der stellvertretende Kommandant der iranischen Revolutionsgarden, damit, dass sie zum Abschuss auf Israel bereit stehen und dass die „islamische Armee in Syrien“ auf ihre Befehle zur Vernichtung Israels warte.

Die arabischen Staaten fürchten sich vielleicht noch mehr als Israel

Israel hat zweifellos die meisten Gründe, die Vernichtungsantisemiten von Teheran zu fürchten. Aber auch die sunnitisch-arabischen Staaten sind unruhig. Die hegemonialen Bestrebungen der Mullahs, die weite Teile der Region auf den Kopf stellen, sind auch für sie eine Gefahr. Doch sie sind untereinander zum Teil zerstritten und offenbar bislang nicht in der Lage, dem Iran Wirksames entgegen zu setzen. Saudi-Arabien und seine Partner tragen im Jemen einen Stellvertreterkrieg gegen den Iran aus. Aber das Emirat Katar hat sich

von seiner pro-iranischen Haltung nicht abbringen lassen. Die Türkei, eine nicht-arabische sunnitische Macht, verhält sich eher Iran-freundlich, zumal sie mit Teheran ein gemeinsames Interesse daran hat, die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen in der Region zu unterdrücken. Ägypten ist eine bedeutende sunnitische Macht, aber zur Zeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und durch Aufstände von Islamisten bedroht.

Niemand scheint den Iran aufhalten zu können – außer Israel. Für die von antisemitischen Wahnvorstellungen getriebenen Mullahs spielt die Auslöschung dieses Staates eine fundamentale Rolle. Auf dem Weg zum Endsieg der Islamischen Revolution sind die Beseitigung des jüdischen Staates und der Triumph über seinen Verbündeten, den „Großen Satan“ jenseits des Atlantiks, essenziell.

Nicht nur ideologische, sondern auch strategische Erwägungen spielen eine Rolle. Israel ist in der Region offenbar die einzige stabile und militärisch starke Macht, die die Mullahs noch aufhalten könnte. Efraim Inbar, der Präsident des Jerusalem Institute for Strategic Studies, schreibt: „Die Neutralisierung der militärischen Macht Israels durch seine Einkreisung mit Stellvertretern, die tausende von Raketen auf Israels strategische Einrichtungen und Populationszentren gerichtet haben, ist ein iranisches Ziel im Streben nach regionaler Hegemonie.“

Schon weil Israel sich gegen diese Bedrohung wehren und seine Existenz verteidigen muss, scheint es fast schon vorgezeichnet, dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommt, an der Efraim Inbar kein Vorbeikommen mehr sieht.

Ob er Recht hat? Wird es eine direkte Konfrontation geben oder wird sie sich auf den Abwehrkampf gegen Irans Schützlinge in Israels unmittelbarer Nachbarschaft beschränken? Es ist damit zu rechnen, dass Israel auf den fortgesetzten Beschuss und die Anstürme auf die Grenze, die aus Gaza erfolgen, und auf die Feuerdrachen und Feuerballons, mit denen die Hamas in

den letzten Monaten rund die Hälfte der vom Jüdischen Nationalfonds angelegten Wälder im Westen der Negev zerstört hat, reagieren wird. Premierminister Benjamin Netanjahu sagte, dass, wenn die Hamas ihre Angriffe auf Israel nicht einstellt, diese auf „schmerzhaft“ Weise gestoppt werden werden.

Auch dem Erstarken der Bedrohung durch die Hisbollah kann Jerusalem nicht einfach untätig zuschauen.

Das Regime von innen bedrohen?

Eine wichtige Frage, die sich nun stellt, lautet: wird es der Trump-Administration gelingen, mit ihrer Politik der Stärke und mit Sanktionen den Iran, der bereits in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, so zu schwächen, dass dies den Sturz des Regimes zu beschleunigen helfen könnte? Große Teile des iranischen Volkes revoltierten um die Jahreswende 2017/18 und in der Folgezeit gegen die theokratischen Herrscher. Der Unmut im Lande ist groß. Kann es gelingen, die Mullahs von zwei Seiten in die Zange zu nehmen – von außen durch Sanktionen und von innen durch das eigene Volk – , ihre jahrzehntelange Herrschaft und damit auch Irans internationalen Dschihad zu beenden? Also einen offenen Krieg mit dem Iran zu vermeiden? Oder kann der Iran durch Sanktionen zumindest wirtschaftlich so stark geschwächt werden, dass auch seine Dschihad-Schützlinge dies in ihren Kassen zu spüren bekommen?

Oder muss Israel die Initiative ergreifen und bei dieser Gelegenheit eine atomare Bewaffnung des Iran präventiv verhindern, ähnlich wie 1981 im Irak und 2007 in Syrien?

Fest steht, dass das iranische Regime sich nicht mäßigen und besänftigen lassen wird. Wir haben es mit einem islamisch-revolutionären Regime zu tun, das sich in messianischer Mission unterwegs sieht.

Israel und Amerika sind wohl die einzigen, die den Mullahs militärisch noch gefährlich werden und sie aufhalten können.

Rücktritt von Nikki Haley: Ein schwerer Verlust für die UNO und die westliche Welt

Israel und Donald Trump würdigen die UNO-Botschafterin, die sich jahrelang gegen die Heucheleien der „Vereinten Nationen“ und für den jüdischen Staat starkgemacht hat

Israelnetz

Die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, hat sich zwei Jahre lang für israelische Belange bei den Vereinten Nationen stark gemacht. Jetzt tritt sie zurück. Israelische Politiker feiern sie als große Freundin des jüdischen Staates.

Die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, hat angekündigt, von ihrem Amt zurückzutreten. Bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus sagte US-Präsident Donald Trump laut der Tageszeitung „Jerusalem Post“, sie werde das Amt gegen Ende des Jahres verlassen. In Kürze wolle er einen Nachfolger der Botschafterin präsentieren, die sich bei den Vereinten Nationen auch durch ihren Einsatz für Israel hervorgetan hatte.

In ihrer zweijährigen Amtszeit bekämpfte Haley konstant Feindseligkeiten und anti-israelische Vorurteile gegen den jüdischen Staat. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu bedankte sich deshalb auch bei Haley. Sie habe einen „kompromisslosen Kampf gegen die Scheinheiligkeit bei den UN und für Wahrheit und Gerechtigkeit“ seines Landes geführt.

Botschafterin riss „zynischen Deckmantel der UN“ weg

Der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin lobte, dass sie „den zynischen Deckmantel, der die UN und internationale Organisationen maskierte, mit einer klaren Stimme offenlegte“. Der israelische Botschafter bei den UN, Danny Danon, schrieb: „Danke, dass Sie ohne Angst für die Wahrheit eingestanden sind.“ Sie habe die gemeinsamen Werte der USA und Israel repräsentiert. Ihre Unterstützung habe dabei geholfen, den Status Israels bei den UN zu verändern. Auf Twitter bedankte sie sich auch die israelische Armee und schrieb: „Die Soldaten des israelischen Militärs salutieren Ihnen.“

Haley sagte über ihren Rücktritt auf der Pressekonferenz im Weißen Haus: „Ich denke, es ist sehr wichtig für Regierungsmitglieder zu verstehen, wenn es Zeit ist, beiseite zu treten.“ Die Aufgabe als UN-Botschafterin sei ihr die „Ehre ihres Lebens“ gewesen. Die Entscheidung wurde in amerikanischen Regierungskreisen überrascht aufgenommen.

Haley will eine „Pause“ einlegen

Die genauen Motive für den Rücktritt sind noch unklar: Es gibt Berichte,



Der US-Präsident mit seiner UN-Botschafterin

wonach die Mutter zweier Kinder im College-Alter nach 14 Jahren in öffentlichen Ämtern eine „Pause“ haben wollte, um Geld im privaten Sektor zu verdienen. In den vergangenen Wochen stellte Haley aber auch in einer Replik auf einen „New York Times“-Artikel „Meinungsunterschiede“ in verschiedenen Politikfeldern mit dem US-Präsidenten Trump fest, die sie aber direkt mit ihm bespreche.

Trump sagte auf der Pressekonferenz über Haley: „Sie hat mir wahrscheinlich vor sechs Monaten gesagt, dass sie am Ende des Jahres eine Auszeit nehmen will.“ Sie hätten viele Probleme gelöst. Und sie seien in einem Prozess, weitere Probleme zu lösen. Dem Gerücht, dass sie 2020 für die Republikaner als Präsidentin kandidieren will, erteilte Haley eine Abfuhr. Sie werde Trump bei seiner Kampagne unterstützen.

Still und heimlich koalieren selbst Sozialdemokraten mit den sogenannten „Rechtspopulisten“

Im österreichischen Burgenland regiert die Schwesterpartei der SPD, die SPÖ, auf Bundeslandebene zusammen mit der FPÖ, dem österreichischen Gegenstück der AfD

Von Jaklin Chatschadorian

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen sind entschieden – mit erheblichen Verlusten der beiden größten Volksparteien. In beiden Bundesländern bleibt der führenden Union aller Voraussicht nach eine Große Koalition mit der SPD erspart. Schlechte Umfrageergebnisse, hohe Verluste, eine Wahlergebnisanalyse, die mit ausgestrecktem Zeigefinger auf Innenminister Seehofer (CSU) zeigt – Selbstkritik geht anders.

Die SPD ist gewiss wieder ein Stück weiter vom politischen Parkett geschubst worden. Sozialdemokratische Inhalte liefert die Partei der Arbeiterbewegung schon lange nicht mehr. Die Arbeiter an ihrer Seite hat sie verloren. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung waren im Jahr 2010 noch 44 % der SPD-Wählerschaft Arbeiter, 2016 lag der Anteil nur noch bei 17 %. Die sich seit dem Godesberger Programm von 1959 links positionierende Organisation, die nach eigener Aussage (Hamburger Grundsatzprogramm 2007) ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung hat, ist nicht mehr wiederzuerkennen.

Kaum noch Lebenserfahrung außerhalb der Politik

Ihr sitzt mit Andrea Nahles eine Frau vor, die den Begriff der Arbeit offenbar nicht mit Erfahrungen außerhalb der Politik verbinden, dafür aber ein verwirrendes Erinnerungsfoto aus der Begegnung mit dem Führer der PLO, Jassir Arafat, vorweisen kann. Auch entschied sich die SPD mit Martin Schulz für einen Kanzlerkandidaten, der in der Knesset eine unvergessene, antisemitische Rede präsentierte. Bundespräsident F. W. Steinmeier, im Herzen Sozialdemokrat, der Form halber parteilos, verneigte sich am Grabe Arafats. Sigmar Gabriel, Außenminister a.D., sprach 2012 von einem israelischen „Apartheidsregime“ und traf sich 2017 mit das Existenzrecht Israels bekämpfenden Organisationen wie „B'Tselem“ und „Breaking the Silence“. In diesem Zusammenhang darf auch Sawzan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales nicht übersehen werden. Die Dame, die sich offiziell gern für einen islamisch-jüdischen Dialog einzusetzen vorgibt, hat offenbar kein Problem damit, sich über Twitter manipulativ über die Geschehnisse im Gazastreifen zu äußern und dem „palästinensischen“ Diplomaten Salah Abdel Shafi kommentarlos eine Bühne für antisemitische Äußerungen zu überlassen. Die „jüdischen Wurzeln“ der SPD scheinen ersetzt und vergessen worden zu sein.

Doch auch nichts Christliches ist bei der SPD zu finden. In der Debatte zur Christenverfolgung Mitte Oktober 2018 lassen die Sozialdemokraten ausgerechnet Aydan Özoguz sprechen, die in Fortsetzung ihrer Politik als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung (Kabinett Merkel III) die Gelegenheit ergriff, die Christenverfolgung zu relativieren und den Focus auf die sogenannte Islamophobie, als Einschränkung der Religionsfreiheit der Muslime in Deutschland, zu lenken. Ihren, vom Verfassungsschutz beobachteten, islamistischen Brüdern



FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der ehemalige Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) und der aktuelle Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP).

(Yavuz und Gürhan Özoguz, Betreiber des Portals Muslimmarkt.de) dürfte die Rede gefallen haben.

Islam- statt Arbeiterpartei

Der Islam und im Besonderen der Islamismus findet in der SPD einen willigen, türkischen Tee servierenden Zuarbeiter. Innen- wie außenpolitisch zeigt sich die Unterwanderung der SPD bis in die kleinste Kommune als ausgesprochen nützlich für ausländische Staaten und deren politisch-religiöse Ideologie. Da lohnt sich auch nicht mehr die Suche nach anderen – etwa humanistischen – Arbeitsergebnissen dieser Partei. Schließlich installierte Heiko Maas als SPD-Justizminister (2017) bereits mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz die mittelbare staatliche Zensur in die Rechtsordnung und zeigte damit, wie viel ihr unsere freiheitlich-demokratische Werteordnung wirklich wert ist. Ja sogar in ihrer konzeptlosen Flüchtlingspolitik geht es nicht um Humanismus. Die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ist den Sozialdemokraten nicht rot genug.

Frauen als Opfer interessieren die SPD nur bedingt

Die Opfer der, gerade aus dem Maghreb, Syrien und Afghanistan eingewanderten jungen Männer sind nicht von Bedeutung. Es geht nur darum, dem „Flüchtling“ mehr Geld, Familie und Sprachkurs anzubieten – ungeachtet der Tatsache, dass dieser Weg bislang nicht zu einer erheblichen oder wenigstens ehrlichen Integration führte. Westliche, jüdisch-christliche Werte will die deutsche SPD erst dann großgeschrieben sehen, wenn es um die politische Konkurrenz geht.

Doch statt sich sachlich mit dem Gegner und den von ihm angesprochenen Problemen auseinanderzusetzen, liefert sie nur Lippenbekenntnisse auf die Freiheit und krönt diese mit politischer Hetze.

Lassen Sie uns mutig sein, und eine verrückte Idee verfolgen: Wie wäre es mit einer Koalition der SPD mit der AfD? Unmöglich? Immerhin haben die Roten vor wenigen Tagen in Hessen 38.000 ihrer Stimmen an die Blauen verloren. Ist in dieser Kombination nicht konstruktive Reibung beider Parteien zu einer konservativen Mitte, gar als Ersatz zur Union möglich? Wäre das nicht der Weg einer möglichen Reform der SPD, auch mit Blick auf ihre Wurzeln? Wäre das nicht gar der Weg auch für die CDU? Sie könnten erkennen, dass sie entbehrlich wird, wenn sie sich nicht auf ihren konservativen Markenkern besinnt.

In Österreich funktioniert – von der deutschen Medien-Öffentlichkeit kaum beachtet – so etwas Ähnliches. Im Burgenland regiert die österreichische SPÖ mit der FPÖ. Die rot-blaue Koalition übt sich in gegenseitigem Respekt, stellt das Gemeinsame in den Mittelpunkt und widmet sich der Sacharbeit – und das schon seit drei Jahren. Man hat das Ziel, jährlich mehr Arbeitsplätze pro Jahr zu schaffen, nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Schließlich arbeiten beide gemeinsam an der EU-Anerkennung als Übergangsregion, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Nein, die Arbeit verläuft nicht immer rosig oder einfach. Dass die Grünen in Österreich diese Zusammenarbeit gerne zu einem absoluten Desaster erklären, ist aber eher auf deren ideologische Scheuklappen zurückzuführen als auf die Aus-

wirkungen der Kooperation. Die Ergebnisse sprechen für sich und beide Partner wissen, dass ein handfester Streit als Reibungspunkt auf dem Weg zu einem guten Ergebnis selbstverständlich dazugehört.

Deutsch-Pflicht im mehrsprachigen Bundesland

Dort funktioniert sogar eine gemeinsame Integrationspolitik. Die Region hat auf der einen Seite mehrere verfassungsrechtlich garantierte Amts- und Schulsprachen und einigt sich (2016) zugleich einstimmig darauf, dass in den Schulpausen verpflichtend Deutsch gesprochen werden soll. Hans Nissl, Sozialdemokrat und Pädagoge betonte, dass es sich als hilfreich erwiesen habe, wenn nicht-deutschsprachige Schüler, immer und überall Deutsch hören. Auch äußerte sich der burgenländische Landeshauptmann vor wenigen Monaten erfreulich klar zu den Problemen in seinem Land, als er betonte, dass rund eine Viertelmillion Menschen sich illegal in Österreich aufhielten, ohne dass die Politik angemessen reagiere. Die SPÖ besinnt sich offenbar – in Teilen – darauf, der Zuwanderung die Integration des Vorhandenen vorzuziehen und plädiert in ihrem Sieben-Punkte-Plan sogar für eine verstärkte Rückführung von negativ beschiedenen Asylantagsstellern. Nur ist dieses Papier, das vermuten lässt, die österreichische Sozialdemokratie habe die Herausforderungen der Zeit erkannt, noch nicht ausreichend kommuniziert. Es sei dahingestellt, ob hier eine besondere Strategie dahinter stehen soll oder nicht. Das Ergebnis zählt. Der SPÖ im Burgenland geht es ebenso wie der FPÖ um die eigene Region, um das eigene Land. Deutschland darf sich etwas abgucken.

Angriffe auf Juden und ihre Einrichtungen – ein Kavaliersdelikt?

Moslemische Zuwanderer kommen bei Anschlägen auf Synagogen und koschere Läden oft straffrei davon

Von Daniel Greenfield

Im Winter des vergangenen Jahres versuchten Dutzende Muslime die 163 Jahre alte Synagoge im schwedischen Göteborg in Brand zu setzen. Die Angreifer warfen Brandbomben in das Bethaus und zwangen ein Dutzend jüdischer Teenager sich in den Keller zu flüchten, um auf Hilfe der Polizei zu warten. Die Synagoge war bereits mit schweren Zementbarrikaden und schussfesten Türen befestigt. Ein zerbrechlicher Davidsstern hängt über dem festen Steingemäuer, das durch zusätzliche Befestigungen und Verteidigungsmechanismen gegen Terrorangriffe geschützt ist. Ein Viertel der Mitgliedsbeiträge müssen für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben werden.

Die Polizei hat nur drei der Angreifer festnehmen können. Alle drei waren Migranten, einer aus Syrien und die anderen beiden gaben an „Palästinenser“ zu sein. Anstatt sie wegen Brandstiftung ins Gefängnis zu stecken, wurden sie nur wegen Vandalismus verurteilt. Zwei hatten feste Wohnsitze, wobei der dritte aus dem Gaza-Gebiet stammte, und nur einen abgelehnten Asylantrag vorlegen konnte.

Der moslemische Rassist hätte ausgewiesen und bis 2028 von erneuter Einreise ausgeschlossen werden sollen. Aber ein schwedisches Berufungsgericht focht seine Abschiebung an, weil seine „grundlegenden Menschenrechten“ durch Israel bedroht sein könnten, da seine Brandstiftung in einer Synagoge „als eine Gefahr für andere Juden“ aufgefasst werden könnte.

Nicht so Schweden.

„Wir haben Religionsfreiheit in unserem Land. Das trifft aber nicht unbedingt auf die Juden zu, die ihre Religion ihrer Synagoge praktizieren“, beschrieb ein Artikel von 2004 die Lage. Ein Mitglied der Kongregation zeigte einen Angriff bei der Polizei an, wobei „wegen fehlender Beweise“ die Ermittlungen eingestellt wurden.

„Es gibt keine Zeichen für einen wachsenden Antisemitismus in Schweden“, erklärte die Polizei. Hat es nicht so auch in den 1930ern begonnen? In einem anderen Land. In einem anderen Europa. Wollen wir das nochmal erleben?“, ging es im Artikel weiter.

14 Jahre später gehört ist er nun zu einem festen Bestandteil des Lebens geworden.

Und Schweden ist nicht das einzige Land, das muslimische Brandstiftung von Synagogen straffrei lässt.

Wuppertal

Anfang 2017 hat ein deutsches Gericht geurteilt, dass eine versuchte Brandstiftung der Bergischen Synagoge in Wuppertal nicht antisemitisch gewesen sei, sondern als Protest gegen Israel gewertet werden sollte. Die drei muslimischen „Palästinenser“ wurden nach einem Klaps auf die Hände mit Bewährungsstrafe freigelassen.

Ein Landgericht hatte entschieden, dass „keine antisemitische Motivation konnte bei der Brandstiftung der Angeklagten identifiziert werden“ konnte, stattdessen wollten die muslimischen Terroristen „Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt“ lenken. (Und die Nazis versuchten mithilfe der Reichskristallnacht „Aufmerksamkeit“ auf den Tod eines Nazidiplomaten „zu lenken“.)



Die Polizei trifft nach einem gescheiterten Brandanschlag an der Synagoge von Göteborg (Schweden) ein.

Solche Entscheidungen, die davon ausgehen, dass Hass auf Israel Gewalttaten gegen Juden rechtfertigt, sind nicht selten in europäischen Gerichten.

Großbritannien

2010 war ein britischer Richter nahe daran, Linken zuzujubeln, die eine Fabrik zerstört hatten, die Bauteile nach Israel schickt.

Richter Georg Barhurst-Norman verglich Israel mit Nazideutschland und suggerierte, dass die Anführer der Vandalen eine Medaille verdienen. „Man könnte meinen, dass ‚Hölle auf Erden‘ noch eine untertriebene Beschreibung dessen war, was die Menschen im Gaza-Streifen damals erleiden mussten“, sagte er.

Niederlande

Letztes Jahr machte Saleh Ali, ein syrischer Dschihad-Migrant, Schlagzeilen, als er auf Video aufgenommen wurde, wie er die Fenster eines Koscher-Restaurants in Amsterdam zertrümmerte. Die Polizei wurde ebenfalls auf Video aufgenommen, wie sie ihm gestattete HaCarmels Fenster einzuschlagen ohne einzugreifen.

Er war zwei Tage später wieder auf freiem Fuß.

Das Gericht verurteilte ihn wegen Vandalismus und gab ihm eine Bewährungsstrafe, obwohl Ali sich geweigert hatte, die Fragen des Richters zu beantworten und in einem Interview erklärte, dass er seine Taten nicht bereute. Den Beamten beschrieb er den Angriff auf das jüdische Restaurant als „nur den ersten Schritt“.

Ali wurde durch das Gericht nicht wegen einer Hasstat verurteilt. Nur der Vandalismus wurde durch die zuständigen Behörden verurteilt. Denselben Vandalismus, den die Polizei nicht verhindert hatte, als er durchgeführt wurde.

Der Richter, ähnlich wie eine ganze Reihe von linken Politikern der Niederlande, machte stattdessen Präsident Trump für die Tat verantwortlich, wobei er großmütig zugab, dass Trumps Entscheidung Jerusalem anzuerkennen, nicht die Verantwortung des Restaurants war.

Das HaCarmel-Restaurant stand dann kurz vor dem Bankrott, nachdem es eine Reihe von Attacken erlitten und Telefon-

anrufen erhalten hatte, bei denen „Allahu Akbar“ geschrien wurde.

HaCarmel befand nicht in einer muslimisch-feindlichen Zone. Wenn die Lage in dem „neuen schicken Viertel in Amsterdams altem Süden“ schon so ist, dann kann man sich vorstellen, wie es in den weniger touristischen Teilen der Stadt zugeht, wo die Polizei nicht sofort vor der Tür steht, wenn man um Hilfe ruft.

Auch die Reichspogromnacht vor 80 Jahren galt als Akt der „Verteidigung“

Im November 2018 jährt sich zum 80. Mal die Kristallnacht. In diesen dunklen Tagen zerstörten Nazis jüdische Synagogen und Betriebe. Wie bei den versuchten Brandstiftungen gegen die Bergische Synagoge (die übrigens auch schon 1938 von den Nazis angegriffen wurde) und dem Anschlag auf das HaCarmel-Restaurant, gaben die Naziverbrecher vor, als Antwort auf jüdische Gewalttaten zu handeln: die Ermordung eines schwulen Nazi-Diplomaten in Paris durch einen Juden.

Und – wie die Nazischläger – werfen muslimische Schläger Brandbomben auf Synagogen und schlagen jüdische Ladenfenster ein, unter dem Schutzmantel der Behörden und der Regierung, die ihnen bestenfalls einen Klaps aufs Handgelenk geben.

Statt der explosiven Gewalt einer einzigen Reichskristallnacht, findet nun eine Kristallnacht in Zeitlupe statt.

Zum 75. Jahrestag hatten Berliner Läden Plakate auf ihre Fenster geklebt, die den Anschein erweckten, dass das Glas Risse habe. Aber wer braucht die Illusion von zerstörten Fensterscheiben, wenn man zum 80. Jahrestag wirklich zerbrochenes Glas vorzeigen kann?

Eine Brandbombe hier und da. Ein Angriff oder zwei jede Woche. Ein Laden schließt. Dann ein weiterer. So etwas Erschreckendes wie die damalige Kristallnacht gibt es nicht. Kein einzelner Tag der massiven Gewalt, der sich ins Bewusstsein der Welt brennt. Stattdessen gibt es eine Vielzahl von Vorfällen, die jüdische Unternehmen zerstören, Synagogen zu mittelalterlichen Festungen machen und europäische Städte ihrer jüdischen Bevölkerungen entledigen.

Man kann es Kollaboration nennen.

Ohne einen einzigen gebündelten Angriff gibt es nur Statistiken, Vorfälle und Anekdoten.

Man liest über einen Vorfall, und dann geht das Leben weiter.

Der Kristallnacht in Zeitlupe fehlt es an offener Gutheißung der Behörden wie es bei den Nazis der Fall war. Aber die unterschwellige Befürwortung kann man in den Taten der Polizei, der Anwälte und der Richter bemerken, die Gewalttaten ignorieren, untätig bleiben, oder – wenn sie denn einmal tätig werden – so wenig wie möglich tun, immer mit der Rhetorik der Richter, die jedes Schlupfloch und jede Entschuldigung für die islamischen Schläger finden, während Letztere ihre eigene Kristallnacht veranstalten.

Man kann es Kollaboration nennen.

Im November wird Europa den 80. Jahrestag der Kristallnacht begehen, in der Juden zum Ziel wurden und fliehen mussten. Diesmal wird es keinen populistischen Führer geben, den man dafür verantwortlich machen kann und der einen Sündenbock darstellt. Stattdessen sind die Verbrecher diejenigen, die schon die ganze Zeit da waren; nicht die mürrischen Männer mit Schnurrbärten auf Postern, sondern Beamte und Bürokraten, die vorgeben, den Gesetzen zu folgen, wobei sie die eigentlichen Entscheidungsträger sind. Und die islamische Kristallnacht gibt ihnen die Möglichkeit, nichts selbst tun zu müssen. Sie müssen ihr nur aus dem Weg geben, die Grenzen offenhalten und Mohammed ein verständliches Zwinkern im Gerichtssaal geben.

Dann können sie nickend bestätigen, dass Antisemitismus ein ernsthaftes Problem ist, und vorgeben, dass sie es unter Kontrolle hätten. Es wird Fotos von Demonstrationen geben, sie werden Synagogen besuchen und öffentlich Kritik an den Brandbomben, Mordanschlägen und zerschmissenen Fenstern aussprechen...die Kristallnacht in Zeitlupe aber geht weiter.

„Tod den Juden“ hat ein neues Motto: „Flüchtlinge willkommen.“

Übersetzt aus dem Englischen von Jan Bentz

«Lasst die jüdischen Trump-Wähler nicht mehr in die Synagogen!»

Wie prominente Trump-Gegner das Attentat von Pittsburgh für ihre Zwecke instrumentalisieren

Von Rabbi David Wolpe

Meine Synagoge liegt im westlichen Teil von Los Angeles. Einer groben Schätzung nach unterstützt die Hälfte meiner Gemeinde Donald Trump. Viele seiner Unterstützer, aber nicht alle, sind persischer Herkunft. Wir hatten offene und ehrliche Diskussionen darüber. Die Unterstützer von Donald Trump wissen, dass ich viele Dinge missbillige, welche Trump sagt und viele Dinge ablehne, die er tut. Sie wissen auch, dass ich – öffentlich und privat – seine Hetzreden kritisiert und sie vor den Auswirkungen dieser Reden gewarnt habe. Sie, die Unterstützer, wissen aber auch, dass wir uns gegenseitig respektieren und zuhören, dass ich keine Politik predige, sondern mit ihnen spreche und von ihnen lerne, und das in vielen Fällen unsere Beziehung mehr als bloße Zuneigung, sondern echte Liebe ist.

Wenn ich nun sehe, wie wichtige amerikanisch-jüdische Persönlichkeiten mir sagen, dass meine Gemeinde nicht mehr «legitim» ist, bringt es mein Blut ein bisschen zum Kochen. Nach der Tragödie in Pittsburgh erwartete ich – vielleicht gerade deshalb, weil ich so viel Zeit mit Kranken und Sterbenden verbracht habe –, dass der erste Impuls, gerade bei Juden, der sein würde, in der Zeit der Trauer sich gegenseitig Trost zu spenden.

Es war das, was ich mir vorgestellt habe zu lesen, als ich «A prayer for Squirrel Hill - And for American Jewry» (zu Deutsch: Ein Gebet für «Squirrel Hill» - Und für die amerikanische Judenheit) von Franklin Foer geöffnet habe – einem Mann, den ich etwas kenne und den ich immer respektiert habe. Stattdessen las ich das: «Jede Strategie, die die Sicherheit der amerikanischen Judenheit verbessert, sollte beinhalten die jüdischen Unterstützer von Trump zu meiden. Ihr Geld sollte abgelehnt und ihre Anwesenheit in den Synagogen sollte nicht willkommen sein.»

In manchen jüdischen Gemeinden haben fast alle Trump gewählt

Anders ausgedrückt, mehr als die Hälfte meiner Gemeindemitglieder, die zum Schabbat-Gottesdienst kommen – und in manchen traditionelleren Gemeinden fast alle Gemeindemitglieder – sollen am Eingang abgewiesen werden. Juden, welche die Minjan möglich machen, Schiva sitzen, Kinderkrippen und Kindergärten garantieren, Menschen die das Judentum für andere Menschen möglich machen, mit ihrer fehlerhaften, aber menschlichen Präsenz, sollen aus unserer Mitte ausgestoßen werden, wegen der Briefumschläge, welche sie im Privaten in die Wahlurnen tun. Und was weiß schon ein Jude, der aus dem Iran floh, über Antisemitismus, oder davon wie man die jüdische Gemeinschaft beschützt?

Als der Schabbat hier in Los Angeles endete – einer Stadt, in der es 1999 einen Terroranschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum gab – las ich von einer anderen Reporterin, deren Schreibe ich immer sehr geschätzt hatte, namens Julia Ioffe folgendes:

«And a word to my fellow American Jews: This President makes this possible. Where you live. I hope the embassy move over there, where you don't live was worth it»

(zu Deutsch: Und ein paar Worte an meine amerikanischen Mit-Juden: Dieser Präsident macht so etwas möglich, dort wo Ihr lebt. Ich hoffe, der Umzug der Botschaft dorthin, wo Ihr nicht lebt, war es das wert.)

Diese Rechnung geht wohl so, dass Menschen, die für Trump gestimmt haben, um den Umzug der Botschaft zu erreichen, damit indirekt andere Juden ermordet haben. Wie vorsichtig sollte jemand, sollte ein angesehener Reporter sein, wenn er andere solcher Abscheulichkeiten beschuldigt, und sei es nur indirekt? Wie, denken die Leute, werden solche Worte von jenen verstanden, die

aus dem Iran flohen, um dann gesagt zu bekommen, dass sie auch noch schuld am Tod der Juden von Pittsburgh seien?

Ist der holocaust-überlebende Trump-Wähler schuld?

Oder, noch beschämender, in den Ohren von Judah Samet: Herr Samet, ein Holocaust-Überlebender, konnte dem Tod von der Schippe springen, weil er vier Minuten zu spät zur Synagoge kam. Auch er ist ein großer Unterstützer Trumps. Ganz offen, Julia, würdest Du Dich vor

sein den Virus des Hasses zu sehen und zu bekämpfen. Ja, wir müssen Personen in der Öffentlichkeit entgegentreten, angefangen beim Präsidenten und anderen, die in einer Art und Weise sprechen, von der wir glauben, dass sie die Bevölkerung gefährdet oder radikalisiert. Aber meine Gemeindemitglieder sind nicht diejenigen, die gefährlich sind und die Verantwortlichkeit so zu manipulieren, dass Juden in Täter verwandelt werden, ist ethisch verwerflich und Gift für unsere jüdische Gemeinde.



Donald Trump und seine Ehefrau Melania besuchen den Tatort in Pittsburgh.

diesen 80-jährigen Mann hinstellen – nein, nicht mit einem Tweet oder einem Online-Beitrag –, sondern von Angesicht zu Angesicht und ihm sagen, dass er für den Tod seiner Freunde, den Menschen, mit denen er jeden Schabbat gebetet hat, verantwortlich ist? Würdest du ihm den Eintritt in die Synagoge verweigern, wo er fast starb, durch die Hand von Judenhasern? Ernsthaft? Und das würde uns zu Gerechten machen?

Es gibt vieles, worin ich mit diesen klugen Journalisten und Beobachtern einig bin: Ja, wir müssen wachsam sein, bereit

Wir können nur ein jüdisches Volk sein, wenn wir einander nicht exkommunizieren, weder aus religiösen noch wegen politischen oder kulturellen Gründen. Jeder ist willkommen in meiner Synagoge, rechts oder links, egal wie sehr mir, als ihr Rabbiner, Ihre Ansichten zuwider sind. Weil wir weder als Demokraten noch als Republikaner beten, sondern als Juden. Nun, lasst uns unsere Kleider zerreißen und die Toten betrauern.

Übersetzung aus dem Englischen von Anastasia Iosseliani

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Dies alles nur 80 Jahre nach den antijüdischen Pogromen des 9. November 1938, der auch in diesem Jahr zu inhaltlich nicht wirklich gemeinten Gedenkritualen und Lippenbekenntnissen unserer Politik und Mainstreampresse für die Unangreifbarkeit jüdischen Lebens in dem vor 29 Jahren durch den Fall der Mauer – koinzidenterweise ebenfalls am 9. November und damals noch hoffnungsvoll und mit demokratischen Werten – wiedervereinten Deutschland führen wird.

Dass mit dem bereits wieder in Gang gesetzten Exodus der hier nicht mehr in wirklicher Sicherheit lebenden Juden am Ende auch die noch freiheitliche Struktur unserer westlichen Demokratien durch die inneren rechten und die fahrlässig hineingelassenen islamischen Feinde zerstört werden wird, scheint großen Teilen unserer Politik noch nicht in den Sinn gekommen zu sein oder wird einfach ignoriert.

In den jüdischen Gemeinden fehlen die großen Persönlichkeiten

Nach dem altersbedingten Versterben der Holocaust-Überlebenden und Gemeinden-Wiederaufbau-Generation wie Bubis und Galinski, gibt es in den Gemeinden und besonders im Zentralrat kaum noch Persönlichkeiten mit ausreichend innerem Engagement, Glaubwürdigkeit und hinreichendem Standing, aber auch genügender

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Befähigung, um den wachsenden Herausforderungen durch den demoskopischen Umbau der Gemeinden und den sich durch massiven islam-getragenen Judenhass und reaktiven Rechtsruck verschlechternden Bedingungen für jüdisches Leben wirkungsvoll zu begegnen.

Politische Instinklosigkeit, fehlendes Rückgrat, Opportunismus und falsches Appeasement gegenüber islamischen Judenfeinden und offensichtliche Anbiederung jüdischer Funktionäre gegenüber hiesigen Israel-aversen Parteien, wie etwa der Israel-Waren-Boycott-Partei der Grünen und des linken Regierungsbündnisses führen zu grotesken basis-fernen Entgleisungen der eigentlich als jüdische Interessenvertretung angedachten jüdischen Organisationen und des den Namen seit Galinski und Bubis nicht mehr verdienenden Zentralrats der Juden.

Vor allem so ist das gemeinsam mit der hiesigen Politik von bestens regierungsdomestizierten jüdischen Exponenten betriebene Bashing des gegenwärtigen US-Präsidenten Trump zu deuten, dessen juden- und israel-freundliche Politik vor allem auch in der Jerusalem-Frage sowie das entschiedene Auftreten gegenüber den Israelfeinden aus dem Iran, der Türkei und der UNO besonders angesichts der unsäglichen islamophilen und israel-feindlichen Politik seines Vorgängers Obama und der

gegenwärtigen Regierungen Westeuropas ein wahrer Glücksfall der Geschichte ist.

Von besonderer Peinlichkeit sind in diesem Zusammenhang die hemmungslosen, fakten-verkehrenden und sinnentleerten Anwürfe der ehemaligen Zentralratsvorsitzenden Charlotte Knobloch gegenüber dem großartigen und überzeugten Juden- und Israelfreund Richard Grenell, der als Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland nicht nur eine hervorragende Besetzung dieses wichtigen Amtes ist, sondern ein mehr als erforderliches Korrektiv für die hiesige Israel-Delegitimierungspolitik darstellt und zur rechten Zeit einen festen moralischen Halt für all jene liefert, denen angesichts der von unserer Politik entseelt betriebenen Strukturauflösung unserer westlichen Lebenswelt und der Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry an der Bewahrung unseres freiheitlich-demokratischen abendländischen Wertesystems gelegen ist.

Die gerade in den USA anstehende Wähler-Bestätigung der erfolgreichen Politik des US-Präsidenten provoziert unsere sich in immer noch geleugneter Agonie vor dem Scherbenhaufen ihres Rundum-Versagens befindlichen politischen Fehlbesetzungen des eher KleiKo als GroKo zu nennenden links-ideologisierten Regierungsbündnisses einer abgewirtschafteten Kanzlerin und

die nachgeschalteten Gesinnungsmedien zu immer abstruseren Hassattacken und einem Amoklauf gegen den amerikanischen Präsidenten.

Es ist kaum zu erwarten, dass dies trotz des sinnentleerten gegenwärtigen vorübergehenden Meandrierens der hiesigen Wähler in Richtung der grünen Bevormunder und Öko-Hysteriker die bereits in Gang gesetzten politischen Veränderungen in unserer Republik aufhalten wird.

Leider bleibt zu befürchten, dass Deutschland auch dann kein Hort für Juden sein wird.

Umso mehr erfreuen darf uns der große internationale und wirtschaftliche und politische Erfolg, den der jüdische Staat Israel trotz aller massiven weltweiten Anfeindungen zu verzeichnen hat. Die sich durch den historischen Besuch des großartigen, hier massiv angefeindeten israelischen Premierministers in Oman anbahnende Zeitenwende in der Anerkennung des Staates Israel und die nunmehr auch durch Brasilien beschlossene Verlegung der Botschaft nach Jerusalem sprechen in diesem Sinne für sich.

Dem jüdischen Volk, dem Staat Israel, unseren Lesern und uns allen wünschen unsere Redaktion und ich Sicherheit, Frieden und Wohlergehen!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Reichspogromnacht-Rituale: Oft kaum mehr als Lippenbekenntnisse

Die Erinnerung an die ermordeten Juden dient vor allem der deutschen Gewissensberuhigung – und nutzt den lebenden Juden wenig

Von Thomas Eppinger

„Vor fast 80 Jahren, in der Pogromnacht des 9. November, schlugen den jüdischen Menschen in Deutschland Hass und Gewalt in ungeahntem Ausmaß entgegen. Was aber dann folgte, waren die beispiellosen Verbrechen des Zivilisationsbruchs der Schoah. Daraus erwächst die immerwährende Verantwortung Deutschlands, an dieses Verbrechen zu erinnern und Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt entgegenzutreten.“

Diese Sätze schrieb Angela Merkel kürzlich in das Gästebuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Ein Eintrag, der nachdenklich macht. Um Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt und entgegenzutreten, bräuchte es nämlich weder die Schoah noch die Erinnerung daran. Bringt man diese Begriffe in Zusammenhang mit dem eliminatorischen Antisemitismus des Nationalsozialismus, verschleiern sie mehr als sie offenbaren. Zurecht fragt der Journalist Stefan Frank im selben Zusammenhang:

„Was ist mit den Nationen, die keine Juden ermordet haben, ist bei denen die Verantwortung, sich für Freiheit, für Menschenrechte und für demokratische und rechtsstaatliche Werte immer einzusetzen' weniger groß?“

Überhaupt: Weshalb sollten die Überlebenden der Schoah nicht die Mörder ihrer Familien und Freunde hassen, die Räuber ihrer Vermögen und ihrer Lebensentwürfe? Und war es etwa nicht der exzessive Einsatz von Gewalt, der das Schlachten der Nazis erst beendet hat? Und „Fremdenfeindlichkeit“? Die Menschen, auf die sich in der Nacht zum 9. November Hass und Gewalt entluden, waren keine Fremden. Es waren die Nachbarn, Kollegen und Kommilitonen, der Kaufmann von nebenan, der Arzt im oberen Stockwerk. Sie waren alles andere als fremd, diese „jüdischen Menschen“, die man offenbar nicht mehr „Juden“ nennen mag, sondern Deutsche unter Deutschen.

Der 9. November 1938 war keine Naturkatastrophe

Ist es zu viel verlangt von einer deutschen Kanzlerin, Ross und Reiter zu benennen, wenn sie vom 9. November spricht? Es war schließlich keine Naturkatastrophe, die in dieser Nacht den „jüdischen Menschen“ in Deutschland entgegenschlug, es waren Deutsche (und Österreicher), die in einer Orgie der Gewalt ihrem Hass auf Juden freien Lauf gelassen haben. In Merkels passiver Formulierung kommen die Täter nicht einmal mehr vor. Doch was ist eine Erinnerung wert, in der die Täter ausklammert werden?

Von den Allgemeinplätzen entkleidet, bleibt von Merkels Gästebucheintrag in Yad Vashem nur die Verpflichtung Deutschlands zur Erinnerung an die Shoah. Doch die eigentliche Verantwortung Deutschlands ist nicht die Erinnerung an die Verbrechen der Schoah, sondern die Verhinderung deren Wiederholung und die Rückgabe des den Juden geraubten Vermögens.

Bis heute gibt es in Deutschland kein Restitutionsgesetz, das diesen Namen verdienen würde. Der Autor und Dokumentarfilmer Maurice Philip Remy schätzt,



Die ausgebrannte Ohel-Jakob-Synagoge in München.

dass noch immer 60 Prozent der deutschen Kunstmuseen Raubkunst in ihren Beständen haben könnten. 2015 hätten gerade einmal 10 Prozent davon damit begonnen, überhaupt nachzusehen, sagt er in einem Interview über sein Buch „Der Fall Gurlitt“, und kommt zu dem Schluss: „Wir sind Weltmeister im Lippenbekenntnis!“

Es geht nicht nur um Kunst. Die Mörder, Räuber, Hehler und ihre Komplizen fuhren in den Autos ihrer Opfer, schliefen in ihren Betten, aßen von ihrem Geschirr und kleideten sich in ihre Mäntel. Und damit nicht genug: letzten Endes stahlen sie ja nicht nur das Vermögen der Vertrie-

rende Verpflichtung Deutschlands sein, als jenen Juden beizustehen, die seit 70 Jahren unmittelbar von Vernichtung bedroht sind? Stattdessen unternimmt man alles, um mit dem Iran weiter Geschäfte zu machen und finanziert mit deutschem Steuergeld, dass die „Palästinenser“ den Mord an Juden weiterhin mit lebenslangen Apanagen entlohnen können. Ein deutscher Politiker, der behauptet, dass die israelische Armee „Dutzende Palästinenser einfach hinrichtet“ (Anm.d.R.: Bremens SPD-Innensenator Mäurer), ist auch am Tag danach noch Politiker, und dieselben Amtsträger, die den Antise-

Staates zu hofieren und sehen über den Antisemitismus in ihren eigenen Reihen hinweg.

Gerhard Schröders Wunsch hat sich erfüllt. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin ist ein Ort geworden, „an den man gerne geht“. Der verdiente deutsche Historiker Eberhard Jäckel sagte bei dessen fünfjährigem Jubiläum: „In anderen Ländern beneiden manche die Deutschen um dieses Denkmal. Wir können wieder aufrecht gehen, weil wir aufrichtig waren. Das ist der Sinn des Denkmals, und das feiern wir.“

Auch wenn es nicht beabsichtigt war: Klarer kann man nicht ausdrücken, dass Erinnern vor allem für die Erinnernden da ist, nicht für die Erinnerten und die Vergessenen. Es scheint, als würde sich Deutschland mit seiner ausgeprägten Erinnerungskultur seiner konkreten Verantwortung entledigen wollen. Doch kommende Generationen werden das demokratische Deutschland einmal nicht daran messen, wie es sich an die toten Juden erinnert hat, sondern wie es mit den lebenden umgegangen ist.

„Gedenken an tote Juden und Geschäfte mit dem Iran passen nicht zusammen!“

benen und Ermordeten, sondern nahmen auch deren Plätze in der Gesellschaft ein, machten „geraubte“ Karrieren an den Universitäten, in der Verwaltung und in Unternehmen, und vererbten das dabei angehäufte Vermögen an ihre Nachkommen. Vor dreizehn Jahren erschien Götz Aly's Buch „Hitlers Volksstaat“, doch vom Holocaust als größten Massenraubmord der Geschichte will man in Deutschland bis heute nicht viel hören. Schließlich will man es mit der Erinnerung nicht über-treiben.

Gedenken an tote Juden und Geschäfte mit dem Iran passen nicht zusammen

Dieselbe Heuchelei setzt sich im Umgang mit Israel und dessen Feinden fort. Denn was sonst sollte eine immerwäh-

renden Verpflichtung Deutschlands sein, als jenen Juden beizustehen, die seit 70 Jahren unmittelbar von Vernichtung bedroht sind? Stattdessen unternimmt man alles, um mit dem Iran weiter Geschäfte zu machen und finanziert mit deutschem Steuergeld, dass die „Palästinenser“ den Mord an Juden weiterhin mit lebenslangen Apanagen entlohnen können. Ein deutscher Politiker, der behauptet, dass die israelische Armee „Dutzende Palästinenser einfach hinrichtet“ (Anm.d.R.: Bremens SPD-Innensenator Mäurer), ist auch am Tag danach noch Politiker, und dieselben Amtsträger, die den Antise-

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Merkels faschistoider Freund vom Bosphorus

Während Donald Trump bereits mit nur einer Zollmaßnahme Erdogan in die Knie zwingt, übt sich die Bundeskanzlerin weiter in nutzlosem und schädlichem Appeasement gegenüber dem Diktator

Von Jaklin Chatschadorian

Deutschland empfängt den faschistoiden Führer der sogenannten „Neuen Türkei“, einer Art neoosmanischen Reiches im Wiederaufbau, mit militärischen Ehren und richtet zu seinem Wohlgefallen ein Staatsbankett aus. Ein Arbeitsbesuch war für den Kalifen von morgen nicht genug.

In einem Telefoninterview der Funke-Mediengruppe kündigt er im Vorfeld bereits an, ein klärendes Gespräch mit Angela Merkel in der Causa „Özil und DFB“ führen zu wollen. Der Mann habe die deutsche Nationalmannschaft nicht grundlos verlassen, sondern mit rassistischen Attacken und Beleidigungen zu kämpfen. Weiterhin sind seine politischen Gegner, die er grundsätzlich als Terroristen bezeichnet, auf der Tagesordnung. Er wünscht sich einen proaktiven deutschen Partner und mehr Zusammenarbeit, wenn es um die PKK und die Gülen-Bewegung geht. Man könnte auch von einem Auftrag zur politischen Verfolgung sprechen.

Schließlich geht es um die Wiedereröffnung der DITIB-Zentrale, einem Gebäude, das optisch an ein Atomkraftwerk erinnert und politisch zum Super-Gau für die Bundesrepublik heranwächst. Seit der Genehmigung des Neubaus ist die deutsche Seite, auf kommunaler Ebene ebenso wie auf Landesebene, geradezu einseitig um einen Dialog bemüht und lässt der DITIB Köln erstaunlich viel durchgehen.

Keiner stört sich an der per Satzung nachzuweisenden Tatsache, dass eine Religionsbehörde in Deutschland der Form halber als eingetragener Verein agiert. Keiner stört sich an den Freitagspredigten, obgleich genau diese sehr bedenkliche Stellungnahmen enthalten. Eine DITIB Moschee in Köln-Porz macht Schlagzeilen mit körperlichen Bestrafungen und seelischen Verletzungen ihrer Schüler. Kein Wort aus der Politik. Die Auslandsfiliale der türkischen Religionsverwaltung kritisiert die Karikaturen-Ausstellung an einer Kölner Schule aufgrund eines „Charlie Hebdo“-Covers, und die Politik verzichtet darauf, sich die Einmischung in den deutschen Schulunterricht zu verbitten. Stattdessen besucht man das nächste Fastenbrechen, lädt in Düsseldorf selbst zu so einem ein oder übergibt nach Erläutern der Chorweiler Friedensglocke dem DITIB-Sprecher das Mikrofon.

Die DITIB will den Armeniern das Gedenken verbieten

Auch erlaubt sich die DITIB Bündnisse zusammenzuschließen, um einen Gedenkstein der armenischen Kirche zum Gedenken an die 1,5 Millionen Opfer des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich auf der armenischen Sektion eines am Stadtrand gelegenen Friedhofs zu verhindern. Man begründet seinen Protest neben der üblichen Argumentation der Völkermordleugnung, die von der einfachen Leugnung bis zur Entschuldigung und gar Rechtfertigung des Genozides reicht, damit, dass das Gedenken an die 1,5 Millionen Toten der Armenier die Totenruhe der in einiger Entfernung begrabener Türken und Deutsch-Türken störe und droht unverhohlen damit, dass der Gedenkstein den öffentlichen Frieden störe.

Politik und Verwaltung der Stadt springen sofort auf diesen nationalistischen Zug auf. Statt darauf hinzuweisen, dass nicht das Gedenken an einen Genozid mittels eines Gedenksteines, sondern

eher ein schnaubender Mob beim Gedanken an das Gedenken den Frieden bedrohe, üben beide Akteure Druck auf die Armenische Gemeinde Köln aus. Man fordert die Aufnahme eines Dialoges, relativiert den Rechtsextremismus und Islamismus der angebotenen Dialogpartner und wirft den Nachkommen der Opfer eine unversöhnliche Haltung zu.

Der hartnäckigen, mit fundierten Argumenten kämpfenden Positionen der Armenier in Köln ist die Aufstellung des Kreuzsteines zu verdanken gewesen. Der aggressiven, den öffentlichen Frieden bedrohenden Argumentation der türkischen Nationalisten unter der entscheidenden Mitwirkung der DITIB-Zentrale und dem fehlenden Rückgrat der Stadt Köln ist die Zensur der Inschrift zu verdanken: Es fehlt der Hinweis auf Täter, Tatort und die Anzahl der Opfer. Eine Insolvenzerklärung des Rechtsstaates in seiner kleinsten Zelle.

Doch es ist nicht nur Köln. Es ist nicht nur NRW. Gerade auch die Bundesregierung zeigt ihre Zuneigung und Unterwürfigkeit gegenüber dem türkischen Staat. Auf Anfrage der Opposition (Beatrix von Storch, AfD), ob die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Völkermord-Resolution aus 2016 die Geschehnisse von 1915 als Völkermord einstuft, teilt der zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen, am 26. September 2018 lediglich mit, dass die Bundesregierung die Resolution des Bundestages kenne und diese kommuniziere.

Die ruchlose Politik der Kanzlerin

Letztlich ist diese beschämende, den Völkermord zumindest mittelbar leugnende Aussage der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der ruchlosen Politik der Kanzlerin. Sie ist schließlich diejenige gewesen, die gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdogan den deutschen Bundestag noch einmal in die Schranken der Bedeutungslosigkeit verwies und damit dem Ruf des Bundestages international schadete.

Gleichzeitig hatte sie vor wenigen Wochen tatsächlich die Bösartigkeit, an der Gedenkstätte in Armenien einen Kranz niederzulegen und dabei dem Verbrechen seine Einordnung als Genozid zu versagen, um am folgenden Tag in Aserbaidschan die Weiterentwicklung der Gaspipelines TAP und TANAP quer durch die Türkei nach Europa auszuhandeln, unter dem weiteren Versprechen, die Friedensbemühungen im Konflikt um Bergkarabach zu „intensivieren“.

Die anti-israelische Politik der deutschen Regierung

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt mit ihrer Politik, dass sie aus der Geschichte des Holocaust keine Lehren gezogen haben kann. Wer sich dem Rassismus und Faschismus in den Weg stellen will, um auch nur an einem einzigen Ort der Welt für ein „Nie wieder!“ zu stehen, der geht mit Nachkommen der Opfer eines Völkermordes nicht so um. Noch weniger verbündet er sich mit faschistoiden Nationalisten und Nationalisten, die sich über jenen Völkermord freuen, ihn rechtfertigen und mit Blick auf die aktuelle Lage der Armenier in der Türkei stetig an seiner Vollendung arbeiten. Aber was erwarte ich von einer Regierung, die sich innen- wie außenpolitisch dermaßen antisemitisch wie antiisraelisch positioniert und diese Politik den



Erdogan weiht offiziell die Großmoschee der DITIB in Köln ein.

Menschen als Staatsräson verkauft.

Auch die in Zusammenhang mit der Anfrage von Beatrix von Storch (Anfrage Nr. 8-064) gelieferte schriftliche Antwort des Auswärtigen Amtes vom 14. August 2018 enttäuscht. Es geht der Fragestellerin um Maßnahmen, die sich aus der Völkermord-Resolution ergeben, etwa die offene Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Antwort verweist auf zwei laufende Projekte, eines unter der Leitung des Deutschen Volkshochschulverbandes DVV. Nach Auskunft des DVV geht es in dem Projekt um die Errichtung eines Hrant-Dink-Denkmal in Istanbul, in Andenken an den auf offener Straße erschossenen armenischen Verleger und Journalisten.

Mit deutschem Geld finanzierte Kulisse der Versöhnung

Nun ist so ein Gedenkstein am Tatort mitnichten fehl am Platz. Nur zeigt es eben auch, dass die Bemühungen der Bundesregierung um einen offenen Umgang mit Geschichte weder Fisch noch Fleisch sein wollen. Hinter dem Mord an Hrant Dink steht ein sehr komplexer Sachverhalt, der gerade mit der behördlichen und politischen Verdunkelung der Tat in Zusammenhang steht. Mit der Genehmigung dieses Denkmals kann die Türkei jedenfalls ein weiteres Mal die mit deutschem Geld finanzierte Kulisse der Versöhnung betreten.

Dabei ist ein offener Umgang mit den Verbrechen des Völkermordes durch sehr viele, einfache Maßnahmen zu bewerkstelligen. Allem voran könnte man die Thematik über die Landespolitik in die deutschen Schulen bringen. Außenpolitisch könnte man die Abhängigkeit der Türkei (von Deutschland und der EU) nutzen, um die dringend erforderliche Entnazifizierung der türkischen Gesellschaft endlich einzufordern, um den offenen Umgang mit der Geschichte überhaupt zu ermöglichen.

„Armenier“ ist eine Beleidigung in der Türkei

Derzeit erfüllt die Bezeichnung einer Person als „Armenier“ in der Türkei den Straftatbestand der Beleidigung. Erinnert doch ein jeder Armenier mit seiner Existenz an den „Verrat“ der Armenier am tür-

kischen Volk und am Islam, weil er anklagt. Erinnert doch ein jeder Armenier mit seiner Existenz an das „Versagen“, den Völkermord nicht vollendet und Zeugen übriggelassen zu haben. Ein Denkmal an den zuletzt ermordeten Armenier, aus einer Namensliste von 1,5 Millionen plus x, wird jedenfalls, trotz eines Budgets von über einer halben Million Euro, nicht reichen.

Die Berghof-Stiftung, die in diesem Zusammenhang bis Ende August 2018 mit 323.192 Euro gefördert wurde, war bis Redaktionsschluss nicht zu erreichen. Es ist jedoch zu befürchten, dass es bei ihrem Projekt ebenfalls nicht um die Entnazifizierung in der Breite der Gesellschaft in der Türkei bzw. der Deutsch-Türken bei uns ging. Aus dem Internet erfahren wir, dass vom 24. bis 27. Oktober 2016 im Rahmen einer Initiative der Hrant Dink Foundation in Zusammenarbeit mit der Berghof Foundation in Armenien das erste Treffen einer Armenien-Türkei-Experten-Dialoggruppe stattfand und weitere Begegnungen von Experten geplant sind, um die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien zu normalisieren.

Keine Entnazifizierung der Türkei

Und genau da liegt der Haken bzw. das Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Es geht der Bundesregierung nur darum, das Verhältnis beider Staaten (Türkei – Armenien) wegen geopolitischer Interessen zu befrieden, ohne die Geschichte des Völkermordes aufzuarbeiten. Versöhnt Euch, gebt Ruhe. Dabei ist gerade die Frage der Aufarbeitung des Verbrechens nicht nur eine zweier Staaten, sondern die Sache der Nachkommen der Überlebenden, die vor allem in der Türkei und in der Diaspora leben und unter dem türkischen Nationalismus in ihrem Umfeld leiden.

Jaklin Chatschadorian ist Juristin und lebt seit vielen Jahren in Deutschland. Sie war Vorsitzende des Zentralrats der Armenier in Deutschland, engagierte sich als stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Köln und Mitglied im CDU-Stadtbezirks-Vorstand. Sie ist für viele die deutsche Stimme für die Armenier geworden.

Jüdischer Flügel der AfD gegründet

Mitglieder der JAfD sehen in der Partei einen Verbündeten zur Bekämpfung des importierten Antisemitismus

Von Orit Arfa

In einem unauffälligen Gemeindezentrum in der Stadt Wiesbaden versammelten sich am Sonntag Dutzende Juden, um offiziell eine jüdische Fraktion innerhalb der wachsenden „rechten“ Partei Deutschlands zu bilden: der Alternative für Deutschland (AfD). Mit Blick auf die zahlreiche Kameras und Reporter vor Ort – von der „Deutschen Welle“ bis zum „New York Times Magazine“ war alles vertreten – hätte man vermuten können, es handele sich um das wichtigste jüdische Ereignis in Deutschland seit der Eröffnung der Berliner Holocaust-Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas.

Die Pressekonferenz erinnerte an einen Gerichtsprozess: Es hätte für die AfD die Gelegenheit zu einem „Freispruch“ sein können, eine Chance zu beweisen, dass es sich bei ihr nicht um eine antisemitische oder neonazistische Partei handelt, wie es die Leitmedien (und das offizielle deutsche jüdische Establishment) behaupten. Für die anwesenden Juden war es ein Akt des ultimativen Trotzes – nicht gegen die regierende deutsche Koalition, sondern gegen die Mitbrüder im Judentum.

Seit ihrer Gründung als euroskeptische Partei im Jahre 2013 wurde die AfD von der deutschen jüdischen Gemeinde ins Abseits gedrängt. Als die Medien von der neuen jüdischen Gruppe innerhalb der AfD Wind bekamen, taten sich 17 jüdische Organisationen in ungewohnter Einigkeit zusammen, die sie bei anderen jüdischen Sorgenthemen wie der Unterstützung des Iran-Deals durch Deutschland im Jahre 2015, oder der deutschen Finanzierung von anti-Israelischen NGOs oder anti-israelischen Inhalten im Jüdischen Museum Berlin vermissen lassen. Unter der Leitung des Zentralrats der Juden unterschrieben Organisationen wie das Abraham Geiger Kolleg und das American Jewish Committee Berlin eine gemeinsame Erklärung, indem die AfD kategorisch als „antisemitisch“, „antidemokratisch“ und als „keine Partei für Juden“ verurteilt wurde.

Zehn Mitglieder der „Juden in der AfD“ (JAfD) saßen auf der Bühne mit Kippot auf dem Kopf – die sie normalerweise nicht tragen – um Fragen der Medien zu beantworten und ihre Entscheidung für die AfD mit Entschlossenheit zu verteidigen. Die Gründer hatten nicht so viel Aufmerksamkeit erwartet, mit Widerstand aber hatten sie gerechnet, sogar damit, dass ihnen ihr ursprünglich geplanter Veranstaltungsort in Frankfurt gesperrt werden würde – ein Boykott, dem der Zentralrat der Juden keine Beachtung schenkte. Der Zentralrat bezahlte auch Mietbusse für jüdische Studenten, damit diese dort an einer Demonstration teilnehmen konnten, die in Frankfurt während der Parteisitzung abgehalten wurde. Dort wurden Plakate gezeigt, mit denen gegen den „Koscher-Stempel“ für die AfD demonstriert wurde.

Der Mord an der Jüdin Susanna Feldmann

Für einige war der neue Versammlungsort der Parteimitglieder symbolisch. Als ein Sprecher die deutschen Städte aufzählte, wo moslemische Zuwanderer junge Mädchen angriffen, rief ein jüdisches Mitglied, Micha, dazwischen: „Und auch genau hier! [in Wiesbaden]“

Nur einige hundert Meter entfernt wurde der Leichnam der geschundenen und ermordeten jüdischen Schülerin,

Susanna Feldmann, neben Bahngleisen aufgefunden. Micha, ein Familienfreund, der sich daran erinnerte, wie Susanna als Kind auf seinem Schoß gespielt hatte, wechselte seine Parteizugehörigkeit von der Linkspartei (die umbenannte DDR-Staatspartei SED) zur AfD, nachdem bekannt wurde, dass sie von einem irakischen Asylbewerber ermordet wurde, der sich illegal im Land aufgehalten hatte.

„Das hat mir das Letzte gegeben“, erklärte er. Auf seine Anfrage hin wurde das „Kol Nidrei“ als musikalische Einlage zum Gedenken an Susanna Feldmann gespielt.

Von der Linkspartei und der SPD zur AfD

JAfD-Mitglieder unterstützten die Partei, weil sie sich als einzige gegen die massive moslemische Zuwanderung ausspricht, die sie mit dem Anwachsen von Antisemitismus und Terror verknüpft sehen. Sie verstehen sich als Teil einer wachsenden konservativen europäischen Bewegung, die sich gegen den „linken“ Trend die Grenzen zu öffnen, wehrt und der Globalisierung, sowie dem Verfall der jüdisch-christlichen Wurzeln Europas durch die moslemische Masseneinwanderung etwas entgegensetzen will.

Wolfgang Fuhl, zweiter Vorsitzender der JAfD und ehemaliges Mitglied des Zentralrats, kritisierte aufs Schärfste die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und ihre Christlich-Demokratische Union (CDU).

„Früher war ich Mitglied der SPD, aber mit zunehmendem Alter wurde ich immer konservativer und bin der CDU beigetreten“, erklärte er bei der Pressekonferenz. „Ich habe die CDU nicht verlassen – die CDU hat mich verlassen. Unter Merkel ist die CDU nach links gerückt.“

Er lehnte es ab seinen jüdischen Gegnern zu antworten, außer mit dem Vorwurf gegen den Zentralrat, ein bloßer Arm der Merkel-Regierung geworden zu sein, ganz im Geiste von „beiße nicht die Hand, die dich füttert.“

Anders als in den USA, ist in Deutschland Religion und Staat nicht getrennt. Deutsche Juden (und Mitglieder anderer Religionen) können sich als Steuerzahler ihrer religiösen Gemeinschaften registrieren. Der Zentralrat empfängt heutzutage von der Regierung rund 13 Millionen Euro im Jahr. Von den geschätzten 100.000 Juden, die in Deutschland leben, stammt der Großteil aus der ehemaligen Sowjetunion, der nach dem Mauerfall in Deutschland willkommen geheißen wurde. Russischsprachige Juden bilden die Hälfte der Gründungsmitglieder der „Juden in der AfD“.

Kontakt zu Beatrix von Storch

Die Idee für die Fraktion kam bei Fuhls parteiinternen, informellen Absprachen mit anderen AfD-Mitgliedern auf. Eine WhatsApp-Gruppe von gleichgesinnten „rebellischen“ Juden wurde gegründet, um „deutsche Fakenews“ zu entlarven.

Ein Vertreter des Bundestagsbüros der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beatrix von Storch trat dann dem Chat bei. Die Juden in der AfD waren überzeugt von dem, was die jüdische Gemeinde zum Tabu machte: direkte Kommunikation mit Deutschlands kontroversester politischer Partei.

Bei der Veranstaltung schienen die AfD-Politiker quer durch die Rangordnung sich gegenseitig übertreffen zu



Die Gründer der JAfD

wollen, wer die pro-jüdischste, pro-israelischste Ansprache halten könne.

Erika Steinbach

„Ich war wirklich schockiert, was dann über unser Treffen geschrieben wurde. Einfach nur schockiert“, sagte Erika Steinbach, eine ehemalige CDU-Politikerin und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD. „Ich hätte mir nie vorgestellt, dass in einer Demokratie, eine von Menschen, Juden, frei gewählte Entscheidung – ungeachtet der Partei – auf so schlimme Weise verunglimpft werden könnte.“ Steinbach zitierte wie andere Parteimitglieder Gründe zur Sorge für die jüdische Gemeinde in Deutschland: Angriffe gegen Juden, weil sie Kippa tragen und Beschimpfungen von jüdischen Schulkindern.

„Ich weiß, dass Juden Patrioten sind“, fügte sie hinzu und versicherte, dass sie niemals einer antisemitischen Partei beitreten würde. Ein oft wiederholter Slogan der Sitzung war: „Das Judentum gehört zu Deutschland“, anders als der Islam.

Beatrix von Storch verglich die jüdische Kritik an der JAfD mit der Kritik an Israels Premierminister Benjamin Netanyahu, den sie auf eine Stufe mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán stellte, der in der AfD als Held gilt. Die Netanyahu-Regierung hält allerdings – wie auch der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff – Distanz gegenüber der AfD.

Yehuda Glick: Unterstützer aus Israel

Knesset-Mitglied Yehuda Glick (Likud), der bereits für diplomatische Beziehungen mit der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) eintrat, argumentierte, dass die AfD sich von jeden Naziwurzeln lossage. Er ist einer der wenigen israelischen Politiker, die offen für einen Dialog mit der AfD eintreten. „AfD-Mitglieder haben mit starken Aussagen ihre Unterstützung für Israel und das jüdische Volk kundgetan und Umfragen zeigen, dass es sich bereits um die zweitstärkste Partei Deutschlands handelt. Es wäre nicht klug einen Dialog mit ihnen dogmatisch abzulehnen“, fügte er hinzu.

Der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron lobte den „historischen Tag“ bezüglich der Israel-Politik und griff die deutsche Regierung wegen ihrer zunehmenden Finanzierung der UNWRA und ihrer Kritik an US-Präsident Donald Trump an, der Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannte. „Ich stehe mit meinem Namen und mit den Namen der Bundestagsabgeordneten dafür ein, dass wir die einzige Partei sind, die sich für ein

Einstellen der europäischen Unterstützung von palästinensischem Terrorismus einsetzt“, sagte er.

Juden in der AfD hoffen die Partei bezüglich der angeblichen antisemitischen Vorfälle, der damit einhergehenden Politik und einiger Aussagen zur Rede stellen zu können, die in der Vergangenheit vorgebracht worden waren. Beispielsweise steht die AfD für ein Verbot von koscherer Schlachtung ein, was sowohl das jüdische Schächten als auch das moslemische Schächten betrifft. „Das ist ein Problem, aber das macht die Partei nicht automatisch antisemitisch“, kommentierte Fuhl. „Es gibt zu dieser Frage Uneinigkeit in der Partei und wir werden das thematisieren.“

Andere oft zitierte AfD-Stellungnahmen stammen vom AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland, der Hitler und die Nazis als einen „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnete, und von dem Landesvorsitzenden Björn Höcke, der die Berliner Holocaustgedenkstätte als „Denkmal der Schande“ bezeichnet hatte. Die JAfD sieht diese Aussagen nicht notwendigerweise als Schoah-trivialisierung an, da diese Worte aus dem Kontext herausgerissen und von den Medien überspitzt dargestellt worden seien.

Lebende statt toter Juden

„Ich bevorzuge es, Mitglied einer Partei zu sein, die den lebenden Juden helfen will und nicht den toten“, erwiderte Fuhl und erntete Applaus.

Vielleicht war eine ungewollte Konsequenz der Veranstaltung, dass sich mutmaßliche Antisemiten selbst zu erkennen gaben. Im Zuge seiner Kritik an der Gründung der JAfD schrieb der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon – dem bereits in der Vergangenheit vorgeworfen wurde, jüdische Verschwörungstheorien verbreitet zu haben – auf Facebook:

„Die AfD hat eine positive Haltung zur wirklichen, christlichen Identität des europäischen Kontinents aus gutem Grund eingenommen. Im besten Falle ist diese Gruppe [die JAfD] völlig unnötig; im schlimmsten Falle ist sie eine zionistische Lobbyorganisation, die gegen die Interessen Deutschlands und der Deutschen handelt.“

Beatrix von Storch wies die Botschaft Gedeons zurück, und erklärte der JNS:

„Die Gründung der JAfD genießt enorme Unterstützung innerhalb der Partei. Gedeons Erklärungen ist zutiefst falsch, politisch irrelevant und stehen als isolierter Fall in der Partei da.“

Übersetzung aus dem Englischen von Jan Bentz

Ein Pogrom ist kein „Konflikt“

Das Hebron-Massaker von 1929: Die Bundeszentrale für politische Bildung verdreht durch bewusst falsche Begrifflichkeiten die Geschichte und Verantwortlichkeiten

Von Karl Pfeifer

Ganz krass und unverschämt treiben es die Neonazis und ihre Nachbeter, die von einem Konflikt zwischen Juden und Nationalsozialisten nach 1933 schreiben. Nicht so krass, aber doch von der gleichen „Logik“ geleitet, beschreibt Dr. Maximilian Felsch, die Ereignisse von 1929.

Man muss schon sehr zynisch oder verkommen sein, um die Abschachtung von nicht-zionistischen orthodoxen Juden in Hebron und in Safed einfach als Teil eines arabischen Aufstandes gegen die jüdische Einwanderung und gegen die Briten zu bezeichnen.

Zumal ja Gudrun Krämers Buch „Geschichte Palästinas“, das in der Bibliografie erwähnt wird, genau beschreibt wie „vorrangig nicht Zionisten, sondern Angehörige des alten Yishuv, überwiegend orthodoxe Juden“ angegriffen wurden. Tom Segev hat in seinem Buch „Es war einmal ein Palästina“ ein ganzes Kapitel der Abschachtung von Juden in Hebron gewidmet.

Dies blendet Felsch einfach aus:

„Arabischer Widerstand gegen Einwanderung und Teilungsplan

Ab 1929 kam es zu größeren arabischen Aufständen sowohl gegen die jüdische Einwanderung als auch gegen Repräsentanten der britischen Mandatsmacht. Vordergründig ging es um die Kontrolle über die heiligen Stätten in Jerusalem, gleichzeitig kristallisierten sich im Kontext der Gewaltausbrüche erstmals zwei verfeindete Nationalbewegungen heraus. Historisch kann das Jahr 1929 daher als der Beginn des israelisch-arabischen Konflikts betrachtet werden. Großbritannien war nicht in der Lage, diesen Konflikt zu befrieden und geriet stattdessen immer mehr zwischen die Fronten. Als im Zuge einer arabischen Revolte 1936 ein friedliches Zusammenleben beider Bevölkerungsgruppen zunehmend unmöglich schien, erarbeitete London ei-

nen Teilungsplan für Palästina.“
(Informationen zur politischen Bildung Nr. 336/2018 S. 15)

Schauen wir uns an, wie die von der britischen Regierung ernannte Shaw-Kommission in ihren Schlussfolgerungen über das „Wesen des Ausbruchs“ berichtete:

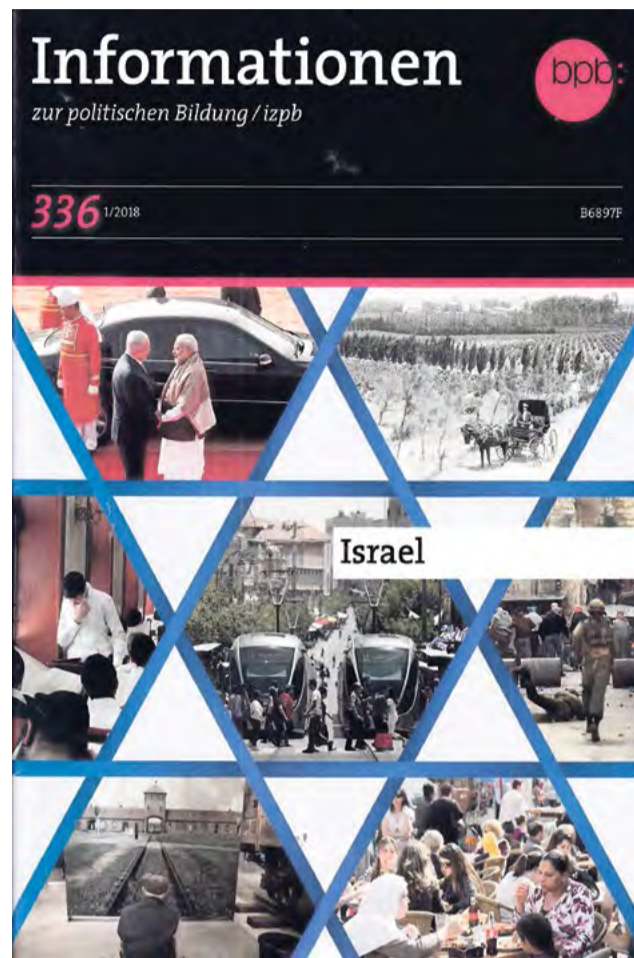
1. Der Ausbruch der Unruhen in Jerusalem am 23. August [1929 KP] war von Anfang an ein Angriff von Arabern auf Juden, für den es keine Entschuldigung in etwas früher von Juden begangenen Morden festgestellt wurde.

2. Der Ausbruch war nicht planmäßig veranstaltet worden. Die Unruhen ereigneten sich nicht gleichzeitig in allen Teilen Palästinas, sondern sie breiteten sich von der Hauptstadt aus durch eine Reihe von Tagen bis in sehr entfernt liegende Bevölkerungszentren und in einige ländliche Distrikte aus.

3. Sie nahmen zum größten Teil die Form eines böswilligen Angriffs von Arabern auf Juden an, der von zügelloser Zerstörung jüdischen Eigentums begleitet war. Eine allgemeine Niedermetzelung der jüdischen Gemeinde in Hebron mit knapper Not vermieden. In einigen Fällen griffen Juden Araber an und zerstörten arabisches Eigentum. Diese Angriffe, obwohl unentschuldigbar, waren in den meisten Fällen Vergeltung für Gewaltakte, die bereits von Arabern in der Nachbarschaft der Orte, in denen die jüdischen Angriffe sich ereigneten, begangen worden waren.

4. Der Ausbruch war weder eine Revolte gegen die britische Autorität in Palästina, noch ist er als solche beabsichtigt gewesen.“

Das bestätigt ausführlich auch Gudrun



Krämer im oben erwähnten Buch.

Tatsächlich, und auch das wird von Felsch verschwiegen, gab es nicht nur eine jüdische Einwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina-Erez Israel, sondern auch eine starke arabische Einwanderung. Laut einem Bericht an die UNO-Generalversammlung gab es 1922 im Land 557.641 Araber, diese Zahl ist bis 1946 auf 1.221.846 gestiegen. Das starke Wachstum der arabischen Bevölkerung – mehr als doppelt so viele Einwohner in weniger als einem Vierteljahrhundert – war nicht nur ein Ergebnis der besseren medizinischen Versorgung, sondern

auch der arabischen Masseneinwanderung.

Der bis heute verehrte Scheich Izz al-Din al-Kassam war ein fanatischer Prediger, nach dem sowohl Raketen, mit denen man die Juden im Süden Israels terrorisiert, als auch eine Terrortruppe der Hamas benannt sind. Er kam 1920 mit 38 Jahren aus Syrien nach Palästina. Bis heute wird er als „palästinensischer“ Nationalheld verehrt.

Während die „Nakba“ von Felsch erwähnt wird, verliert er kein Wort über die Vertreibung bzw. die Flucht von hunderttausenden Juden aus arabischen Staaten.

Interessant ist die Bemerkung, die auf der letzten Seite der Broschüre zu finden ist:

„Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.“

Dafür jedoch, dass ausgerechnet Dr. Maximilian Felsch, der an der Haigazian-Universität in Beirut Politikwissenschaft lehrt, ausgewählt wurde, um über „Die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern“ einen neunseitigen Artikel zu schreiben, ist allein die Bundeszentrale für politische Bildung, also eine Bundesbehörde verantwortlich.

Man kann sich also nicht auf diese Broschüre einer deutschen Bundesbehörde verlassen.

Offener Brief an den Präsidenten der Ludwig-Maximilians-Universität Herrn Prof. Dr. Bernd Huber

Der Verband jüdischer Studenten in Bayern wendet sich gegen Pro-BDS-Veranstaltung an der Münchener Hochschule

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Huber,

am 7. November soll an der LMU die vom Lehrbereich Meyen organisierte Veranstaltung „Israel, Palästina und die Grenzen des Sagbaren“ stattfinden. Vordergründig soll es dabei um eine vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit in Bezug auf Kritik an der „israelischen Besatzungspolitik“ gehen. Es ist jedoch zu erwarten, dass Positionen der antisemitischen BDS-Kampagne unkritisch propagiert werden. Wir fordern daher die Absage des Events.

Als Referent ist Andreas Zumach, „taz“-Redakteur und Beirat des „Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzungspolitik“ (BIB), angekündigt. Zumach stellte in einem Vortrag die Behauptung auf, dass eine „organisierte israelische Regierungslobby“, darunter auch Frau Dr. h. c. Charlotte Knobloch und ein „als Korrespondent der Jerusalem Post fungierender Mossad-Agent“, systematischer wie nie zuvor versuche, „jegliche noch so präzise, legitime Kritik an israelischer Regierungspolitik [...] auch an der Besatzungspolitik, an der völkerrechtswidrigen Siedlungs-

politik [...]“, zu unterbinden. Hier klingt eindeutig die Vorstellung einer jüdischen Verschwörung an. Gründungsmitglieder des BIB sind offene Unterstützer der Israel-Boycottkampagne BDS, die nicht nur die Stadt München als antisemitisch erachtet. Auch Zumach ist auf Veranstaltungen von BDS-Unterstützern aufgetreten.

Kerem Schamberger, Mitarbeiter des Lehrbereichs Meyen, kündigte auf seinem Facebook-Profil an, dass die „Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München“ bei der Veranstaltung mit „einem kurzen Statement über ihre Erfahrungen präsent sein wird“. Warum in der offiziellen Veranstaltungsankündigung darauf nicht hingewiesen wird und worum es in dem Statement konkret gehen soll, bleibt unklar. Die Gruppe ist offizieller Unterstützer der BDS-Bewegung und wird im weltweiten Antisemitismus-Bericht des Simon Wiesenthal Centers erwähnt. Schamberger selbst zitierte in der Vergangenheit zustimmend Rolf Verleger, Gründungsmitglied des BIB. Dieser sagte in Bezug auf die israelische Intervention im Gazastreifen 2014, dass dort ein „planvolles Pogrom gegen

Gaza“ von „Fachleuten“ verübt worden sei. Verleger und Schamberger stellen mit dieser Wortwahl das Handeln der Streitkräfte des jüdischen Staates in die Tradition der nationalsozialistischen Judenvernichtung – eine unsägliche Täter-Opfer-Umkehr und Merkmal des Post-Schoah-Antisemitismus.

Bei dieser Veranstaltung soll offensichtlich nicht erörtert werden, ob die Kritik an BDS gerechtfertigt ist oder nicht. Denn als Redner sind ausschließlich Personen angekündigt, die sich als Befürworter oder Sympathisanten positionieren. Mit Schamberger scheinen auch im Organisationsteam fragwürdige Positionen zu Israel vorzuherrschen. Kritiker der Bewegung sollen anscheinend nicht zu Wort kommen. Sowohl BDS, das BIB als auch die angekündigten Redner der Veranstaltung haben die Grenze der „Israelkritik“ in der Vergangenheit eindeutig überschritten. Sie dämonisieren und delegitimieren Israel und wenden bei der Bewertung der israelischen und palästinensischen Politik doppelte Standards an. Wir stufen die Veranstaltung daher als antisemitisch ein und

fordern Ihre Absage bis spätestens Samstag, 3. November.

Sollte die Veranstaltung nicht abgesagt werden, werden wir an der Veranstaltung teilnehmen und unsere Solidarität mit Israel und Menschen jüdischen Glaubens offen bekunden. Außerdem werden wir im Rahmen der Veranstaltung als auch medial über die Ziele der BDS-Kampagne und der Redner aufklären.

Mit freundlichen Grüßen,

Yonatan Shay, Gesandter der Jewish Agency für Israel in München,
Verband jüdischer Studenten in Bayern e. V.,
Junges Forum Deutsch-israelische Gesellschaft e. V.,
Honestly Concerned e. V.,
ILLI - I Like Israel e. V.,
Zionistische Organisation München,
Europäische Janusz Korczak Akademie e. V.

Kontakt des VJSB: Michael Movchin, Telefon: 089 41 41 826 - 20, E-Mail: info@vjsb.de

„Neue deutsche Medienmacher“: Ein hochsubventioniertes Sprachrohr für vermeintlich ausgewogenen Regierungsjournalismus

Der Staat lässt sich gewogene Journalisten 2,4 Millionen Euro Steuergelder kosten

Von Dirk Maxeiner

Wer glaubt, die Öffentlich-Rechtlichen seien den Regierenden Sprachrohr genug, der irrt. Längst fließen Abermillionen an Steuergeldern in alle möglichen Medienkanäle und weltanschauliche Projekte angeblich unabhängiger Journalisten, gut getarnt über Vereine und sogenannte „Projekte“. Heraus kommt dann – rein zufällig – das, was sich die Bundesregierung als öffentliche Meinung wünscht. Hier ein exemplarischer Fall.

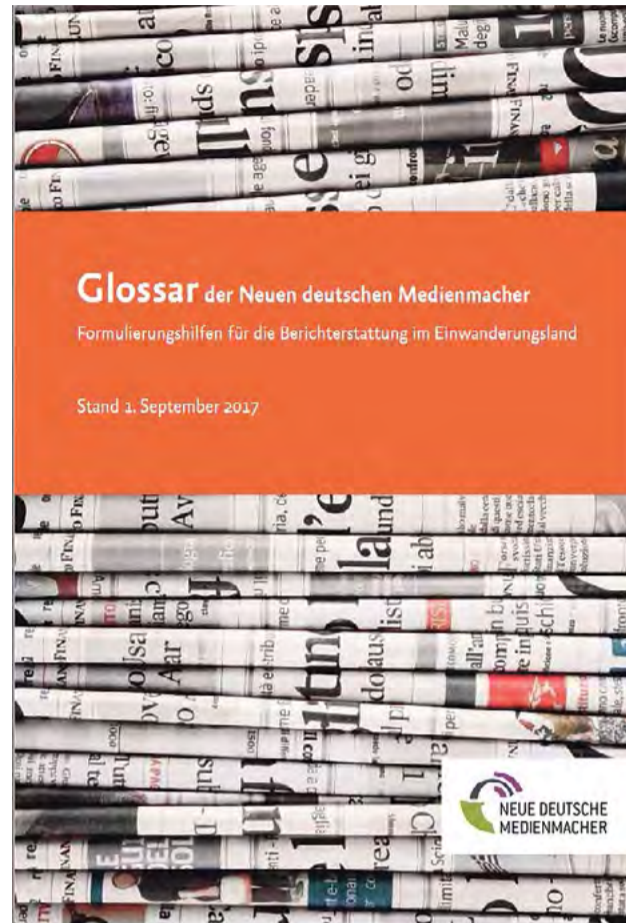
Unter dem Titel „Neue deutsche Sprachpolizei“ berichtete Henryk Broder vor kurzem über die „Neuen deutschen Medienmacher“, nach eigenen Angaben „ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen und Wurzeln, die sich für mehr Vielfalt in den Medien“ einsetzen. Die 2008 gegründete „Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte tritt für eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt“.

Broders Kommentar:

„Sie ahnen bereits, worauf das hinausläuft. Was ausgewogen und adäquat ist, bestimmen die Neuen deutschen Medienmacher.“

Und damit das auch gut klappt, gibt es umfangreiche Handreichungen für den adäquaten Sprachgebrauch – beispielsweise zu den Vorgängen in Chemnitz. Außerdem können alternative Begriffe für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft im Glossar der „Neuen deutschen Medienmacher“ nachgeschlagen werden. Es ist online und für Medienschaffende kostenfrei als gedruckte Broschüre erhältlich.

„Ein Glossar mit alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft, fertig angerührt wie Coffee To Go“, schreibt Broder und fügt



Die Steuergeld-Verbraucher erklären ihr politisch-korrektes Neusprech.

hinzu: „Eine ausgewogene und adäquate Berichterstattung, die berücksichtigt, dass es auch in Sachsen zahlreiche Deutsche of Color gibt, sollte es uns wert sein. Geld ist genug da. Schauen Sie sich nur die Liste der NdM-Partner und Förderer an. Das ist gelebte Demokratie, im Rahmen des Programms Demokratie leben!“

Die dort aufgeführten Sponsoren sind nach heutigem Stand jedoch unvollständig. Und damit sind wir wieder beim Anfang dieses Beitrages:

Die Bundesregierung hat den Verein „Neue deutsche Medienmacher“ über den Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, das Auswärtige Amt und das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den letzten Jahren mit 2.371.000 Euro für sein segensreiches Wirken unterstützt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion der AfD (Bundestagsdrucksache 19/3784) hervor. Soviel zur Unabhängigkeit des neuen deutschen Journalismus.

Es ist geradezu putzig, wie die Bundesregierung darlegt, man habe nicht etwa „die Vereinsarbeit“ der „Neuen deutschen Medienmacher“ unterstützt (ergo Lohnschreiber bezahlt, was ja ein wenig anstößig wäre), sondern lediglich „konkrete Projekte“ gefördert. Das klingt so:

„Die Bundesregierung unterstützt finanziell weder die Vereinsarbeit des Vereins ‚Neue deutsche Medienmacher e. V.‘ noch die genuine Anliegen der anderen in der Kleinen Anfrage unter Frage 9 namentlich aufgeführten Vereine, Verbände sowie die Open Society Foundations. Seitens der Bundesregierung erfolgt auch keine Einflussnahme auf die Willensbildung und auf Vorhaben der benannten Vereine, Verbände bzw. der Open Society Foundations.“

Förderungen, für die der Verein ‚Neue deutsche Medienmacher‘ (NdM) sowie andere namentlich aufgeführte Vereine und Verbände als Träger von Fördermaßnahmen von der Bundesregierung ausgewählt wurden bzw. für die Durchführung konkreter Projekte Zuwendungen erhalten haben bzw. erhalten, erfolgten und erfolgen durchweg zweckgebunden im Rahmen der in den Koalitionsverträgen der 18. und 19. Legislaturperiode vereinbarten Handlungsaufträge für die Bundesregierung, auf gesetzlicher Grundlage (z. B. § 93 des Aufenthaltsgesetzes) und einer jeweiligen Auswahl nach Eignung und Leistung...“

Kurz gesagt: Man unterstützt nicht die genuine Anliegen der Förderkandidaten, man sucht lediglich deren konkrete weltanschauliche Projekte für die Förderung aus. Zwei Fragen in Bundestagsdrucksache 19/3784 lauten:

„Ist die Bundesregierung wie der Verein ‚Neue deutsche Medienmacher‘ der Ansicht, dass ‚das Grundverständnis‘ journalistischer Objektivität und Neutralität ‚überdacht werden‘ muss? Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, dass hier im Sinne parteipolitischer Interessen einem wertenden und parteiischen Journalismus das Wort geredet werden soll?“

Antwort der Bundesregierung:

„Bei der in der Vorbemerkung der Fragesteller benannten Veranstaltung handelte es sich um eine Veranstaltung des Vereins ‚Neue deutsche Medienmacher e. V.‘ für die Zielgruppe von Journalistinnen und Journalisten sowie bei den angeführten Aussagen um journalistische Meinungsäußerungen, die die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Meinungs- und Pressefreiheit nicht bewertet...“

Bewerten ist auch gar nicht nötig. Bezahlen genügt vollkommen. Man nennt das auch politische Korruption.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Zwei evangelische Pfarrer und ihr Kreuzzug gegen den jüdischen Staat Israel

Was Sie über die Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ wissen sollten

Von Gerd Buurmann

Der Pfarrer an der Kölner Lutherkirche, Hans Mörtter, wollte im Oktober 2018 zusammen mit dem Städtepartnerschaftsverein Köln-Bethlehem und dem „Café Palestine Colonia“ die Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ öffentlich in seiner Kirche ausstellen. Am 10. Oktober 2018 jedoch teilte der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Köln-Mitte, Rolf Domning, mit, die Ausstellung könne dort nicht stattfinden, weil „im Vorfeld nicht die entsprechenden Gremien der Gemeinde und des Kirchenkreises in die Entscheidungsfindung einbezogen worden sind“.

Stattdessen wurde die Ausstellung öffentlich auf dem Kölner Chlodwigplatz aufgestellt, übrigens in auffälliger Abwesenheit von „Palästinensern“. Es geht den Ausstellenden nicht um „Palästinenser“. Es geht ihnen um Israel und vor allem darum, dass Israel heute mindestens so böse sein soll wie Luther einst sagte, dass es die Juden seien.

Worum handelt es sich bei dieser Ausstellung?

Im September 2018 wurde die Ausstellung schon mal in einer Evangelischen Jugendbildungsstätte präsentiert und von dem Vorsitzenden des „Ausschusses für gesellschaftliche Verantwortung“ im evangelischen Kirchenkreis Tecklenburg, Pfarrer Dr. Reinhold Hemker, eröffnet. Dieser Pfarrer erklärte, vor allem Schulklassen einzuladen, um sich bei einem Ausstellungsbesuch mit dem Konflikt intensiver und vor allem in seinem Sinne auseinanderzusetzen zu können.

Nachdem die evangelische Kirche in der Vergangenheit bereits eifrig bei der Verfolgung der Juden als Religion (Antijudaismus) und als Volk (Antisemitismus) mitgemacht hat, ist sie nun auch in Form von Pfarrer Mörtter und Pfarrer Hemker bei der Verfolgung der Juden als Staat (Antizionismus) dabei. Dr. Martin Luther wäre stolz auf die beiden Pfarrer und würde singen: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“

Wie gut die Indoktrinierung dieser Ausstellung funktioniert, wird anhand der „Westfälischen Nachrichten“ klar. Für dieses Blatt nämlich besuchte Dieter Klein die Ausstellung und erklärte, was man dort auf Schautafeln zu sehen bekommt:

„Von der zionistischen Besiedlung, der ersten Vertreibung der Palästinenser, der Gründung des Staates Israel, der Besetzung Palästinas, der Abriegelung von Gaza bis zu den Ergebnissen aus den Irrtümern westlicher Politik. 1947 teilte die UNO Palästina auf. Sie sprach den Juden 56 Prozent des Landes zu. Eine Fläche, die die Israelis – so zeigen es die Dokumente – später durch Eroberung um weitere 22 Prozent erweiterten.“

Mehr Einseitigkeit geht nicht. Daher versuche ich nun, der Einseitigkeit etwas mehr Ausgewogenheit hinzuzufügen. Zunächst einmal, Dieter Klein spricht von der Vertreibung der „Palästinenser“.



Wird der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm dem Treiben der Pastoren Einhalt gebieten?

Wer sind diese „Palästinenser“ überhaupt?

Zunächst fällt auf, dass der Begriff „Palästinenser“ heute oft als Abgrenzung gegenüber Juden benutzt wird. Das war nicht immer so. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Beispiel wurden fast ausschließlich Juden als „Palästinenser“ bezeichnet. Palästinensische Juden gibt es schon in der Antike, zu einer Zeit, als es noch keinen Islam und noch kein Christentum gab.

Der Begriff „Palästina“ hat einen heb-

gebiet „Palästina“, um jeglichen Bezug zum jüdischen Volk zu verwischen. Das Gebiet „Palästina“ ist somit eine Erfindung des antiken Roms.

Der Begriff Palästina ist somit lediglich eine Gebietsbeschreibung und keine Volksbeschreibung. Es gibt keine „palästinensische“ Sprache, keine unabhängige „palästinensische“ Kultur, aber dafür eine Menge Menschen verschiedenster Glaubensrichtungen und Nationalitäten, die durch den Umstand vereint werden, dass sie in einem Gebiet leben, das Pa-

sen Hemker und Mörtter.

Weitere Gebiete Palästinas sind Golan, Gazastreifen, Westjordanland und Gebiete von Ägypten und Saudi-Arabien. Nur ein sehr kleiner Teil Palästinas befindet sich in Israel, aber alle, die in dem Gebiet Palästina leben, mögen es nun Jordanier, Israelis, Araber, Juden, Christen oder Moslems sein, sind Palästinenser. Um dieses Gebiet geht es:

In der Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ wird jedoch dieses Bild gezeigt:

Es geht der Ausstellung also nur darum, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, denn auf deren Karte werden 75 % des Gebiets ignoriert. Diese 75 % fielen damals größtenteils an Jordanien. In Jordanien genießen „Palästinenser“ übrigens weniger Rechte als in Israel. Die Ausstellung skandalisiert dennoch ausschließlich die Existenz Israels.

Warum wird nur die Existenz Israels skandalisiert?

Palästina war der Begriff, mit dem der Völkerbund, der ab 1922 das Gebiet verwaltete, das Gebiet und alle dort leben Menschen beschrieb, ob sie nun christlich, muslimisch, jüdisch oder heidnisch waren. Heute gibt es in der Region die unterschiedlichsten Länder, aber nur ein Land ist demokratisch: Israel! 1948 wurde Israel von überwiegend palästinensischen Juden gegründet. Sie glaubten an die Möglichkeit einer friedlichen Demokratie im Nahen Osten. In der Unabhängigkeitserklärung Israels heißt es:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

In der Ausstellung wird diese Unabhängigkeitserklärung als „Eroberung“ bezeichnet. Mehr Einseitigkeit geht kaum, vor allem, wenn man bedenkt, dass an dem Tag der Unabhängigkeitserklärung Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien dem kleinen Land Israel den Vernichtungskrieg erklärten. Im Zuge dieses bis heute anhaltenden Krieges verließen 500.000 Araber ihre Heimat im Glauben an die Versprechungen der arabischen Nationen, nach der Vernichtung Israels könnten die Araber als Sieger in die Region zurückkehren. Israel bot jedoch allen Menschen innerhalb der neuen Grenzen an zu bleiben, um sich in Demokratie und Selbstbestimmung frei zu entfalten, schließlich waren sie alle Palästinenser. 160.000 Araber nahmen das Angebot an und blieben. Mittlerweile sind über 20 Prozent aller Israelis arabische Bürgerinnen und Bürger, mit allen Rechten.

„ In den arabischen Ländern leben heute nur 0,9 % so viele Juden wie 1948. “

räischen Ursprung. Die erste bekannte Schriftquelle zu „Palästina“ ist die Septuaginta. Hier wird der Begriff als Ableitung von dem hebräischen Begriff „Pleschet“ verwendet. Nach der Zerschlagung des jüdischen Volkes im Jahr 135 durch das Römische Reich, nannten die Römer das

löstina genannt wird. Der mit Abstand größte Teil Palästinas liegt im heutigen Jordanien. Hat jemand schon mal gehört, Jordanien halte Palästina besetzt? Nein! Woran das wohl liegen mag? Natürlich an den Juden, denen schon Dr. Luther wenig traute, ebenso wie sein Glaubensgenos-

Wie kam es zu der Flüchtlings-situation?

In der Ausstellung wird die Flüchtlings-situation nur verzerrt und sehr einseitig thematisiert. Bei einer Protestveranstaltung in der Lutherkirche gegen die Absage der Ausstellung in Köln wurde sogar in Richtung Israel behauptet, allen bisherigen Regierungen in Israel wären die Araber egal gewesen: „Es geht nie um Gerechtigkeit!“

Daher wundert es nicht, dass in der Ausstellung werden die 850.000 jüdischen Flüchtlinge verschwiegen werden.

Im Zuge des bis heute anhaltenden Vernichtungskrieges gegen Israel wurden 850.000 Juden aus ihrer arabischen Heimat vertrieben. Ihnen wurden ihr Besitz und ihre Staatsbürgerschaften genommen. Mittlerweile gibt es sogar arabische Nationen, die ihre Vertreibungspolitik derart perfektioniert haben, dass im Jahre 2001 dort kein einziger Jude mehr lebte, zum Beispiel Libyen und Algerien. Während in Israel heute fast doppelt so viele Araber leben wie 1947, und zwar als vollwertige Bürger eines demokratischen Landes, leben in den arabischen Ländern heute nur 0,9 % so viele Juden wie 1948. In dieser Zeit fanden viele schreckliche Pogrome gegen Juden statt, u.a. die Pogrome von Aleppo, Kairo und Aden.

Es ist schon interessant, dass im Nahen Osten manchmal von Vertreibung und Völkermord gesprochen wird, damit allerdings nicht die Reduzierung der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Ländern auf 0,9 % gemeint ist, sondern die beinah Verdoppelung der arabischen Bevölkerung in Israel.

Was geschah mit den 850.000 jüdischen Flüchtlingen?

Viele von ihnen wanderten nach Israel aus, andere fanden in anderen Ländern ein neues Zuhause, und jene, die Hilfe benötigten im Umgang mit ihrer neuen Flüchtlingssituation, fanden spätestens 1951 bei den Vereinten Nationen Unterstützung. Im Jahr 1951 nahm nämlich die UNHCR-Behörde ihre Tätigkeit auf. Das Hochkommissariat ist mit dem Schutz von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen weltweit beauftragt und ist auch im Bereich der humanitären Hilfe tätig. Die Behörde ist Nachfolgeorganisation des Flüchtlingskommissariats des Völkerbundes.

Während die 850.000 jüdischen Flüchtlinge und Vertriebenen wieder Bürger eines Landes wurden, sind aus den 500.000 Flüchtlingen und Auswanderern mittlerweile über 4,7 Millionen „Flüchtlinge“ geworden, die in arabischen Ländern bis zum heutigen Tage in Lagern gepfercht leben. Die einzigen „Palästinenser“, die heute volle Bürgerrechte besitzen, sind die palästinensischen Israelis. Warum also versagt der UNHCR in diesem Fall? Die Antwort ist so einfach wie verwunderlich: weil er für die arabischen Flüchtlinge, die zu „palästinensischen Flüchtlingen“ erklärt wurden, nicht zuständig ist.

Die „palästinensischen Flüchtlingen“ sind die einzige Gruppe, für die sich die Vereinten Nationen eine eigene Behörde leistet: UNRWA. Das „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ ist ein temporäres Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, das seit seiner Gründung 1949 regelmäßig um drei Jahre verlängert wird. Der Hauptsitz des Hilfswerkes war zunächst Beirut, wurde 1978 aufgrund der Unruhen im Libanon nach Wien und 1996 weiter nach Gaza verlegt. Obwohl die UNRWA nur eine temporäre Behörde ist und jederzeit im

UNHCR aufgehen könnte, bleibt die UNRWA bestehen. Warum?

Warum ist dieser Flüchtling anders als alle anderen Flüchtlinge?

Während es die Aufgabe des UNHCR ist, Flüchtlinge wieder zu Bürgern zu machen, hält die UNRWA Araber in ihrem Flüchtlingsstatus, indem sie besondere Kriterien anlegt. Während Flüchtlinge des UNHCR ihren Flüchtlingsstatus in dem Moment verlieren, da sie Bürger eines von den Vereinten Nationen anerkannten Landes werden, behalten die „palästinensischen“ UNRWA-„Flüchtlinge“ selbst in diesem Fall ihren Flüchtlingsstatus, mit anderen Worten: Während beim UNHCR der Flüchtlingsstatus nicht von Generation zu Generation vererbt werden kann, können „palästinensische Flüchtlinge“ laut UNRWA „Flüchtlinge“ gebären.

Während der UNHCR eine Einbürgerung der Flüchtlinge in ihrem Gastland befördert und unterstützt, vermeidet die UNRWA die Einbürgerung ihrer „Flüchtlinge“ in ihrem Gastland. Zudem erhält die UNRWA dreimal so viel finanzielle Unterstützung von der UN wie der UNHCR und beschäftigt 30 mal so viele Mitarbeiter.

Während also der UNHCR mit weit weniger Mitteln erträgliche Lösungen für zig Millionen Flüchtlinge gefun-

„ Es müsste die Aufgabe der UN sein, auf die Schaffung unabhängiger Israelstreifen in allen arabischen Ländern hinzuwirken.

den hat, konnte die UNRWA bisher mit deutlich mehr Mitteln keinem einzigen „palästinensischen Flüchtlingen“ zu einer Staatsbürgerschaft verhelfen. Es bisher nur ein einziges Gebilde im Nahen Osten, das dafür sorgt, dass „Palästinenser“ Menschen mit Bürgerrechten werden: Israel!

Was ist aus den 500.000 Arabern geworden, die Israel verlassen haben?

Sie leben in den Nachbarstaaten von Israel unter unmenschlichen Bedingungen. Ihnen werden nicht selten Bildung und Medizin verwehrt, sie dürfen keine Häuser bauen und keine Arbeitsplätze annehmen. Zudem ist es ihnen in all diesen Ländern bis auf Jordanien verboten, die Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Unter diesen unmenschlichen Bedingungen sind aus 500.000 Flüchtlingen 4,7 Millionen ewige „Flüchtlinge“ geworden. 4,7 Millionen Menschen, denen unter Mittäterschaft der Vereinten Nationen jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft als freie Bürger verwehrt wird. Bis auf Israel scheint sich niemand wirklich um das Wohl dieser Araber zu sorgen.

Welches Interesse können die arabischen Länder haben, palästinensische Araber zu ewigen Flüchtlingen zu verdammen?

Eine Antwort hat der Präsident Ägyptens schon am 1. September 1960 gegeben:

„Wenn die Flüchtlinge nach Israel zurückkehren, wird Israel aufhören zu existieren.“

Stellen wir uns einmal vor, den 850.000 jüdischen Flüchtlingen wäre genau dasselbe Recht zugekommen, wie es nicht wenige den arabischen „Flücht-

lingen“ selbstverständlich zusprechen: Noch heute müssten sich die Vereinten Nationen für eine Rückkehr der Juden nach Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und all die anderen arabischen Länder stark machen, und nicht nur das, die arabischen Länder müssten sogar dazu genötigt werden, mit unzähligen Resolutionen, Land an Juden abzugeben, da sie ja die ehemalige Heimat von diesen Juden besetzt halten. Es müsste somit die Aufgabe der UN sein, auf die Schaffung unabhängiger Israelstreifen in allen arabischen Ländern hinzuwirken, damit die arabischen Regime die besetzten jüdischen Gebiete räumen.

Wem diese Forderung zu radikal ist, der muss eingestehen, dass sie ebenso radikal ist, wenn es um arabische Flüchtlinge geht. Die ständige Rede von „palästinensischen Flüchtlingen“ ist nichts als pure Einseitigkeit, die nur einer Gruppe nutzt: den Feinden Israels. Am 25. Mai 1953 sagte Pfarrer Karl Baehr:

„Im April 1952 sagte Sir Alexander Galloway, damals Chef von UNRWA für Jordanien, zu unserer Studiengruppe, und das ist wirklich ein direktes Zitat von ihm: ‚Es ist vollkommen klar, dass die arabischen Nationen das arabische Flüchtlingsproblem nicht lösen wollen. Sie wollen es als eine offene Wunde behalten, als ein Affront gegen die Vereinten Nationen und als eine Waffe gegen Israel.‘ Dann sagte er mit

Betonung: ‚Die arabischen Führer geben einen Dreck darauf, ob die Flüchtlinge leben oder sterben.‘“

Den arabischen Führern und nicht wenigen Nahostexperten ist das Wohl der „Palästinenser“ egal. Israel nicht! Was Israel den „Palästinensern“ bisher angeboten hat, hat noch keine arabische Nation jemals den „Palästinensern“ geboten. Die meisten Bürgerinnen und Bürger Israels wissen halt aus eigener Erfahrung, wie gefährlich es ist, wenn die Umwelt einen zum „ewigen Flüchtling“ abstempelt.

Die Israelis sind die freiesten „Palästinenser“ der Welt! Sie sind die einzigen „Palästinenser“, die einen Regierungschef haben, der innerhalb einer Demokratie legitim gewählt wurde. Machmud Abbas wurde zwar 2005 als Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ gewählt, aber seine Legislaturperiode endete am 9. Januar 2009. Seitdem hält er sich ohne Legitimation an der Macht. Im Gazastreifen herrscht die Terrororganisation Hamas. In kaum einem Gebiet der Erde werden „Palästinenser“ brutaler unterdrückt als in Gaza. Der ganze Horror kommt in der Charta der Hamas zum Ausdruck. Artikel 7 erklärt mit Bezug auf den Propheten Mohammed, dass der Frieden erst dann kommen wird, wenn alle Juden weltweit vernichtet wurden.

Die Hamas erklärt, dass man nicht „palästinensisch“ und jüdisch sein kann, so wie die Nazis einst behaupteten, es wäre nicht möglich, deutsch und jüdisch zu sein. Deshalb lässt die Hamas ihre Minister auch Reden im Stil von Joseph Goebbels halten. Am 28. Februar 2010 erklärte der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, in einer öffentlichen Rede:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“

Wo ist Frieden möglich?

Im Jahr 2013 lebten über 8 Millionen Palästinenser in einem demokratischen Land mit garantierten Menschen- und Bürgerrechten, in dem die Geschlechter gleichberechtigt und die Kunst, Presse, sexuelle Identität und Religionsausübung frei sind. Zu diesen 8 Millionen Palästinensern gehören über 1,6 Millionen Muslime und über 6 Millionen Juden. Das Land heißt Israel!

Die Hamas erklärt nun, Palästinenser könnten keine Juden sein und das „palästinensische“ Volk müsse „judenrein“ werden. Genau das glaubten einst auch die Nazis. Nicht zufällig ist der Gruß der Hisbollah und der Hamas daher der Hitlergruß.

Israel ist eine Demokratie, in der jede Kritik, sogar die dümmste und die brutalste Kritik, erlaubt ist und artikuliert werden darf. Jeder „Palästinenser“ kann in Israel seine Meinung frei äußern. Das ist Demokratie! In Jordanien, Syrien, Gaza, Westjordanland aber haben „Palästinenser“ diese Rechte nicht. Warum also werden diese Menschen nicht gestärkt.

Warum nicht dort die Rechte von „Palästinensern“ fordern, wo sie nicht vorhanden sind, statt ständig das Land zu kritisieren, das ihnen diese Rechte garantiert?

Den beiden evangelischen Pfarrern Hemker und Mörtter kümmert eine solche Differenzierung nicht. Sie sprechen lieber auch von einer „israelischen Besatzung“.

Von wem hält Israel das Land besetzt? Vom Osmanischen Reich, das es nicht mehr gibt oder von den Römern? Oder sollen wir noch weiter in die Vergangenheit zurück gehen? Vom Königreich Israel?

Hält der Staat Israel das Königreich Israel besetzt?

Es ist alles nur noch absurd und niemand spricht von einer Besatzung Palästinas durch Jordanien. Wer Neutralität im Nahostkonflikt einfordert, muss die einseitige Vokabel „besetzte Gebiete“ gegen „umstrittene Gebiete“ eintauschen, denn um nichts anderes handelt es sich. Wer Israel als Besatzer bezeichnen will, muss auch „Palästinenser“ und Jordanier als Besatzer bezeichnen, denn ihr Recht, dort zu siedeln, ist genauso berechtigt oder umstritten wie das Recht jedes Menschen, dort zu siedeln. Wer behauptet, die jüdischen Siedlungen seien illegal, muss auch die „palästinensischen“ Siedlungen als illegal bezeichnen! Dr. Reinhold Hemker sagt: „Wir dürfen die Thematik nicht den politischen Radikalinski überlassen.“

Mit der Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ zeigt er jedoch, dass er selbst ein „Radikalinski“ ist und Pfarrer Mörtter aus Köln kommt ihm zur Hilfe.

Wenn wenigstens jene, die einseitig sind, endlich zugeben würden, dass sie nicht neutral sind, wäre schon eine Menge gewonnen.

Die fragwürdige Moral des Joe Kaeser

Der Siemens-Chef spielt sich in Deutschland gern als politisch-moralische Instanz auf – im Ausland hingegen paktiert er bedenkenlos mit blutigen islamischen Mördern

Von Thomas Rietzschel

Das gute Gewissen gibt es nicht zum Nulltarif. „Unsere Werte“, gern beschworen, verlieren ihren Wert, wenn sie uns nichts mehr wert sind, nicht einmal den Verzicht auf das eine oder andere Geschäft. Wer nichts dabei findet, mit Henkern und Folterknechten zu handeln, solange die Kasse stimmt, pfeift selbst auf die Moral.

Der ökonomische Pragmatismus rechtfertigt jegliche Kumpanei. Nachdem er sich endlich dazu durchgerungen hatte, der diesjährigen Investoren-Konferenz in Riad fernzubleiben, beeilte sich der Siemens-Chef Joe Kaeser (der eigentlich Josef Käser heißt) den Saudis zu versichern, dass dies „keine Entscheidung gegen das Königreich“ sei: Siemens bleibe „ein verlässlicher Partner“.

Höflichst bat der Boss die Majestäten um Verständnis. Nach dem Wirbel um den Fall Khashoggi sei die Absage unumgänglich gewesen. „Hunderte, wenn nicht Tausende“ Mails hätten ihm dazu geraten. Der Manager sah sich zu einer Entscheidung genötigt, die er selbst für die „einfachste“, nicht für die „mutigste“ hält. Denn: „Wenn wir aufhören, mit Ländern zu kommunizieren, in denen Menschen vermisst werden, kann ich auch gleich zu Hause bleiben.“

Kopf ab zum Gebet

Kurzum, ist erst einmal Gras über die Sache gewachsen, das journalistische Interesse an der barbarischen Exekution des saudischen Journalisten erlahmt, wird Joe Kaeser den Scheichs wieder seine Aufwartung machen. Es muss ja nicht gerade an einem Freitag sein, wenn auf dem Al-Safah-Platz in Riad für gewöhnlich die öffentlichen Enthauptungen mit dem Krummsäbel stattfinden, auf der linken Seite die Frauen, rechts die der Männer. Wenigstens 48 waren es laut „Human Rights Watch“ in der ersten Hälfte dieses Jahres. Auch gelegentliche Auspeitschungen sorgen weiterhin für die Unterhaltung der Moslems nach dem Freitagsgebet.

Sie dabei mit geschäftlichen Belangen zu belästigen, wäre eine Geschmacklosigkeit. Sie würde das Verhandlungs-

klima stören. Unverzeihlich! Geht es doch immerhin um den friedlichen Welthandel, gerade derzeit um ein Abkommen, von dem Joe Kaeser sagt, dass es seinem Unternehmen bis 2030 rund dreißig Milliarden eintragen und „Tausende von Arbeitsplätzen“ sichern werde, nicht zuletzt in Saudi-Arabien. Welche Verantwortung auf den Schultern des Managers lastet, kann man sich gut vorstellen.

Und es ist ja nicht bloß Siemens, dem Jamal Khashoggi damit, dass er sich hat „versehentlich erwürgen“ lassen, einen Strich durch die Rechnung zu machen droht. Auch die deutsche Rüstungsindustrie muss plötzlich um ihre staatlich genehmigten Waffenexporte bangen, zumal die Bundeskanzlerin angekündigt hat, „in diesem Zustand“ keine weiteren Rüstungsexporte nach Saudi-

Arabien zu gestatten. Vorsorglich offen ließ sie dabei, ob die Abwicklung der bereits geschlossenen Verträge ebenfalls gestoppt werden soll. Auch sie will sich nicht wegen eines tragischen Einzelfalls Hals über Kopf aus der Verantwortung für die Auslastung der deutschen Wirtschaft stehlen.

Kleinvieh macht auch Mist

Auf 416 Millionen Euro soll sich der Gesamtwert der deutschen Waffenlieferungen in das arabische Königreich 2018 belaufen. Peanuts, verglichen mit dem, was uns Joe Kaeser für die Lieferung technischer Ausrüstungen bis 2030 in Aussicht stellt. Allein, selbst dies wäre, wenn das Geschäft ausfiele, für die deutsche Volkswirtschaft weniger ruinös, als die Zahl glauben machen soll.

Aber nehmen wir einmal an, alles lief entgegen aller Erfahrung wie geplant, dann würden die 30 Milliarden, auf zwölf Jahre verteilt, per anno lediglich einen Umsatz von 2,5 Milliarden ergeben. Das sind keine drei Prozent von den rund 88 Milliarden, die Siemens 2018 global umsetzt. Doch Kleinvieh macht eben auch Mist.

Dass sie nicht ökonomisch verantwortungsvoll taktieren würden, kann man weder unseren regierenden Politikern noch Joe Kaeser oder sonst jemandem vorwerfen, der sich auf einen Deal mit den Saudis einlässt. Alle haben sie wohl ihren Brecht gelesen, dessen Mackie Messer in der „Dreigroschenoper“ singt: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“

Ob sie den alten Zyniker auch verstanden haben, steht auf einem anderen Blatt.

Kein Freund der Juden

Ulrich Mäurer, der SPD-Innenminister des Landes Bremen hetzt gegen Israel

Von Henryk M. Broder

Immer wieder schön zu sehen, wie ein Dorfpolizist reagiert, wenn er mal selbst beim Klauen erwischt wird. Bremens Innensenator Mäurer, der Israel vorgeworfen hat, „an der Grenze“ Dutzende von „Palästinensern“ „einfach“ hinzurichten, räumt ein, er habe sich möglicherweise „unglücklich“ ausgedrückt. Aber ein Antisemit will er auf keinen Fall sein. Sein Vertreter Thomas Ehmke, mit 40 immer noch Mitglied der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“, wirft sich für ihn in die Bresche. Er schreibt:

„Senator Ulrich Mäurer Antisemitismus zu unterstellen ist vollkommen abwegig. Er hat als Justizstaatsrat für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der

Justiz gesorgt und trug als Innensenator Verantwortung für die Untersuchung der Verstrickung der Polizei in den Holocaust. Man muss schon sehr frei von jeder Kenntnis der Politik der letzten Jahrzehnte in Bremen und ihrer Akteure sein, um einen solchen Vorwurf ernsthaft zu erheben.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf das Buch und die Ausstellung ‚Auswärts eingesetzt‘ hinweisen, die in Senatskanzlei entstanden sind. Bezüglich der konkreten Formulierung in seinem Debattenbeitrag vom 27. September 2018 nimmt Herr Senator Mäurer wie folgt Stellung:

In der Bürgerschaftsdebatte habe ich beispielhaft die Reaktionen auf den Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien (Afrin) und die Verlagerung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem thematisiert.

In der Debatte habe ich dies vielleicht unglücklich formuliert. In der Sache bin ich aber weiterhin der Auffassung, dass man angesichts der Toten an der Grenze Verständnis haben muss, wenn es als Reaktion darauf zu Demonstrationen und Protesten kommt.

In der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft vom 27. September 2018 wurde unter Top 18 ‚Sicherheit in Bremen nicht durch ausländische Konflikte und importierten Extremismus gefährden‘ (Große Anfrage der CDU-Fraktion) behandelt. Senator Mäurer ging hierbei vor allem darauf ein, dass unser Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht nur für Deutsche gilt, sondern für alle Menschen in Bremen.“

Köstlich, köstlich. Herr Senator Mäurer liebt tote Juden und kann von ihnen



nicht genug bekommen. Wenn nur die Israelis nicht wären, die „einfach“ so „Palästinenser“ hinrichten.

SIEMENS

SIEMENS



Josef Käser, der sich Joe Kaeser nennt.

Gehören Juden eigentlich noch zu Deutschland?

Der ehemalige Pressesprecher der israelischen Armee, Arye Sharuz Shalicar, stellt sein neues Buch zur Lage der Juden in Deutschland vor

Von Chaim Noll

Arye Sharuz Shalicar ist sozusagen durch Geburt Spezialist für den neuen deutschen Antisemitismus. Er ist mit ihm aufgewachsen. Als Kind iranischer Juden, die nach Deutschland emigrierten, besuchte er Berliner Schulen, in denen muslimische Jugendliche den Ton angeben. Was das bedeutet, erfuhr der Jude Shalicar schon in den 90er Jahren, gut zwei Jahrzehnte, bevor es in Deutschland als Problem erkannt wurde.

Er hat die Bedrohungen und Übergriffe, denen er als jüdischer Schüler eines Gymnasiums in Berlin-Wedding ausgesetzt war, in seinem ersten Buch „Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude“ in beklemmender Ausführlichkeit geschildert. Ihm blieb nichts anderes übrig, als Protektion bei einem kurdischen Clan zu suchen, in dessen kriminelle Aktivitäten er involviert wurde. Der Weg ins „Milieu“ schien vorgezeichnet. Doch Shalicar ging nach Israel, studierte an der Universität Jerusalem, wurde wegen seiner Sprachkenntnisse Pressesprecher der israelischen Armee im Rang eines Majors und arbeitet heute in einer Regierungsbehörde.

Seit seiner Kindheit kennt Shalicar die Welt muslimischer Jugendbanden von innen. Er hat einzigartige Einblicke in die Mentalität arabischer und türkischer Immigranten in Deutschland gewonnen, insbesondere in ihren religiös-kulturell geprägten Judenhass. Als israelischer Presse-Offizier lernte er später die ebenso unbeirrbar Israel-Feindlichkeit deutscher Medienleute kennen, etwa von Absolventen der berühmten Henri-Nannen-Schule, die er als anti-israelische Propagandaschmiede schildert. Nach einem Treffen mit ihnen fragt er sich, „wo wird denn nur drei Generationen nach dem Holocaust hingekommen sein, dass ein Vertreter einer jüdischen Sicherheitsorganisation, und das auch noch in Jerusalem, dermaßen von Deutschen attackiert



wird. Ich spürte ihren Hass mir und allem gegenüber, was ich vertrete.“

Argumentativ geübt

Die Direktheit seiner Aussagen ist das Überzeugende an Shalicars Buch. Wo andere politisch korrekt um Probleme her-

Buch. Sie bilden eine weitere Quelle seiner präzisen Kenntnis heutiger deutscher Probleme mit Israel und den Juden. Über Jahre wurde er mit Beschimpfungen und Drohungen überschüttet, doch ihn erreichen auch die vergleichsweise wenigen positiven Stimmen. „Der deutsche Antisemitismus hat sich langsam und schleichend über die Jahre wieder seinen Platz in der Öffentlichkeit erobert“, schrieb ihm Benedikt, ein junger Deutscher, den diese Entwicklung offenbar bedrückt.

Die 6 Typen des Judenhasses

Die große Gefahr sieht Shalicar darin, dass der Judenhass heute aus allen Richtungen kommt. Aus authentischen Einblicken skizziert er ein Tableau der gegenwärtigen judenfeindlichen Strömungen in Deutschland. Erstens: „Aggressiver muslimischer Judenhass“, zweitens: „Deutsche Leitmedien“, drittens: „Intellektueller linksradikaler Israelhass“, viertens: „Rechtsradikaler Antisemitismus“, fünftens: „Christlicher Antisemitismus“, sechstens: „Selbsthass als Beruf – die Alibi-Juden“. Shalicar kommt zu dem traurigen Ergebnis, „dass Deutschland auf dem besten Wege ist, für Juden in vielen Gegenden schlicht und einfach unbewohnbar zu werden.“

Auch die deutschen Medien verfolgt er

Beides zusammen, eine von Medien erzeugte antiisraelische, in ihren Konsequenzen judenfeindliche öffentliche Stimmung und die degradierende öffentliche Sicherheit erzeugen jene neue Lebensunsicherheit der deutschen Juden, die zwar von den Politikern beklagt, aber nicht wirksam bekämpft wird. Die Folge daraus sei, so Shalicar, „dass Juden (...) sich generell die Frage stellen, ob sie überhaupt zu Deutschland gehören.“

Die Schulbücher müssen sich ändern

Shalicar belässt es nicht bei der Darstellung der Misere (die in dieser Gründlichkeit allein schon verdienstvoll wäre), sondern offeriert Vorschläge zur Lösung des Problems. „Ein erster wichtiger und richtiger Schritt wäre es, die Art und Weise, in der Israel im Nahen Osten dargestellt wird, zu überarbeiten.“ Ihm ist nicht entgangen, dass die verzerrte Darstellung Israels bereits in deutschen Schulbüchern beginnt. Sie vermitteln deutschen Schulkindern, wie Shalicar feststellt, veraltete, realitätsferne Muster der Situation. Wie das gesamte Bildungssystem, sind sie der neuen Wirklichkeit nicht gewachsen, dem starken Druck durch islamische Deutungsmuster, vertreten von der wachsenden Zahl muslimischer Schüler an deutschen Schulen: „Die wichtigste Strukturänderung muss im Erziehungswesen stattfinden. Sowohl in den Schulbüchern der Oberschulen als auch im Umgang von Lehrern mit Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund, die teilweise enorm judenfeindlich eingestellt sind und einen großen Einfluss auf andere nicht-muslimische Jugendliche haben.“

Hier, in der Beeinflussung der deutschen Jugend durch untaugliche Schulbücher und voreingenommene Medien, erkennt Shalicar den Kern des Problems. Entsprechend drastisch fallen seine Vorschläge aus: „Das Wort ‚Israelkritik‘ gehört aus dem Duden gestrichen. Antisemitische Hasskundgebungen, wie der Al-Quds-Marsch durch Berlin, sollten verboten werden. Jugendliche, die ‚Jude‘ als Schimpfwort benutzen, müssen aufgeklärt werden. Menschen, die Juden in Deutschland aufgrund der Tatsache, dass sie Juden sind, angreifen, gehören in die Nervenanstalt oder hinter Gitter. Zuwanderer ohne deutschen Pass, die Juden attackieren (...), gehören des Landes verwiesen. Antisemitische Verschwörungsmusiker haben keine Preise verdient (...) Lehrer, die ihre Schüler nicht aktiv gegen Antisemitismus und Israelhass aufklären, sollten den Job wechseln.“

Arye Shalicar schrieb dieses Buch auch aus Sorge um das Land, in dem er aufwuchs. Er meint, es wäre ein böses Omen für Deutschland, wenn dort eines Tages keine Juden mehr leben könnten. Ein Vorgang nicht ohne Präzedenz. Wie auch seine Folgen aus der deutschen Geschichte bekannt sind. Judenhass ist Deutschland nicht gut bekommen: Die letzte Verfolgung der deutschen Juden ereignete sich am Vorabend von Deutschlands bisher größter Katastrophe, der Niederlage 1945.

Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland? Eine persönliche Analyse.

Von Arye Sharuz Shalicar
Hentrich und Hentrich
ISBN: 978-3955652715
164 Seiten
16,90 Euro

Die berühmte Henri-Nannen-Schule schildert er als anti-israelische Propagandaschmiede.

umreden, scheut er nicht das klare Wort. Seine Facebook-Seite hat ihn darin geübt, mit „mittlerweile 17.000 Followern“ im Dialog zu stehen, darunter „Biodeutsche und Deutsche mit Migrationshintergrund, Israelis, die Deutsch sprechen, und Deutsche, die Hebräisch sprechen, Politiker, Polizisten und Lehrer, jung und alt, religiös und säkular, links und rechts.“

Er zitiert sie ausgiebig in seinem neuen

aufmerksam, deren Inkompetenz und Voreingenommenheit in der Nahost-Berichterstattung er als israelischer Pressesprecher aus täglicher Zusammenarbeit kennt:

„Ein gutes Beispiel dafür sind die Auslandskorrespondentinnen des ‚Spiegel‘ zwischen 2010 und 2016 (...) Außer einem Abschluss an der Journalistenschule hatten alle drei Damen keinen Background in Nahost-Geschichte, Konfliktmanagement, Politik, Theologie, Militär und Sicherheit. Sie verstanden weder Hebräisch, noch Arabisch, noch Türkisch oder Persisch (...) Wie kann man ihren Artikeln Glauben schenken, wenn man weiß oder eben nicht weiß, dass sie Teile ihrer Aussagen und Interpretationen nicht selbstständig, sondern über Dritte erhalten (...) Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, dass die oftmals sehr einseitige Medienberichterstattung über Israel und den ‚Nahostkonflikt‘ den Antisemitismus auf deutschen Straßen fördert, und ich wage zu behaupten: legitimiert.“

Auch über die generell sich verschlechternde Sicherheitslage in Deutschland ist Shalicar im Bild:

„Gespräche mit deutschen Sicherheitsbehörden bereichern mich enorm. Über ihre Ausführungen erhalte ich meiner Meinung nach das präziseste Bild Deutschlands und seiner heutigen Gesellschaft (...) Nicht wenig Frust herrscht unter ihnen bezüglich der Politik, die sie ‚im Stich lässt‘ in ihrem täglichen Kampf gegen kriminelle arabische Großfamilien, Drogenkartelle und radikale Islamisten.“

Weniger als
0,3
Prozent
aller moslemischen Kriegsoffer seit 1948 starben im gesamten israelisch-arabischen Konflikt.
Über 90 Prozent starben durch die Hand ihrer moslemischen Glaubensbrüder.
www.juedischerundschau.de

Ich habe untertrieben!

Wie sehr der linke Antisemitismus bis 2018 angewachsen würde, hatte der Autor des Buches „Der ewige Antisemit“ 1986 nicht einmal ahnen können

Von Henry M. Broder

Der Erste, der sich nach dem Erscheinen meines Buches „Der ewige Antisemit“ im Jahre 1986 zu Wort meldete, war der Intendant des Frankfurter Schauspiels, Günther Rühle. Er erwirkte eine einstweilige Verfügung, mit der dem S. Fischer-Verlag und mir untersagt wurde, die Behauptung zu verbreiten, Rühle habe im Zusammenhang mit der Auf-führung des Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder gesagt, die „Schonzeit“ für Juden sei „vorbei“.

Ich hatte mir diesen Satz weder ausgedacht noch Rühle unterschoben. So stand er u.a. in der „New York Times“ und der „taz“, und als Urheber wurde jedes Mal Rühle genannt, ohne dass er sich dagegen verwahrte. Es kam zu einer Verhandlung vor einer Kammer des Frankfurter Landgerichts, die weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Richterzimmer stattfand. Sie endete mit einem „Vergleich“ zwischen Rühle auf der einen und dem Verlag und mir auf der anderen Seite. Rühle räumte ein, er habe gesagt, der „Schonbezirk“ für Juden sei „vorbei“, der Verlag und ich erklärten, wir würden die Behauptung, er habe gesagt, die „Schonzeit“ für Juden sei „vorbei“, nicht weiter verbreiten. Die entsprechenden Stellen wurden geschwärzt, das Buch durfte wieder verkauft und gekauft werden.

Schonzeit für Juden

So wird auf ewig ungeklärt bleiben, ob Rühle „Schonzeit“ oder „Schonbezirk“ gesagt oder ob er vielleicht „Schonzeit“ gesagt, aber „Schonbezirk“ gemeint hat. Das eine würde bedeuten, dass man Juden wieder jagen darf, das andere, dass es nur außerhalb eines bestimmten Gebietes erlaubt ist, also zum Beispiel im Westend nicht, nebenan in Bockenheimer aber schon.

Aus dem Abstand von 32 Jahren betrachtet, mutet das, was ich in diesem Buch beschreibe, den fortschrittlichen Antisemitismus der aufgeklärten, linksliberalen Kreise, geradezu idyllisch an.

So neu wie die Plissee-Röcke dieses Sommers

Die Frage, die damals diskutiert wurde, lautete: Gibt es einen linken Antisemitismus, kann es ihn überhaupt geben? „Linke können keine Antisemiten sein!“ postulierte Gerhard Zwerenz als elftes Gebot; Alice Schwarzer und andere maßgebliche Kultur-Linke waren derselben Meinung. Antisemitismus galt als eine Domäne der „Rechten“, mehr noch: Auschwitz, Endlösung, Holocaust. Inzwischen kann man sogar in der „taz“ lesen, dass es einen linken Antisemitismus gibt, ganz abstrakt, der sich als „Israelkritik“ ausgibt. Allerdings vermag niemand zu sagen, wo die „legitime Israelkritik“ aufhört und der Antisemitismus anfängt. Die Grenzen sind fließend wie bei Mord, Totschlag und Körperverletzung mit Todesfolge, wobei es dem Opfer egal sein kann, ob es vorsätzlich, fahrlässig oder zufällig vom Leben zum Tode befördert wurde. Um ihn vom finalen Antisemitismus der Nazis abzugrenzen, sprechen Wissenschaftler gerne von einem „neuen Antisemitismus“, der freilich so neu ist wie die Plissee-Röcke, die in diesem Sommer wieder modern sind.

Man nennt ihn auch „sekundären Anti-



Von Rainer Werner Fassbinder stammt das Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“

semitismus“ oder „Schuldabwehrantisemitismus“, wobei diese Begriffe vor allem der Verschleierung der Tatsache dienen, dass es den Antisemiten Spaß macht, Juden zu hassen und dass sie es unter verschiedenen Vorwänden tun. Mal geht es gegen Juden, die sich als Deutsche, Franzosen, Polen, Russen, Ukrainer verkleidet haben, mal gegen Juden, die als separate Nation in einem eigenen Staat leben wollen. Der Jude kann es dem Antisemiten nie recht machen, denn es geht dem Antisemiten nicht darum, wie der Jude ist – links oder rechts, arm oder reich, klug oder dumm –, es geht darum, dass der Jude da ist. Das zu begreifen, fällt auch Juden schwer, weswegen sie immer den „Dialog“ mit den Antisemiten und diese

den Fortschritt verdient gemacht haben, einmal abgesehen.

„Linke“ Antisemiten Lueger, Marx und Marr

Für kaum ein anderes kulturelles Phänomen trifft die Bezeichnung „rasender Stillstand“ so sehr zu wie für die „Wer-ist-ein-Antisemit-und-woran-erkennt-man-ihn?“-Debatte. In dieser Beziehung hat der Antisemitismus einiges mit Alkoholi-smus gemein. Nur wenige Alkoholiker geben zu, dass sie ein Problem mit dem Alkohol haben. Und mir ist noch kein Gegenwarts-Antisemit begegnet, der sich als solcher geoutet hätte (Anm.d.Red.: Eine Ausnahme scheint hier Mahathir bin Mohamad, der amtierende Regie-

ebenso der Journalist Wilhelm Marr, der den Begriff Antisemitismus geprägt und die „Antisemitenliga“ gegründet hat; der Berliner Hof- und Domprediger Adolf Stöcker gehörte derselben Spezies an. Aber schon bei Karl Marx, dessen 200. Geburtstag vor kurzem pompös gefeiert wurde, gehen die Ansichten auseinander, weil er selbst Jude war. Ja, Marx hat verächtlich über Juden geschrieben, aber war er deswegen gleich ein Judenhasser? Als ob man seine Schrift „Zur Judenfrage“ missverstehen könnte, als ob Sätze wie „Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum“ nicht die Anleitung zur Ausgrenzung und in letzter Konsequenz zur Ausrottung enthalten würden.

Rassisten, die sich „Antirassisten“ nennen

Heute will niemand ein Antisemit sein, nicht einmal Roger Waters, der bei seinen Konzerten ein heliumgefülltes Riesenschwein mit einem aufgemalten Hakenkreuz über der Bühne schweben lässt. Mit Antisemitismus habe das nichts zu tun, sagt der Pink-Floyd-Gründer, es sei Kritik an der „rassistischen“ Politik Israels. Die Aussage würde ein wenig glaubwürdiger klingen, wenn ihm etwas Vergleichbares zu der rassistischen Politik eines anderen Staates eingefallen wäre, zum Beispiel der Chinesen gegenüber den Tibetern oder Uiguren. Dem „sekundären“ Antisemitismus folgt ein tertiärer auf dem Fuße, es ist ein Antisemitismus ohne Antisemiten.

Es hat über 20 Jahre gedauert, bis sich die Erkenntnis etabliert hat, dass es doch so etwas wie einen linken Antisemitismus gibt, dessen Objekt Israel und dessen Ziel die Vernichtung des Judenstaates ist, der nicht nur für die Leiden der „Palästinenser“, sondern für alle Übel dieser Welt verantwortlich ist, einschließlich der Brutalitäten, die weiße Polizisten an schwarzen US-Amerikanern begehen. Das ist kein Witz, das ist eine Behauptung der „Black-Lives-Matter“-Bewegung, die sich auch in Deutschland verbreitet.

„Einzelfälle“, die keinen „Generalverdacht“ rechtfertigen

Es wird vielleicht nicht ganz so lange dauern, bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass es doch so etwas wie einen muslimischen Antisemitismus gibt, der mit den Flüchtlingen, Geflüchteten und Schutzsuchenden ins Land geströmt ist. Diese offensichtliche Tatsache wurde eine Weile als „fremdenfeindlich“ denunziert und bestritten, inzwischen wird sie widerstrebend anerkannt, wenn auch nicht als Ergebnis der Erziehung in einigen der Herkunftsländer, sondern als eine Abfolge von „Einzelfällen“, die keinen „Generalverdacht“ rechtfertigen. So wie die Linke sich selbst idealisiert hat, so idealisiert sie jetzt die Flüchtlinge. Der deutsche Vormund braucht immer wieder ein Mündel, dessen er sich annehmen kann. Dabei geht ausgerechnet das Zentrum für Antisemitismusforschung an der Berliner TU meinungsbildend voran. Eine langjährige Mitarbeiterin des Zentrums hat in einem TV-Interview festgestellt, es gebe „keinen muslimischen Antisemitismus“, sondern nur „einen Antisemitismus unter Muslimen“, „Einzelfälle“ infolge der „medialen Aufmerksamkeit“.

Daraus ergibt sich: Es gibt es auch kei-

„ Der Jude kann es dem Antisemiten nie recht machen, denn es geht dem Antisemiten nicht darum, wie der Jude ist – links oder rechts, arm oder reich, klug oder dumm –, es geht darum, dass der Jude da ist.“

davon zu überzeugen versuchen, dass Juden „ganz normale Menschen“ sind – von den vielen Nobelpreisträgern, die sich um

rungschef von Malaysia, zu sein). Der Wiener Bürgermeister Karl Lueger war ein ehrlicher, bekennender Antisemit,

nen christlichen Antisemitismus, sondern einen Antisemitismus unter Christen; keinen nationalsozialistischen Antisemitismus, sondern einen Antisemitismus unter Nazis. Keinen kommunistischen Antisemitismus, sondern einen Antisemitismus unter Kommunisten. Wörtlich genommen bedeutet Antisemitismus unter Muslimen, dass es sich um eine innermuslimische Problematik handelt, dass Muslime sowohl die Träger wie die Objekte des Antisemitismus sind. Das ist Wissenschaft auf höchstem Abstraktionsniveau.

Ein anderer Wissenschaftler beim Zentrum für Antisemitismusforschung treibt den Erkenntnisprozess noch weiter voran, indem er behauptet, so die FAZ, es gebe „keine belastbaren Zahlen für Unterschiede im Ausmaß antisemitischer Einstellungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sowie Flüchtlingen, Migranten und Deutschen“. Bis jetzt sei man, so der Forscher, „über anekdotische Beispiele von Antisemitismus“ nicht hinausgekommen.

Theodor W. Adorno hat einmal gesagt, der Antisemitismus sei ein „Gerücht über die Juden“. Nun wird aus dem „Gerücht“ eine Sammlung von Anekdoten ohne jeden empirischen Beweiswert. Da wird ein jüdisches Kind an einer Schule gemobbt, ohne dass es die Lehrer mitbekommen, dort ein Israeli verprügelt, weil er mit einer Kippa auf dem Kopf durch Prenzlauer Berg spazierte. Die Anekdoten häufen sich, aber: Nur wo Antisemitismus darauf steht, kann auch Antisemitismus drin sein.

Es wird eine der Aufgaben des neuen „Antisemitismusbeauftragten“ der Bundesregierung und seiner elf Mitarbeiter sein, auf diesem Gebiet für Klarheit zu sorgen und Etikettenschwindel zu unterbinden. Optimal wäre es, wenn der „Antisemitismusbeauftragte“ eine Art „Gütesiegel“ verleihen würde, mit einem, zwei oder drei gelben Sternen. Von „antisemitismusverdächtig“, über „leicht antisemitisch“ bis zu „eindeutig antisemitisch“. Er hat damit bereits angefangen, indem er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit kundtat, der Antisemitismus sei „unislamisch“.

Die grandiose Sicht hat

auch meinen inneren Blick erweitert

Der Antisemitismus-Beauftragte ist ein freundlicher und integrier Ministerialbeamter, der sich freilich erst mit dem

Gegenstand seiner Tätigkeit vertraut machen muss. Helfen soll ihm dabei ein eingetragener Verein, ein „flächendeckendes Netzwerk“ zur „Sicherstellung einer bundeseinheitlichen, zivilgesellschaftlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle“. Wie bei den Weight Watchers und den Anonymen Alkoholikern wird es „Meldestellen“ geben, die allerdings nicht Antisemiten zur Behandlung annehmen, sondern „antisemitische Vorfälle“ an die Zentrale „melden“ werden. Was danach passieren soll, ist noch unklar. Wird eine „Task Force“ ausrücken und sich die Antisemiten vorknöpfen? Es geht wohl eher um eine statistische Erfassung der „Vorfälle“, denn Statistiken sind das Rückgrat der Bürokratie.

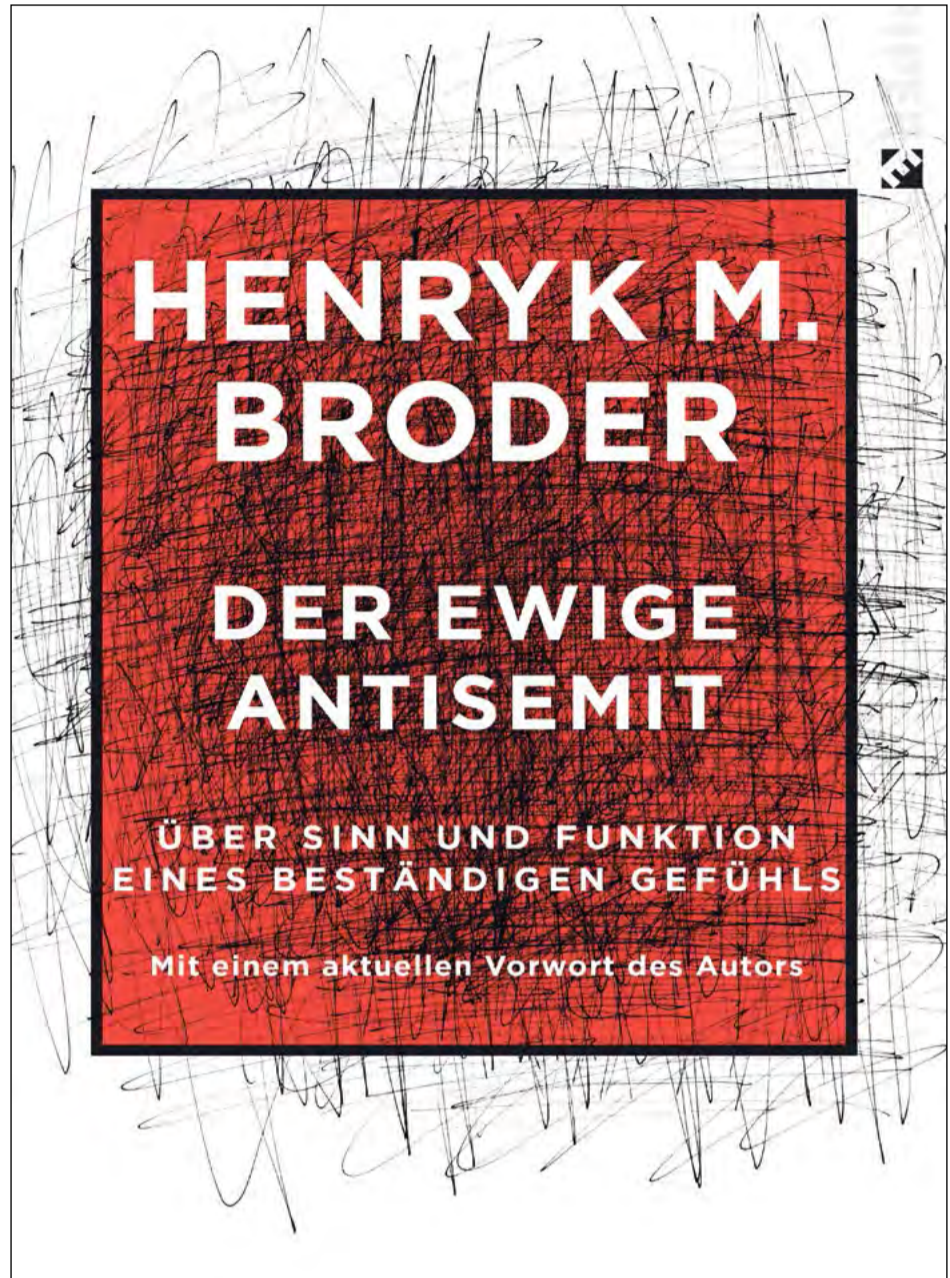
Es ist noch nicht lange her, da hat man es geschafft, mit gnadenloser Genauigkeit festzulegen, wer ein Volljude, Halbjude oder Vierteljude war. Heute ist man schon froh, wenn man sich auf eine Antisemitismus-Definition verständigen kann, die so allgemeinkonkret ist wie der Satz, dass die Armut von der Poverté kommt. Der Antisemitismus, sagen die Konflikt- und Vorurteilsforscher, sei eine Form der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Das ist nicht einmal falsch, aber was unterscheidet ihn dann von der Abneigung gegenüber Analphabeten, Schwulen, Veganern, Karnivoren, Rauchern, Radfahrern, Rentnern, Rockern und Alkoholikern? Sind das nicht auch Variationen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“? Und im Übrigen: Was spricht dagegen, bestimmte Gruppen von Menschen nicht zu mögen?

Der Nichts-Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Ich zum Beispiel kann Männer nicht ausstehen, die Baseballmützen verkehrt herum tragen. Aber ich würde sie deswegen weder einsperren noch ausbürgern.

Der Antisemitismus gehört zum Weltkulturerbe. Sein Epizentrum liegt in Europa. Er ist das, was Juden und Judenhasser verbindet. Ein tiefes und nachhaltiges Gefühl. Anzunehmen oder auch nur zu hoffen, man könnte ihn aus der Welt schaffen, ist Ausdruck eines modernen Aberglaubens, der auch dem Klima vorschreiben möchte, wie es sich entwickeln soll.

Als ich 1986 den Ewigen Antisemiten schrieb, lebte ich in Jerusalem und schaute aus meinem Arbeitszimmer über die



Judäische Wüste bis zum Toten Meer. Die grandiose Sicht hat auch meinen inneren Blick erweitert. Wenn ich heute lese oder höre, wir müssten „den Anfängen wehren“ finde ich das nur noch komisch. Noch lustiger ist nur die Feststellung, der Antisemitismus sei inzwischen „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen – als ob er jemals irgendwo anders logiert hätte.

Dieses Buch ist eine Momentaufnahme aus den 1980er Jahren. Es wurde mir damals vorgeworfen, ich würde hemmungslos übertreiben und überall Gespenster sehen. Rückblickend kann ich nur sagen:

Ich habe untertrieben. Geschichte funktioniert wie ein Theaterstück. Das Ensemble ändert sich, aber die Vorstellung geht weiter.

Henryk Broders Buch „Der ewige Antisemit“ von 1986 gilt als Klassiker des Themas, hat nichts von seiner Aktualität verloren und ist soeben als E-Book im Piper-Verlag neu erschienen. Dieser Beitrag ist das von Henryk Broder dazu verfasste neue Vorwort.

Zuerst erschienen bei „Die Achse des Guten“

„Linker“ Alibi-Jude entpuppt sich als Hochstapler

Gern gehörter Initiator des „Synagogen-Asyls“ für vorwiegend islamische Zuwanderer als Betrüger enttarnt

Dr. Nathan Warszawski

Vor wenigen Tagen erschien im „Spiegel“ ein hervorragender Artikel von Martin Doerry und Moritz Gerlach: „Der gefühlte Jude“.

Seit 15 Jahren steht Wolfgang Seibert an der Spitze der jüdischen Gemeinde Pinneberg in Schleswig-Holstein und wird hofiert von Pastoren, Journalisten und der linken Szene.

Nun lässt es sich nicht mehr verheimlichen: Er ist ein Betrüger.

Wie kommt der Schwindel nach 15 Jahren heraus?

Der Rabbiner, der regelmäßig die jüdische Gemeinde in Pinneberg aufsucht, heißt Walter Rothschild. Von 2003 bis 2015 ist er Landesrabbiner der jüdischen Reformgemeinden in Schleswig-Holstein. Er benötigt 12 Jahre, bis sich sein Verdacht erhärtet, dass sein anfänglicher Freund und Vorsit-

zender der jüdischen Gemeinde in Pinneberg kein Jude, sondern ein vorbestrafter Hochstapler ist, der auch andere Institutionen wie die Grünen um viel Geld betrogen hat. Der genaue weitere Verlauf wird im „Spiegel“ nicht offenbart, doch kann man annehmen, dass es der Rabbiner ist, der den Stein ins Rollen bringt.

Warum dauert es so lange, bis ein Hochstapler entdeckt wird? Man sagt, dass der deutsche Staat und seine eigentlich zuständigen Organe sich aufgrund der deutschen Geschichte nicht in innere jüdische Angelegenheiten einmischen. Doch dies ist nicht der wahre Grund, denn der deutsche Staat mischt sich auch viel zu wenig in innere katholische Angelegenheiten ein, was z.B. Kinderschändung betrifft. Über den Islam will ich hier kein Wort verlieren. Der wahre Grund ist der Zusammenhang der Mitglieder der Religionsgemeinden, die aus falschem Staatsverständnis heraus und

unterstützt von überholter dogmatischer Ethik gravierende Fehlverhalten nicht nach außen kommunizieren. Somit unterstützt der deutsche Staat Straftaten, indem er deren Aufdeckung erschwert. Das Vertuschen von Straftaten, die Katholiken, Juden und dem deutschen Staat schaden, wird durch kein Dogma gedeckt. Weder Unterschlagung, noch Kinderschändung.

Nun könnte man argumentieren, dass die Gemeindeglieder blind vor Vertrauen sind. Dies wird bei den meisten „unbedeutenden“ Gemeindegliedern der Falls sein. Doch gibt es auch das Phänomen trotz Wissens Verbrechen oder Lügen zu decken, um selber davon zu profitieren. Der Vorstand einer jüdischen Gemeinde besteht ja nicht immer aus einer einzigen Person! Ein heimlicher Nichtjude, der den Juden mimt, ist ein wertvoller Verbündeter, wenn es um finanzielle oder andere Irregularitäten

geht. Der Kostümjude wird schweigen, um nicht seine Maske zu verlieren.

Wann sollte die jüdische Gemeinde gewarnt sein? Jedenfalls nicht erst dann, wenn der Rabbiner nach Jahren plötzlich fristlos entlassen wird!

Viele jüdische Organisationen, genauer gesagt deren Vorsitzende, die vielleicht selber keine Juden sind, haben sich aus aktuellem Anlass geeint, um die AfD-Unterorganisation JAFD (Juden in der AfD) zu attackieren. Ein wichtiger Angriffspunkt besteht in der Behauptung, dass die einige Juden in der AfD gar keine Juden seien. Nun wissen wir dank „Spiegel“, dass auch offizielle Juden nicht immer Juden sind. Ich empfehle den Nicht-Juden in der JAFD für den Vorstand ihrer jüdischen Gemeinde zu kandidieren. Sollte ihre Kandidatur von Erfolg gekrönt sein, ist dies leider kein Beweis, dass die nicht-jüdischen JAFD Juden sind. „Spiegel“ möge helfen.

Wie unsere Medien aus einem gezielten Terroranschlag gegen Juden eine „Schießerei am Arbeitsplatz“ machen

Ein junger Araber verwandelt im Westjordanland eine gemeinsame Arbeitsstätte von Israelis und Arabern in eine Mordfalle für die jüdischen Kollegen

Von Tina Adcock

Es scheint eine niemals enden wollende Tragödie zu sein, dass „Palästinenser“ mittels Terroranschlägen versuchen, ein Land zu bekommen, welches sie wahrscheinlich eher durch friedliche Verhandlungen bekommen könnten. Die Attentäter erlangen Ruhm und eine jahrelange Zahlung an sich selbst und ihre Familien mit ihrem blutigen Geschäft. Sowohl die PLO, als auch die Hamas preisen ihre „Märtyrer“ und benennen Straßen, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen nach ihnen. Jüngst reagierte der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ Machmud Abbas auf die Budgetkürzungen für die UNWRA durch den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit einer Rede, die die Täter dazu animiert, den Terror fortzuführen. Abbas sagte, dass wenn auch nur noch ein einziger Penny übrig wäre, die „palästinensische“ Regierung würde ihn an die Familien der Märtyrer und die Täter selbst auszahlen. Ein Ende dieser Praxis des Terrors und Antisemitismus scheint weiterhin nicht in Sichtweite zu sein.

„Jugendlicher“ vs. „Siedler“

Nach dem Anschlag auf den amerikanischen Israeli Ari Fuld vom 16. September 2018 in Yatta, einem Dorf im Westjordanland, erfolgte in Barkan ein weiteres Attentat, das zwei Leben forderte und eine Frau schwer verletzte – und in den europäischen und auch amerikanischen Nachrichten schallt es wieder einmal sehr einseitig durch den Medienschwungel. Ari Fuld, Vater von drei Kindern und Ehemann, wurde von einem „Palästinenser“ erstochen und schaffte es sogar noch, seinen Mörder kurze Zeit zu verfolgen und anzuschließen.

Die Facebook-Seite von „ARD Israel Palästina“ verbuchte diesen Anschlag mit den Worten, dass „ein Jugendlicher einen israelischen Siedler in der Nähe von Bethlehem“ erstochen habe. Die Gewichtung liegt hierbei auf den Worten „Jugendlicher“ – was beinahe als eine Entschuldigung für pubertierendes Verhalten gesehen werden könnte – und „Siedler“ – was in der Presse als Synonym für das ungebührliche Verhalten eines Israelis schlechthin gilt: denn wer dort wohnt, wo er laut allgemeiner Meinung nicht hingehört, der ist scheinbar selbst dran schuld, wenn ein „Jugendlicher“ einen Messerangriff auf ihn verübt. Zugleich berichtet der Artikel von einem „Anschlag in einem Gewerbegebiet“ und betont noch einmal explizit, dass dieses sich in der Nähe einer israelischen Siedlung befindet. Erneut wird so vermittelt, dass die Opfer, Kim Yehezkel und Zvi Hajbi, selbst schuld an ihrer grausamen Ermordung wären; erneut erfolgt eine Opferrelativierung. Erwähnenswert wäre in dem Fall viel eher gewesen, dass es sich um einen Ort handelt, an dem es noch nie irgendeine Form von Schwierigkeiten gab, sondern der viel eher für das friedliche Zusammenleben und Arbeiten von Israelis und „Palästi-



Hunderte trauerten beim Begräbnis.

nensern“ bekannt ist – eine Tatsache, die für die ARD schlicht nicht denkbar zu sein scheint.

CNN verniedlicht den Mord

Ein weiteres Beispiel für solch voreingemachte Berichterstattung ist CNN. Der amerikanische Nachrichtendienst berichtet von einer „Schießerei am Arbeitsplatz“, ganz so, als wäre der Vorfall ein aus dem Ruder gelaufener Streit unter Kollegen oder ein Amoklauf gewesen und nicht ein antisemitischer Anschlag. Dementsprechend ist auch keine Rede von einem „palästinensischen“ Terroristen, der eine junge Mutter und Ehefrau fesselte und erschoss, sowie einen Vater, der drei Kinder und eine Frau hinterlässt. Die „New York Times“ berichtet unterdessen, dass „Israel behauptet, dass ein Palästinenser zwei Israelis in der Westbank getötet hat“. Hier wird also ohne erkennbaren Grund die Aussage Israels angezweifelt. Man kommt nicht umhin sich zu fragen, was der Anlass für solch eine Formulierung sein könnte? Warum wird nahegelegt, von Seiten der Israelis könnte ein Interesse bestehen, eine Falschmeldung über einen Terroranschlag herauszugeben? Warum ist den westlichen Medien so viel daran gelegen, den terroristischen Hintergrund der Tat zu relativieren und zu verschleiern?

Sind die Opfer schuld?

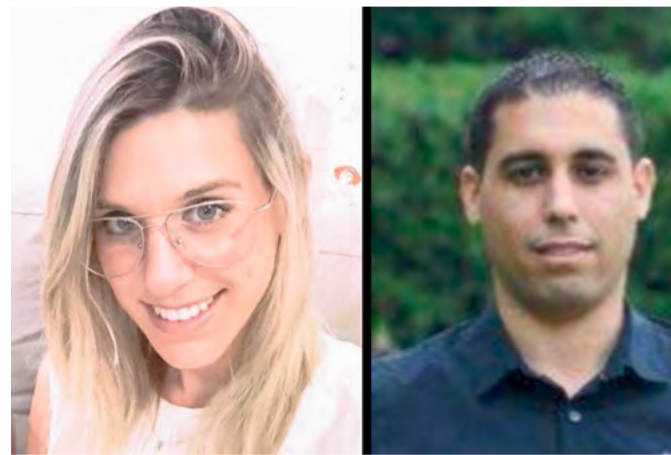
Der 23 Jahre jungen Attentäter aus dem nahe gelegenen Dorf Shweiki bei Tulkerem, der bei derselben Firma wie seine

Opfer als Elektriker arbeitete und also eine Arbeiterlaubnis für die israelische Firma besaß, in der er seinen Lebensunterhalt verdiente, ist bisher immer noch auf der Flucht. Sowohl die israelischen Verteidigungskräfte, als auch der „palästinensische“ Sicherheitsapparat sind auf

wunsch der Hamas wieder, die in ihrer Charta den Mord an Juden als Pflicht eines jeden Muslim preist und einzig den Dschihad als legitimes Mittel zur Erlangung eines „palästinensischen“ Staates ansieht.

Angesichts der geschilderten medialen

Reaktionen scheint es, als wären israelische Opfer keine Opfer, denen Empathie zusteht – während zugleich die Mörder entlastet werden, indem man deren Taten nicht als das bezeichnet, was sie sind: Judenmord. Schritt für Schritt wird eine Relativierung der Verluste von Familien vorgenommen, in Form von Schuldzuweisungen an die Opfer zum Beispiel mittels ihrer Bezeichnung



Kim Yehezkel und Zvi Hajbi

der Suche nach ihm. Es wird vermutet, dass er sich eher den „palästinensischen“ Behörden stellen wird, um eine Gefängnisstrafe zu verbüßen und nicht etwa Gefahr zu laufen auf der Flucht erschossen zu werden.

Wie reagierten nun die „Palästinenser“ selber auf den Anschlag des aus dem Westjordanland stammenden Mannes? Man ist nahezu geneigt zu sagen: Leider wie gewohnt! Im Gazastreifen wurden zu Ehren des Mörders Süßigkeiten an fahrende Autos und Fußgänger verteilt. Damit wurde dem Mord an unschuldigen Menschen gehuldigt. Handlungen wie diese spiegeln den Vernichtungs-

als „Siedler“ oder auch durch die Darstellung von Israel als unglaubwürdigem Berichterstatter. Dass „Palästinenser“ offen ihre Märtyrer ehren, scheint hierbei niemanden zu stören oder wird bei der Berichterstattung einfach unter den Teppich gekehrt. Die Lösung des Nahostkonflikts wird sicher nicht durch Gewalt erreicht, jedoch fehlt ein ehrlicher Verhandlungspartner auf „palästinensischer“ Seite, denn wie sollte man auch mit einer Regierung ein Abkommen ausarbeiten, welche – wie die Hamas – den Mord an Israelis feiert oder ihn – wie die Autonomiebehörde – auch noch bezahlt?

Das Wunder der Auferstehung der hebräischen Sprache

Die Wiederbelebung und die Modernisierung der Sprache der Thora ist eine in der Geschichte der Zivilisation einmalige kulturelle Errungenschaft

Von Amotz Asa-EI

„Für wen plage ich mich ab?“, fragte sich Jehuda Leib Gordon (1830-1892), während er in der Dunkelheit, Stille und Kälte Litauens hebräische Zeilen niederschrieb.

Nachdem er jahrelang Gedichte, Satiren und Parabeln in hebräischer Sprache geschrieben hatte, einer Sprache, die über Jahrhunderte praktisch niemand aktiv gesprochen hatte, stellte sich Gordon diese Frage stellvertretend für eine ganze Gruppe von Autoren, die sich zum Ziel gesetzt hatten, eine Sprache wiederzubeleben, die nach dem Verlust des Landes der Juden im Altertum ihre Lebenskraft verloren hatte.

Es dauerte mehr als 150 Jahre, aber nun macht die heutige Vitalität der hebräischen Sprache seine Wiederauferstehung zu einer in der Geschichte noch nie zuvor gesehenen kulturellen Leistung.

Eines ist jedoch sicher – Hebräisch war nie gestorben.

Jedem jüdischen Kind wurde beigebracht, Hebräisch zu lesen, zu schreiben und zu beten; Teenagern wurden religiöse Texte gelehrt und Rabbis korrespondierten auf Hebräisch über religiöse Probleme.

Auch schufen die Juden in der Diaspora monumentale hebräische Werke, wie etwa die Mischna, ein Gesetzeskodex aus römischer Zeit sowie deren Fortsetzungen, Mischna Tora (im 12. Jahrhundert von Moses Maimonides verfasst) und Schulchan Aruch (im 16. Jahrhundert von Rabbi Joseph Karo geschrieben).

Dennoch war das säkulare Hebräisch, die Sprache, in der die Juden des Altertums Landwirtschaft und Handel trieben, registriert und poetisierten, zu einer Sprache von Liturgie, Ritualen und Gelehrsamkeit reduziert worden.

Das tägliche Leben wurde nach und nach in anderen Sprachen geführt und auch das kulturelle Schaffen der Juden fand in anderen Sprachen statt.

Philon, der jüdische Philosoph (20 v. Chr.–50 n. Chr.) schrieb auf Griechisch, Maimonides schrieb den Führer der Unschlüssigen in arabischer Sprache, Baruch de Spinoza, der Pionier des modernen Säkularismus, schrieb auf Latein, Moses Mendelssohn (1729–1786), der Prophet der jüdischen Aufklärung, schrieb in deutscher und Simon Dubnow (1860–1941), der größte Historiker des osteuropäischen Judentums, in russischer Sprache.

Das germanische Jiddisch und das romanische Ladino

Gleichzeitig entwickelten die Juden neue Sprachen, in denen Hebräisch mit anderen Sprachen vermischt wurde. Da waren zum Beispiel das Ladino der spanischen Juden, ein halbes Dutzend Arten eines jüdischen Arabisch und das Jiddisch der europäischen Juden, in dem sich hebräische, deutsche, aramäische und slawische Worte miteinander vermischten.

Jiddisch war so weit verbreitet, dass es vom Shtetl im zaristischen Russland bis zur Lower Eastside in New York gesprochen wurde. Das ist auch der Grund, wa-

rum es die vorherrschende Sprache der Holocaustopfer war – und mit ihnen starb.

Während diese Wendung der Ereignisse von niemandem vorhergesehen wurde, begannen jüdische Gelehrte im 19. Jahrhundert von einer Auferstehung des Hebräischen zu träumen – die einen, indem sie es schrieben, die anderen, indem sie es tatsächlich sprachen.

Die literarischen Anstrengungen trugen erste Früchte in Europa, wo im Reich der Habsburger sowie im deutschen und im russischen Kaiserreich hebräische Zeitschriften entstanden. Das Bemühen um die mündliche Sprache begann im Land Israel.

Es stieß auf Skepsis, Spott und Feindseligkeit.

Theodor Herzl zweifelte an Hebräisch

Die Skepsis äußerte kein Geringerer als Theodor Herzl, der sich in seinem Manifest „Der Judenstaat“ fragte: „Wer von uns kann gut genug Hebräisch, um in dieser Sprache einen Zugfahrchein zu verlangen?“

Spott und Feindseligkeit wurden einem in Russland geborenen Gelehrten zuteil, der 1881 nach Jerusalem zog und dort zwei hebräische Zeitungen gründete, seine Kinder auf Hebräisch erzog und das erste Wörterbuch des alten und neuen Hebräisch zu schreiben begann.

Der kleingewachsene, bebrillte und schwächliche Eliezer Ben-Jehuda (1858–1922) wurde von den ultraorthodoxen Rabbinern Jerusalems als politischer Unruhefächer und säkularisierender Feind betrachtet. Auch wenn er auf einsamem Posten kämpfte – und einmal sogar von den Osmanen wegen des Propagierens von Nationalismus inhaftiert wurde –, blieb er seinem Ziel treu.

In seinem Wörterbuch und seinen Zeitungen schuf er aus biblischen Verben

„„Wer von uns kann gut genug Hebräisch, um in dieser Sprache einen Zugfahrchein zu verlangen?““

und Substantiven neue hebräische Wörter für Neuheiten wie Elektrizität, Lokomotiven und Eiscreme sowie abstrakte Begriffe wie etwa Initiative, System und Langeweile. An einem örtlichen Gymnasium, wo er als Lehrer tätig war, begann er, mit seinen Schülern Hebräisch zu sprechen. Bald hallte in Jerusalem zum ersten Mal, seitdem römische Truppen es dem Erdboden gleichgemacht hatten, wieder Hebräisch durch die Straßen.

Das Experiment war dermaßen erfolgreich, dass fünf Jahre später eine komplett hebräische Schule in Rischon Le-Zion, südlich dem heutigen Tel Aviv, eröffnet wurde. Bemühungen, weitere solcher Schulen zu bauen, wurden von skeptischen Eltern zunichtegemacht, die fürchteten, ihre Kinder zur Unwissenheit zu verdammen, wenn sie ihnen statt Deutsch oder Französisch Hebräisch beibrächten.

Dennoch begannen sich hebräische Schulen und Kindergärten zu verbreiten



Spachpionier Jehuda Leib Gordon

und in den 1930er Jahren waren bereits Tausende von Kindesalter an Hebräisch sprechend erzogen worden.

Im 21. Jahrhundert werden U-Boote auf Hebräisch navigiert.

Heute wird Hebräisch von fast 9 Millionen israelischen Juden und Arabern und von Tausenden weiteren im Ausland gesprochen.

Flugzeuge werden auf Hebräisch ge-

das stärkste Bindeglied zwischen den Immigranten und Flüchtlingen, die mit 70 verschiedenen Sprachen in einem kleinen und umkämpften Land eintrafen.

Drei Gehminuten von dem Ort entfernt, an dem Ben-Jehuda die Nächte mit der Arbeit an seinem umfangreichen Wörterbuch verbrachte, ehe er mit 64 an Tuberkulose starb, trägt heute eine belebte Fußgängerzone seinen Namen.

Zu einer Zeit, da nach Angaben der UNESCO die Hälfte der 6.000 Sprachen der Welt vom Aussterben bedroht ist und Bemühungen, Sprachen wie Keltisch, Baskisch und Walisisch wiederzubeleben, nach wie vor beklagenswert flüchtig sind, wird Hebräisch weltweit von etwa 10 Millionen Menschen gesprochen, und das kaum ein Jahrhundert, nachdem es noch für niemanden Muttersprache war.

Die Geschwindigkeit, Intensität und Reichweite der Wiederbelebung des Hebräischen zeigen die Lächerlichkeit gelegentlicher Anschuldigungen auf, der jüdische Staat sei aus dem Nichts auf das Land Anderer gefallen. Man muss kein Hebräisch verstehen, um seine Lebendigkeit zu spüren und zu begreifen, dass die Sprache nicht aus dem Himmel auf ihr Land gefallen, sondern vielmehr unter dessen Steinen hervorgekrochen ist.

Bewahrt durch jüdischen Gottesdienst und Gelehrsamkeit, war das Hebräische wie ein glimmender Funke, den man nur mit wenig Luft anfachen musste, damit er zur Flamme wurde – eine Flamme, die Millionen Hebräisch sprechender Menschen nun Tag für Tag tragen.

Um Jehuda Leib Gordons Frage zu beantworten – sie waren es, für die er sich abplagte.

Zuerst erschienen auf www.audiatour-online.ch.

„Warum diese Menschen hier singen, verstehe ich nicht, aber ich finde es großartig.“

Der Verein „Sächsische Israelfreunde e.V.“, der sich durch seine unentgeltlichen und beispielgebenden Handwerkerdienste für Holocaust-Überlebende in Israel einen Namen gemacht hat, schickt nun seinen Chor, um mittellosen Israelis eine Freude zu machen

Der Verein „Sächsische Israelfreunde e.V.“ hat sich durch seine Handwerkerdienste in Israel einen Namen gemacht. In diesem Herbst hat der Verein seinen Chor gesendet, um mit den eingeübten Liedern bedürftige Israelis zu erfreuen.

Israelnetz

Besucher einer Suppenküche im Zentrum Jerusalems freuten sich in dieser Woche über eine musikalische Abwechslung. Benjamin Philip, Leiter der Organisation „Hineni“, nennt den Ort „ein humanitäres Restaurant, in das alle eingeladen sind, zu kommen“. Kunden bekommen eine warme kostenlose Mahlzeit gestellt oder zahlen einen symbolischen Preis. Am Dienstag wurden sie zur Mittagszeit von einem Konzert des Chors „LeChaim, zum Leben“ der „Sächsischen Israelfreunde e.V.“ überrascht.

Seit etwa 15 Jahren entsendet der Verein Gruppen von Handwerkern, vorwiegend aus Sachsen, nach Israel, welche Wohnungen und Altersheime von Holocaust-Überlebenden sanieren und renovieren. Gegründet wurde der Verein 1998, um Menschen zur Solidarität mit dem jüdischen Staat zu motivieren. „Vor einigen Jahren haben wir diese Räume mit unseren Handwerkern renoviert“, erzählte Michael Sawitzki, der die Handwerkerdienste in Deutschland koordiniert, den Restaurantbesuchern in Jerusalem. Mit dem Verein „Hineni“ seien sie schon seit vielen Jahren verbunden, so Sawitzki. „Doch dieses Mal sind wir nach Israel gekommen, um euch mit unseren Liedern zu erfreuen. Es ist eine besondere Freude, diese hier, mitten in Jerusalem, singen zu dürfen.“ Für die etwa 50 Besucher wurde ins Russische und Hebräische übersetzt.

Der Geschäftsführer des Vereins, Wilfried Gotter, berichtete: „Die Gruppe ist eine Woche im Land unterwegs. Es sind 35 Chorsänger, manche von ihnen sind zum ersten Mal in Israel.“ Die Lieder singen sie auf Deutsch und teilweise auf Hebräisch: „Israel soll leben. Wir bringen Frieden euch allen. Schma Israel, Höre Is-



Mit Liedern auf Deutsch und Hebräisch möchte der Chor der Sächsischen Israelfreunde arme Menschen aufheitern.

rael“, sind einige davon. Begleitet werden die Sänger von Elektroklavier, Gitarre und Cajón. Zudem begleitet die Berufsgeigerin Alke Schmidt aus Chemnitz die Lieder. Die Chemnitzer Kantorin Maria Koschwitz und Leiterin des LeChaim-Chores, erzählt von einem Lied über Jerusalem, das Gott ihr vor einigen Jahren aufs Herz legte. Damals sei sie noch nie in

Auch das Privileg, dass unsere Familien uns haben ziehen lassen. Wir haben so bewegende Begegnungen mit den Menschen.“ Bewegt war auch die Besucherin Veronika. Die Mittsechzigerin war vor 25 Jahren aus Russland nach Israel eingewandert: „Ich wohne allein und komme so gern hierher, weil ich in Gemeinschaft essen kann. Dass

pan besuche. Warum diese Menschen hier singen, verstehe ich nicht, aber ich finde es großartig.“

Philip erklärte den Deutschen nach dem Konzert: „Ich bin Holocaust-Überlebender in der zweiten Generation. Mein Vater war in acht Konzentrationslagern. Wenn ihm jemand damals erzählt hätte, dass sein Sohn mal in Israel leben und dort Christen willkommen heißen würde, hätte er jeden für verrückt erklärt.“ Der gebürtige Holländer ist überzeugt: „Dass ich euch hier als Deutsche begrüße, zudem als Ostdeutsche, ist ein Geschenk vom Herrn.“ Der orthodoxe Jude erklärte gerührt: „Gott hat euch dazu bestimmt, hierherzukommen. Und dass ihr nach Israel kommt, macht euch zu besonderen Menschen.“

Die einwöchige Chorreise endete am 21. Oktober. Außer in Jerusalem gab es Konzerte in Sderot und Hadera.

„Ich wohne allein und komme so gern hierher, weil ich in Gemeinschaft essen kann.“

Jerusalem gewesen, doch auf erstaunliche Weise habe sie sich bereits zu dieser Zeit mit dieser Stadt verbunden gefühlt.

Claudia, eine Chorsängerin, ist zum ersten Mal in Israel: „Hier singen zu dürfen, empfinde ich als große Ehre.

wir heute noch ein Konzert von Deutschen bekommen, ist einfach schön.“ Auch Anton, ein Student aus Russland, war von den Deutschen angetan: „Ich komme fast jeden Tag zum Mittagessen hierher, weil ich in der Nähe einen Ul-

Immer mehr Veganer in der israelischen Armee

Die Zahal hat die höchste Veganer-Quote unter ihren Soldaten weltweit – seit 2014 stellt sich die Armeeführung darauf ein

Israelnetz

Einer von 18 israelischen Soldaten ist Veganer. Die Armee hat sich mittlerweile auf die entsprechenden Bedürfnisse eingestellt – dabei geht es nicht nur um Lebensmittel, sondern auch um die Ausrüstung.

Israels Armee ist nach eigenen Angaben weltweit die mit den meisten Veganern, das berichtet die Tageszeitung „Jerusalem Post“ unter Berufung auf das Armeeradio. Demnach ernähre sich einer von 18 Soldaten ausschließlich von pflanzlichen Lebensmitteln.

Die Zahl der Veganer beim israelischen Militär habe sich in den vergangenen drei Jahren um das Zwanzigfache erhöht. Aktuell liege sie bei 10.000, wie ein Militärsprecher mitteilte.

Die Armee hatte im Jahr 2014 damit begonnen, vegane Soldaten zu unterstützen. Sie führte lederfreie Kampfstiefel und wollefreie Mützen ein. Soldaten, die sich als Veganer registrierten, erhielten einen Zuschuss für den Kauf eigener Mahlzeiten. Später wurden die Mahlzeiten in den Armeebasen und auf dem Feld um vegane Speisen erweitert. Köche wurden in der Zubereitung veganer Mahlzeiten geschult und von Ernährungsexperten beraten.

Dennoch waren nicht alle vegan lebenden Soldaten mit den Kochkünsten zufrieden: Anfang des Jahres reichten 550 Veganer eine Beschwerde ein und forderten ein besseres Angebot. Was die Armee an veganen Mahlzeiten bereitstelle, sei nicht ausreichend. Unter anderem enthielten die Menüs zu wenig Proteine.



Die totgeschwiegenen jüdischen Flüchtlinge

Am 30. November wird der seit 1948 zu hunderttausenden aus moslemischen Ländern vertriebenen Juden gedacht

Von Dr. Elvira Grözinger

Der Staat Israel ist in diesem Jahr bereits 70 Jahre alt geworden, aber der Konflikt mit den Nachbarn dauert nach wie vor an. Wenig bekannt ist, dass in Israel fast eine Million jüdischer Flüchtlinge aus den arabischen Ländern und ihre Nachkommen leben, während der arabische Propaganda-Begriff „Nakba“ – als das von den „Zionisten“ verursachte Leid der arabischen Bevölkerung, die seit der Gründung des jüdischen Staates als arme Flüchtlinge fern der Heimat in Lagern darben müssen – allgegenwärtig ist.

Um an das jüdische Gegenstück zum „Nakba“-Narrativ zu erinnern, wurde 2014 ein Gesetz in Israel verabschiedet, wonach alljährlich am 30. November der aus den moslemischen Ländern vertriebenen Juden gedacht wird. Im Bewusstsein der Weltgemeinschaft spielt aber diese Vertreibung so gut wie keine Rolle. Während die UNO von 726.000 arabischen Flüchtlingen seit 1948 ausgeht, stehen dem 850.000 Juden aus den moslemischen Ländern von Maghreb bis zum Iran gegenüber, die seit 1948 aus ihren Heimatländern flüchten mussten und bis heute ohne jegliche Entschädigung seitens irgendwelcher Staaten leben, nachdem die Mehrheit von ihnen in Israel eine neue Heimat fand und sich in die Gesellschaft integriert hat.

Der vererbte Flüchtlingsstatus bringt Geld

Der Nahostkonflikt wird durch den „Nakba“-Mythos genährt und ist für die Flüchtlinge aus dem britischen Mandatsgebiet Palästina auch noch nach 70 Jahren eine sehr lukrative Umschreibung dessen, was während des arabischen Angriffskriegs auf das soeben entstandene Israel geschah. Die Palästinaflüchtlinge sind die einzigen auf der Welt, die nunmehr in der vierten Generation als solche von der Weltgemeinschaft alimentiert werden.

Sie zählen inzwischen 5 Millionen (!) und bekommen von den UNO-Mitgliedsstaaten – darunter Deutschland – viel Geld für ihre Propaganda und Waffen, womit sie die korrupten „Regierungen“ in Ramallah und Gaza-Stadt sowie ihre mit Hass gegen Juden in den UN-Schulen verbreiteten Schulbücher, Terror, Geldgeschenke an die Familien der Selbstmordattentäter usw. finanzieren. Dabei fordern diese Millionen Dauerflüchtlinge ein Rückkehrrecht in ein hochentwickeltes Land, obwohl sie selbst in ihren Gebieten nach wie vor keine funktionierende Infrastruktur aufzubauen imstande waren. Dass die arabischen Brüder sie als Faustpfand gegen Israel in Lagern auf Kosten der Weltgemeinschaft gehalten haben, wird von der UN und EU ignoriert, und auch die UNRWA sieht keinen Grund das Curriculum zu ändern.

Die Arafat-Witwe lebt als Millionärin in Paris

Der nicht aus „Palästina“, sondern aus Ägypten stammende Terrorist Jassir Arafat (ehemaliger Vorsitzender der PLO und selbsternannter Freiheitskämpfer) hat nach seinem Tod 2004 seiner Witwe Suha Millionen vererbt – sie lebt seither komfortabel in Paris – von unseren Steuern. Es ist nicht ein-



Die Arafat-Witwe Suha Arafat lebt im Reichtum. Auch sie ist offiziell ein „palästinensischer“ „Flüchtling“.

zusehen, warum die Weltgemeinschaft ihr Geld an Menschen verschleudert, die es nicht verdienen, niemals arbeiten müssen und deren Infrastruktur vom Ausland am Leben erhalten wird, während sie selbst stattdessen Unfrieden und Konflikte schüren.

Der Gedenktag an die Vertreibung der Juden hat nun einer zu Unrecht von der Welt vergessenen Bevölkerungsgruppe endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Da Israel ein Schmelztiegel verschiedener Ethnien ist, hat inzwischen auch die orientalisch-mediterrane Kultur unübersehbar Einzug gehalten und die europäische befindet sich auf dem Rückzug.

Über diese „Vergessenen jüdischen Flüchtlinge“ informiert nun auch anschaulich eine Wanderausstellung, die von der Botschaft des Staates Israel organisiert wurde. Bereits Anfang des 21. Jahrhunderts entstanden Projekte, die sich der Thematik widmeten, so der international preisgekrönte Film „The Forgotten Refugees“, in dem über die Flucht der Juden aus Ägypten, dem Jemen, Libyen, dem Irak und Marokko, über ihre Erlebnisse sowie ihre dramatische Rettung berichtet wird. Bevor es zu ihrer Vertreibung kam, wurden die Juden in den arabischen Ländern seit Jahrhunderten verfolgt und ausgegrenzt, der hier gern geglaubten und vielbeschworenen muslimischen Toleranz widersprechend.

Die Misrachim sind keine Sephardim

Die „Misrachim“ (Orientalen) werden oft fälschlicherweise zusammen mit den „Sephardim“ (den aus der iberischen Halbinsel vertriebenen) Juden in einen Topf geworfen. Sie haben aber eine unterschiedliche Geschichte, sprechen die judäo-arabischen Di-

alekte ihrer Herkunftsländer, und im Iran judäo-persische, lebten dort zum Teil seit biblischen Zeiten, während die seit 1492 in den muslimischen Staaten wie in einigen europäischen Städten – Amsterdam oder Hamburg – niedergelassenen Sepharden in Ladino oder Spaniolisch, judäo-spanisch, kommunizieren – auch, wenn sie aus der Türkei kommen. Seit Langem schon haben sich Persönlichkeiten aus diesen Bevölkerungsgruppen in der israelischen Politik engagiert, das Bewusstsein für ihre Belange geschärft, Musiker und Sänger eine Musik mit orientalischen, griechischen oder spanischen Klängen populärisiert und die von dort stammenden namhaften Schriftsteller literarische Zeugnisse der früheren jüdischen Gemeinden von Marokko bis Irak publiziert. Ich nenne hier nur einige Namen wie die aus dem Irak stammenden Eli Amir, Mona Jahia, Sami Michael, die über Bagdad erzählten, oder Dorit Rabinan, die Geschichten aus dem Leben der persischen Juden publiziert. Über das Leben der Juden im ägyptischen Alexandrien schrieb der in den USA lebende Andre Aciman, und über die Juden von Istanbul Mario Levi.

Das Goldene Zeitalter von Andalusien war gar nicht so golden

Juden lebten unter den Muslimen niemals sorg- und gefahrlos, wiewohl sie sich durch Bildung auszeichneten und nützlich waren. Im angeblich so Goldenen Zeitalter der andalusischen Koexistenz waren sie nur als tributzahlende Dhimma und niemals als gleichberechtigt anerkannt. 1033 gab es das Pogrom in Fes (Marokko), 1066 fand das erste Pogrom auf europäischem Boden in Granada statt, mit rund 4.000 Opfern. Der berühmte jüdische Gelehrte Maimonides musste im 12. Jahrhundert

nach der Invasion der Almohaden vor der Verfolgung aus Cordoba fliehen und starb in Ägypten. 1676 wurden Juden im Jemen in die Wüste getrieben und verdursteten. Die Zahl dieser über Jahrhunderte wiederholten Judenverfolgungen und Morde in allen arabischen Ländern ist lang, und auch noch im 19. und 20. Jahrhundert, lange vor der Entstehung des Staates Israel, haben die Muslime Juden verfolgt, so auch osmanische Janitscharen oder arabische Nachbarn in Jaffa, weshalb die Juden 1909, zum Auszug gezwungen, Tel-Aviv gegründet hatten.

Diese wenigen ausgewählten Beispiele zeigen, dass die Vertreibung von 1948 nicht überraschend kam: Die Pogrome im Gebiet von Palästina 1929, der Farhoud in Bagdad 1941 (780 Tote), 1945 in Benghazi und 1948 Tripolis (Libyen), 1945 Aleppo und 1947 in ganz Syrien, im Jemen 1947 usw. Auch nach 1948 hat jeder weitere arabisch-israelische Krieg zum Exodus der dort noch verbliebenen Juden geführt. So wurden im Rahmen der Rettungsaktion „Fliegender Teppich“ zwischen 1949 und 2016 bis auf ca. 40 Bleibewillige alle Juden aus dem Jemen nach Israel ausgeflogen.

Der Krieg 1967 beendete die Geschichte der Juden in Ägypten, wo jetzt vielleicht noch 20 von ihnen leben. Heute, mit der Ausnahme der Türkei mit ca. 17.000 und des Irans mit ca. 9.000 Juden, leben in den anderen muslimischen Staaten zusammen noch ca. 3.500 Juden, davon ca. 2.000 in Marokko. Dass die gültige Charta der Hamas mit einem Hadith-Zitat die Ermordung der Juden fordert, ist also Tradition. Es ist an der Zeit, dass die Welt diese Fakten endlich zur Kenntnis nimmt und nicht länger die Araber Palästinas als die einzigen Opfer wahrnimmt.

Ein Bienensterben, das die Grünen kaltlässt

Die von arabischen Hamas-Terroristen an der Gaza-Grenze gelegten Feuer verursachen schwerste ökologische Schäden

Von Chaim Noll

In diesem Herbst haben wir nur eine Handvoll Granatäpfel ernten können, anders als im vergangenen, als es mehrere Schüsseln waren. Dafür gab in meinem Garten Feigen, Äpfel, Zitronen in Hülle und Fülle. Wie ist das zu erklären? Mit der unterschiedlichen Zeit der Befruchtung der Blüten. Als die Zitronen

Feuer zur Verminderung von Bienen und anderen Insekten führen, mit allen Folgen, etwa der mangelnden Befruchtung der Granatäpfel. Es ist eine Einbuße, so vergleichsweise gering, dass kaum jemand dafür Mitgefühl aufbringt, angesichts all der Katastrophen und Krisen ringsum. Kein Grüner wird dagegen protestieren, denn dieses Bienensterben wurde nicht vom verhassten Kapitalis-

„Kein Grüner wird dagegen protestieren, denn dieses Bienensterben wurde nicht vom verhassten Kapitalismus verursacht, sondern von „um ihre Freiheit kämpfenden Muslimen“.

und Apfelbäume blühten, waren genügend Bienen und andere Insekten unterwegs. Doch im Mai begannen, vierzig Kilometer süd-westlich, die ständigen Brände an der Gaza-Grenze.

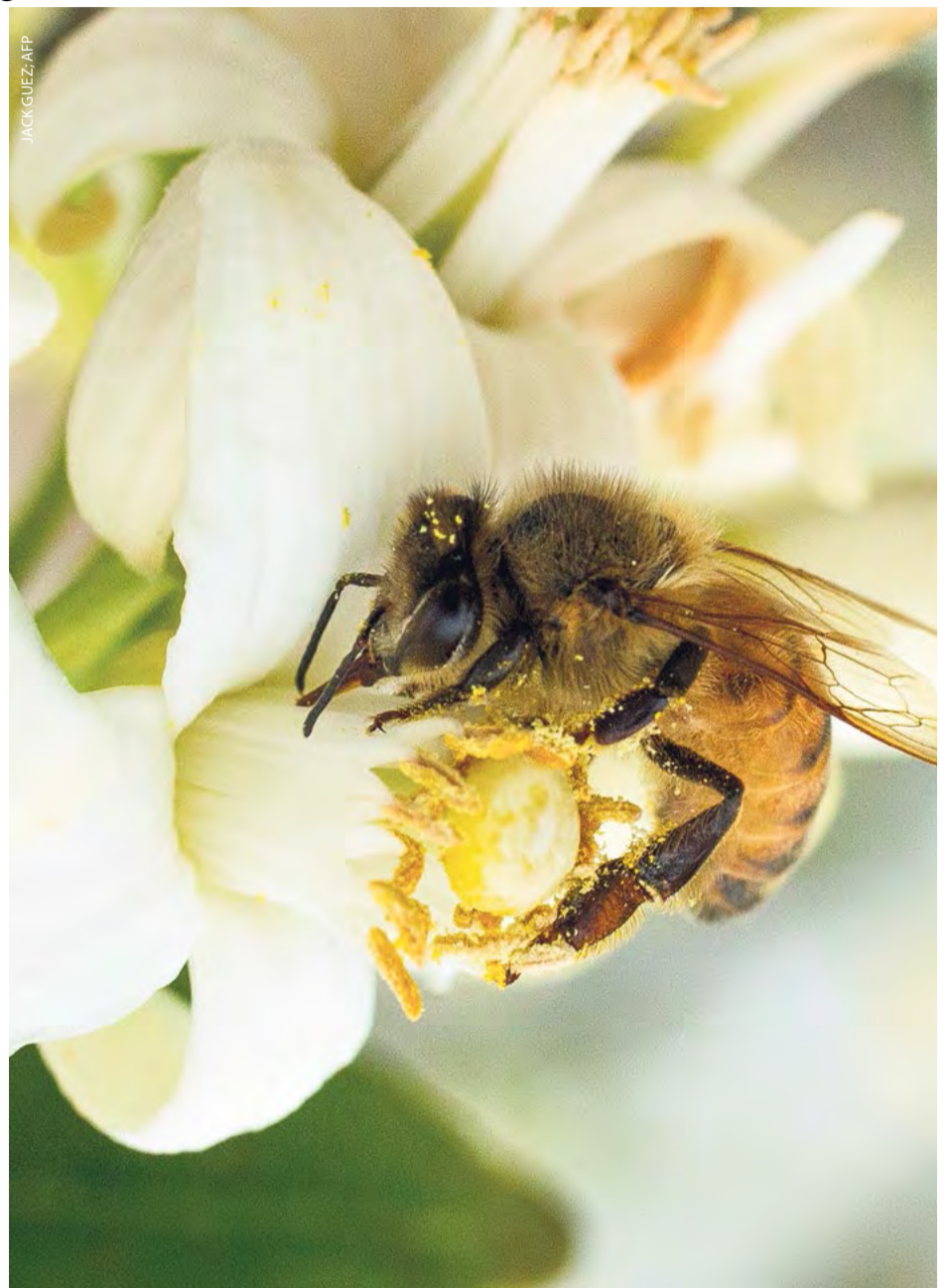
Die Brandstiftungen von Gaza-„Palästinensern“ mit Hilfe von Molotow-Cocktails, Feuerdrachen und anderen kindisch wirkenden Vorrichtungen wurden von der israelischen Regierung nur zögerlich bekämpft. Europäischen Politikern und anderen um die Freiheit der „Palästinenser“ Besorgten war es schon zu viel: Wie üblich wurde Israel, wenn die Armee gegen die anstürmenden Horden Schusswaffen einsetzte, des Massenmordes und anderer Verbrechen beschuldigt.

Schritt für Schritt

Inzwischen gestehen hiesige Medien ein, dass die seit Monaten brennenden

mus verursacht, sondern von um ihre Freiheit kämpfenden Muslimen.

Lohnt es noch, darüber zu sprechen? Wir haben auch alles Bisherige hingenommen: dass wir auf Flughäfen Schlange stehen und dabei bestohlen werden, dass wir uns scannen lassen und keine Flüssigkeiten im Handgepäck mitführen dürfen, dass Frauen in öffentlichen Parks nicht mehr joggen sollen und Schulen und Kindergärten bewacht werden müssen. Kleinigkeiten. Kleine, kaum merkliche Schritte, in denen wir uns zurückziehen, dem Terror nachgeben, Freiräume einschränken, Restriktionen hinnehmen, leiser sprechen, anstößige Wörter vermeiden, Selbstzensur üben. Jahr um Jahr ein Stück zurück, ein schleicher Vorgang, sanfte Zensur, verstoßene Landnahme durch Menschen, die entschlossener sind als wir und ebenso intelligent.



Indische Marine kauft israelische Abwehrraketen

Das Hightech-Land Israel ist auch in Asien ein begehrter Partner in Sicherheitsfragen

Israelnetz

Die israelisch-indische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich wird fortgesetzt. Die indische Marine erwirbt weitere Abwehrraketen von Israel. Das gab die Flugzeugbaufirma „Israel Aerospace Industries“ (IAI) bekannt. Demnach haben die beiden Seiten einen zusätzlichen Vertrag über umgerechnet rund 677 Millionen Euro abgeschlossen.

Es handelt sich um Langstrecken-Boden-Luft-Raketen (LRSAM) vom Typ „Barak 8“. Diese wird auch von der israelischen Marine genutzt. Der indische Hauptvertragspartner im Projekt ist das staatliche Unternehmen „Bharat Electronics Limited“ (BEL). Das System schützt mit hochmoderner Technik gegen unterschiedliche Bedrohungen im Bereich der Marine – aus der Luft, vom Meer und vom Land.

IAI-Direktor Nimrod Sheffer sagte: „Dieser Deal spiegelt die Richtung wider, in die IAI geht: ein Schwerpunkt auf Geschäft, Rentabilität und Wachstum. Die Partnerschaft zwischen IAI und Indien geht viele Jahre zurück und gipfelte in gemeinsamer Systementwicklung und Produktion. Indien ist ein wichtiger Markt für IAI.“ Das Unternehmen wolle seine Positionierung in dem Land stärken, auch angesichts eines zunehmenden Wettbewerbs.

Israels Verteidigungsminister Avigdor Liebermann lobte auf Twitter das Geschäft laut einem Bericht der Onlinezeitung „Times of Israel“: Es sei ein „Beweis, dass Sicherheit Investition ist, und nicht Unkosten. IAI ist ein nationaler Posten, der erhalten und gestärkt werden muss“.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Israel und Indien ein Rüstungsabkommen über knapp 1,4 Milliarden Euro abgeschlossen – es war der bislang größte Militärhandel in der Geschichte des jüdischen Staates. Zudem gab es zwischen IAI und BEL einen Vertrag über 550 Millionen Euro.



Liebermann: „Sicherheit ist Investition.“

Der Islam ist keine Rasse – die Zugehörigkeit zum Islam ist eine freiwillige Entscheidung

Die ex-moslemische, in Syrien geborene Autorin Laila Mirzo hat dazu das aufrüttelnde Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“ veröffentlicht

Von Miriam Baum

„Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim – Über die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Kultur“ so der Titel des Erstlingswerks der deutsch-syrischen Autorin Laila Mirzo. Der provokante Titel des Buches lässt einen brisanten Inhalt erahnen, Mirzo zeigt argumentativ die Unvereinbarkeit des orthodoxen Islam mit einem humanistischen Wertekatalog auf. Auf die Frage, ob der Islam zu Europa gehöre, stellt die Autorin die Gegenfrage „Passt Europa denn zum Islam?“.

Ein Buch über den Islam geht auch immer die jüdische Glaubensgemeinschaft an, ist doch die offene Judenfeindlichkeit ein zentrales Thema der islamischen Umma. So widmet Laila Mirzo dem Kapitel „Islamische Judenfeindlichkeit“ auch ein gutes Zehntel ihres Buches, indem sie von der Geschichte des ersten Genozids an den jüdischen Stämmen in Medina bis hin zum Nahostkonflikt und der antizionistischen Doktrin von Hamas und Fatah berichtet:

„Selbst wenn Israel ganz Jerusalem an die Araber abtreten würde und sich auf 1000 Quadratmeter zurückziehen würde, würden Hamas, Fatah, Hisbollah und der Iran weiterhin versuchen, die Juden ‚zurück ins Meer zu werfen‘. Der Nahostkonflikt kann nicht auf politischer Ebene gelöst werden, denn er ist im Grunde tief religiös“, folgert die Autorin.

Die doppelzüngige Stimme der Fatah entlarvt Laila Mirzo mit Blick auf deren Verfassung aus dem Jahr 1964, dessen Ziel die „Ausrottung der ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Existenz des Zionismus“ ist, und stellt in weiterer Folge fest, dass der Islam von seiner Natur her keinen Frieden mit den Juden erlaubt.

Die direkten Auswirkungen des Judenhasses im Islam bekommen freilich auch die Juden in Deutschland immer mehr und immer schmerzlicher zu spüren, denn viele der Migranten aus den islamischen Herkunftsländern bringen den Antisemitismus von zu Hause mit nach Deutschland. „Der Islam hat ein Gewaltproblem“, sagt Mirzo und warnt eindringlich davor, dass der Islam „zu Ende bringen wird, was Adolf Eichmann

begonnen hatte, nämlich Europa ‚judenfrei‘ zu machen“.

Mit den Verbrechen des Holocausts hat sich Deutschland „große Schuld aufgeladen und trägt seither eine besondere Verantwortung gegenüber seinen jüdischen Bürgern und dem Staat Israel“, dieser Verantwortung würde Deutschland aber, so Mirzo, unter der Regierung von Angela Merkel nicht mehr gerecht werden. Ihrer Meinung nach hat es sich der importierte Judenhass im Schutze der Religionsfreiheit bequem gemacht.

Eine Religion kann nicht nur gefährdet sein – sie kann selbst gefährden

Die Autorin konstatiert, dass nach dem „verheerenden Weltenbrand“ durch den Nationalsozialismus die „geistigen Väter und Mütter der europäischen Verfassungen und des Grundgesetzes“ Sorge dafür tragen wollten, dass sich „nie wieder ein Mensch wegen seiner Religionszugehörigkeit fürchten muss“, dabei jedoch außer Acht gelassen wurde, dass „die Gefahr eben gerade von einer Religion ausgehen könnte“.

Die Ex-Muslima thematisiert auch den Schulterschluss der politischen „Linken“ mit den arabischen Israelhassern, der in zahlreichen Boykottaufrufen seinen gemeinsamen Ausdruck findet und doch nichts anderes sagt, als „kauft nicht bei Juden!“.

In vielen Beispielen erzählt die Autorin die Leidensgeschichten jüdischer Opfer der letzten Jahre, welche es ohne die unkontrollierte Zuwanderung aus islamischen Herkunftsländern so nicht gegeben hätte. Den Opfern eine Stimme zu geben, ist Mirzo laut ihren Interviews sehr wichtig. So erhebt dieses Buch auch Einspruch gegen den antisemitischen Zeitgeist in der Musikbranche. Hip-Hopper wie Bushido, Haftbefehl, Kollegah und Farid Bang mit ihren antisemitischen Parolen kommen bei Mirzo zur Sprache.

Mirzo beschreibt unaufgeregt sämtliche Facetten des Islams und beleuchtet den Ist-Zustand in den arabischen und islamischen Ländern. Die Islamkritikerin stellt dabei die Kairoer Menschenrechtserklärung auf den Prüfstand und attestiert dem islamischen Kulturkreis, dass er „intellektuell ein

Fall für den Insolvenzverwalter“ sei.

Mit vielen persönlichen Erfahrungsberichten ist das Buch stellenweise emotional, verliert aber an keiner Stelle seine Sachlichkeit. Mirzo geht mit dem Islam und der islamischen Glaubensgemeinschaft hart ins Gericht. Es geht Mirzo jedoch offensichtlich nicht um eine Abrechnung mit dem Islam, sondern um Aufklärung.

Manch ein Leser mag sich an dem stellenweise stakkato-artigen Schreibstil der Autorin stoßen, dieser Umstand ist wohl dem YouTube-Zeitgeist geschuldet, um der Aufmerksamkeitsspanne der jungen Leser gerecht zu werden. Hie und da schleicht sich auch scharfer Sarkasmus zwischen die Zeilen. Zur Frage, warum die arabischen Juden aus ihren Heimatländern fast verschwunden sind, merkt sie an: „am Wetter wird es kaum liegen“. Mit gerade einmal drei Fußnoten erhebt das Buch keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, die Quellen und Referenzen arbeitet die Autorin aber fließend in ihre Ausführungen ein. So entsteht ein harmonischer Lesefluss, der den Leser mühelos, aber gut informiert über 256 Seiten trägt.

Menschen, die entscheiden können wieviel Islam sie leben möchten

Mirzos Buch enthält inhaltlich viele Parallelen zu Thilo Sarrazins Werk „Feindliche Übernahme“ – was in der Natur der Sache liegt, wenn man sich kritisch mit dem Islam auseinandersetzt. Die Rolle des Islams als zivilisatorischer Hemmstoff oder die Überpräsentation moslemischer Migranten in den polizeilichen Statistiken finden bei beiden Autoren Erwähnung. Es sind jedoch zwei Bücher mit unterschiedlichen Zugängen. Wem Sarrazins Buch zu „ideologisch“ aufgeladen ist, findet bei Mirzo einen versöhnlichen Ansatz, der die Tür zum Dialog mit den „liberalen“ Muslimen öffnet. Es gibt keinen „Islam light“, sagt Mirzo, aber „Muslime, Menschen die entscheiden können, wie viel Islam sie leben möchten“.

„Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“ ist „die neue Bibel des Widerstandes“ schreibt ein Leser in den Amazon-Rezensionen. Ob das so ist, muss jeder Leser für sich selbst entscheiden. Fakt ist, dieses Buch gibt dem Leser viele Denkanstöße,



um die teils menschenverachtende Ideologie hinter dieser Religion zu hinterfragen. Schafft Europa keinen Kurswechsel, werde es laut Laila Mirzo zu einer unvermeidlichen islamischen Kulturrevolution kommen. Denn der Islam betreibe da, wo er in der Mehrheit ist „einen strengen Religionsimperialismus“.

Zur Autorin:

Laila Mirzo wuchs als Kind einer deutschen Mutter und eines syrisch-kurdischen Vaters auf dem syrischen Teil der Golanhöhen auf. Trotz eines liberalen Elternhauses war sie der syrischen Anti-Israel-Propaganda ausgesetzt und hatte als geborene Muslima Koranunterricht in der Schule. Als erwachsene Frau avancierte sie von einer Verteidigerin des Islams zu einer seiner schärfsten Kritikerinnen. Mit ihrem Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“ entlarvt sie schonungslos die Agenda des Islam: Wo Islam draufsteht, ist Scharia drin.

Infos zum Buch:

„Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“
Riva Verlag
erhältlich um 19,99 Euro
ISBN: 978-3-7423-0586-2

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

„Bei meinen Vätern liegen...“

Beerdigungs-Bräuche im historischen Kontext

Die Juden, wie auch andere Völker des Nahen Ostens, legten großen Wert auf die würdige Beerdigung ihrer Verstorbenen. Der Tanach erwähnt ziemlich oft die Angst nicht beerdigt zu werden, und viele Propheten, besonders Jeremia, haben mehrmals den Sündern damit gedroht, dass sie ohne eine Beerdigung bleiben werden.

Einen wichtigen Platz in der Erzählung über unsere Vorväter nimmt die Geschichte, wie Avraham Avinu die Höhle Machpella erworben hat, ein. Dort wurde seine Familien-Ruhestätte eingerichtet und auch seine Nachkommen legten großen Werte darauf dort beerdigt zu werden.

Die Grabstätten der antiken Ära in Eretz Israel bezeugen, dass die vermögenden Menschen für den Bau ihre Ruhestätten große Summen ausgaben. Wenn man die archäologischen Ausgrabungen betrachtet, stellt man fest, dass auch die damaligen Juden bei den Beisetzungen ähnliche Rituale praktiziert haben, wie es bei den Kanaaniten davor üblich war.

Die Thora selbst beinhaltet sehr wenige Gesetze, die mit der Beerdigung zu tun haben, vielmehr wird dort über die rituelle Reinheit und Unreinheit gesprochen. Nichtsdestotrotz war schon in antiken Zeiten die Verbindung jedes Einzelnen mit den Vorfahren sehr wichtig. Man wollte auch nach dem eigenen Ableben auf dem Land der Väter und am besten neben ihnen begraben sein.

So hat zum Beispiel auch Jakob Avinu seinen Söhnen gebeten: „begrabe mich bei meinen Vätern...“. Der betagte Barsilaj verzichtete auf die Möglichkeit mit König David zu gehen, nur um in seiner Stadt in der Ruhestätte seiner Eltern beigesetzt zu werden. Prophet Nechemia wohnte im Exil, wollte aber unbedingt nach Jerusalem zurückkehren – „die Stadt der Gräber der Väter“.

Die typische Grabstätte der jüdischen Antike war eine natürliche oder erbaute Höhle vor den Toren der Stadt. Die Leichen wurden auf den Boden der Höhle gelegt. Im Laufe der Zeit, um Platz für neue Beisetzungen zu schaffen, wurden die Überreste in behauene Kammern umplatziert. Die Beisetzungen in gemeinsamen Grabstätten, in denen vorwiegend diejenigen begraben wurden, die sich eine private Ruhestätte nicht leisten konnten, war so verbreitet, dass die Redewendungen wie „sich seinem Volk anschließen“ zu Synonymen von „sterben“ wurden.

Juden verbrennen ihre Toten nicht

Wie aus der Auswertung von geologischen Forschungen ersichtlich ist, wurde das Kremieren bei den Juden nie praktiziert. Im Tanach finden wir nur einen einzigen Fall, bei dem die Verstorbenen verbrannt wurden: im Buch Schmueel I 31:12 wird berichtet, dass die Einwohner von Jawesch-Gilead, die von den Philister beschädigten Leichen von König Schaul und seinen Söhnen verbrannt haben und die Überreste begraben haben. Dies war allerdings der absolute Ausnahmefall, denn es bestand die Möglichkeit, dass die Philister die Leichen zurückeroberten und sie weiter schänden würden. Deshalb war diese Tat von den Einwohnern eigentlich nur gut gemeint für ihren König – und trotzdem haben die Menschen, die daran teilnahmen, deswegen sieben



Jüdischer Friedhof auf dem Ölberg mit Blick auf die Altstadt von Jerusalem.

Tagen gefastet! Auch aus der Sicht des jüdischen Gesetzes ist die Kremation das Schlimmste, was einem passieren kann und sie ist heutzutage sogar unter säkularen Juden nicht verbreitet.

Nach dem Ableben wurden die Leichen auch schon damals angekleidet und ohne Sarg beigesetzt, zu dem Grab wurde der Verstorbene auf Tragbahnen gebracht.

Das Neue Testament verrät uns Eines über die Beerdigungs-Bräuche im 1. Jahrhundert. Die Schüler von Jesus kauften erhebliche Mengen von Myrrhe und Aloe und „wickelten die Leiche ...in

bracht hat, wie sie den von Kain getöteten Abel richtig beerdigen sollen. Der Talmud bringt auch an, dass es die religiöse Pflicht eines Juden ist, auch einen Nichtjuden würdig zu beerdigen.

In Talmudischen Zeiten wurden die Verstorbenen in Höhlen und Katakomben begraben. Auch Sarkophage wurden benutzt: manchmal wurden ein Jahr später die getrockneten Knochen eingesammelt und in einem speziellen Schrein beigesetzt. Interessant ist auch die Verfügung unserer Weisen, dass ein Gerechter und ein Bösewicht nicht nebeneinander begraben werden dürfen.

„ Auch aus der Sicht des jüdischen Gesetzes ist die Kremation das Schlimmste, was einem passieren kann, und sie ist heutzutage sogar unter säkularen Juden nicht verbreitet. “

Tücher mit wohlriechendem Salbei, wie es bei den Juden der Brauch war“, wie es im Evangelium von Johannes gebracht wird.

Die Beerdigung eines Armen wurde in Lukas geschildert: die Leiche des Verstorbenen, die in Tücher gewickelt war, wurde ohne Sarg auf Tragbahnen aus der Stadt getragen. Die Prozession, die dahinter folgte, wurde von seiner Mutter und zahlreichen Bürgern begleitet.

Hagadische Erzählungen betonen in der Geschichte über Abels Tod wie alt das Ritual der Beerdigung wirklich ist: es wird erzählt, dass der Rabe den ersten Menschen Adam und Eva beige-

Daraus entstand der Brauch für die großen Rabbonim und verdiente Menschen einen separaten Bereich auf dem Friedhof abzusondern.

Die Juden begraben ihre Toten besonders schnell

Das jüdische Gesetz verlangt, dass die Leiche so schnell wie möglich begraben wird, weil damit dem Verstorbenen ein gewisser Respekt entgegengebracht wird. Außerdem, laut einem Midrasch, kann die Seele erst nach der Beisetzung zu G“t „emporsteigen“.

Sogar die Leiche eines gehängten Täters soll man sofort begraben und nicht bis zum nächsten Tag hängenlassen. Im

Talmud wird außerdem gebracht, dass eine auf dem Weg gefundene Leiche sofort beizusetzen ist – dies ist eine von zehn Anordnungen von Jehoschua bin Nun, die er bei der Eroberung von Kanaan angeordnet hat. Sollte kein anderer Mensch in der Nähe sein, ist sogar der Hohepriester verpflichtet eine solche herrenlose Leiche zu begraben – auch wenn ihm normalerweise streng verboten ist, sich einem Verstorbenen auch nur zu nähern.

Das Gebot, dass die Leiche aus Respekt sofort beigesetzt werde sollte, bedeutet nicht, dass es keine Ausnahmen gibt. Man darf die Beerdigung ein wenig verschieben, wenn die Trauerzeremonie noch vorbereitet werden muss, die Verwandten, die weit weg wohnen, Zeit für die Reise brauchen oder die nahen Freunde mehr Zeit zum Abschiednehmen wollen. Jedoch auch in diesen Fällen darf die Beerdigung nicht allzu sehr verschoben werden, außer das Gesetz des Landes verlangt dies. Manchmal kann es wegen Schabbat oder jüdischen Feiertagen auch zu einer längeren Verschiebung kommen.

Die Hauptpflicht einen Verstorbenen zu beerdigen, liegt vor allem bei seinen Erben. Jedoch obliegt diese Pflicht auch den Gemeinden und ein Alleinstehender, der in einem fremden Land gestorben ist, soll dort auf Kosten der Gemeinde und auf ihrem Friedhof begraben werden.

Die Anwesenheit bei einer Beerdigung wird als eine große Mitzwa angesehen. Das Ausüben dieser Mitzwa rechtfertigt sogar die Unterbrechung des Thora-Lernens und wird als „wahre

Mildtätigkeit“ bezeichnet. Denn derjenige, der sie ausübt, kann nicht auf Belohnung oder Dankbarkeit seitens des Verstorbenen zählen.

Einer Trauerprozession sollte man sich auch als Fremder anschließen

Josephus Flavius schreibt, dass „jeder Passant, der die Beerdigung-Prozession trifft, sich dieser Prozession anschließen und an Trauer teilnehmen soll“. Der Talmud entscheidet, dass der Mensch mindestens dazu verpflichtet ist, vor dem Trauerzug aufzustehen und sie vier Ellen zu begleiten.

Auf die würdige Beerdigung wurde schon in talmudischer Zeit großen Wert gelegt, deshalb entstand schon damals die gemeindeeigene Institution für Beerdigungszwecke, „Chewra Kaddischa“.

Auch in diesen alten Zeiten entstand der Brauch einen Mann in dem Tallit zu begraben, den er zu seinen Lebzeiten getragen hat. Der Brauch wichtige Personen in einem Sarg zu begraben, entwickelte sich in post-biblischer Zeit, war jedoch in Eretz Israel nicht verbreitet. Die orientalischen Juden und auch viele aschkenasische Juden benutzen bis heute keine Särge.

Das Zerreißen von Kleidern als Zeichen der Trauer

Vor der Beisetzung eines nahen Verwandten, für dem man zu trauern verpflichtet ist (Vater, Mutter, Kind, Bruder, Schwester, Ehepartner), soll als Zeichen der Trauer „Kriah“ („Reißen“) gemacht werden. Dabei wird die obere Kleidung nicht weniger als 10 cm tief eingerissen, und falls es sich bei den Verstorbenen um einen Elternteil handelt, werden alle Kleider (außer der Unterwäsche) zerrissen.

Nach dem Talmud soll die „Kriah“ sofort nach Ableben des Verwandten gemacht werden (wenn der Schmerz am stärksten ist), jedoch wird es in unserer Zeit erst am Friedhof gemacht, entweder vor der Beisetzung oder vor dem Kaddisch danach.

Die Waschung

Die Leiche des Verstorbenen soll vor der Beerdigung rituell gewaschen werden, was „Tahara“ heißt, und von den Mitgliedern der Chewra Kaddischa durchgeführt wird. Dafür gibt es in den meisten jüdischen Friedhöfen einen speziellen Raum, „Beit-Tahara“. Die Tahara wird von „Mitaskim“ – Mitgliedern der Chewra Kaddischa – ausgeführt: die Männer waschen den Mann, die Frauen die Frau. Die ausgezogene Leiche wird mit den Füßen zur Tür platziert, was dem Fernhalten der Unreinheit dienen soll. Beim Ausziehen und beim Waschen rezitieren die Mitaskim biblische Verse. Nachdem der Kopf gewaschen wurde, wird er mit einem Ei eingeschmiert, was den unendlichen Lebenszyklus symbolisieren soll. Jedoch blieb dieser Brauch heutzutage nur in ganz wenigen orthodoxen Gemeinden erhalten. Danach wird der Körper vertikal gehalten und darauf werden neun Kabin Wasser (10 bis 17 Liter) ausgeschüttet. Anschließend wird die Leiche vom Wasser abgetrocknet und in Tachrichim eingehüllt.

In manchen Gemeinden gab es außerdem den Brauch die Leiche nach der Tahara noch ins rituelle Bad Mikwe einzutauchen. Jedoch haben viele Rabbiner gegen diesen Brauch protestiert, weil diese Praxis Frauen von dem gebotenen Mikwe-Besuch abschrecken könnte – aus Ekel. Deshalb wurden an manchen Orten extra Mikwaot für die Verstorbenen eingerichtet.

Die Idee des „Tahara“-Rituals wird aus einem Vers im Buch „Kohelet“ („Ekklesiastes“) abgeleitet: „Wie er kam, so wird er gehen“. Das wird so gedeutet, dass wie das Baby nach der Geburt gewaschen wird, so soll der Mensch auch vor der Beisetzung gewaschen werden. Auch wenn die Tahara im Tanach nicht erwähnt ist, bezeugt der Talmud, dass dieses Ritual schon in Zeiten von Mischna praktiziert wurde. Heutzutage wird „Tahara“ oft in der Leichenhalle bzw. in den Krankenhäusern durchgeführt. Reformjuden haben dieses Ritual weggelassen.

Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde

Bei der Beerdigungszeremonie selbst gibt es viele verschiedene Bräuche. In manchen Gemeinden wird das eindrucksvolle Gebet „Tziduk haDin“ noch in der Trauerhalle gesagt, in den anderen Gemeinden erst, nachdem der Sarg ins Grab abgelassen und mit Erde bedeckt wird.

Beim Begleiten des Sarges zum Grab wird Psalm 91 („Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt und unter dem Schatten des Allmächtigen wohnt“) gesagt. Beim Begleiten zum Grab gibt es außerdem den Brauch ein paar mal Halt zu machen und erst nach ein paar Sekunden wieder zu gehen. Manche machen drei Stopps, manche sieben.

In manchen sephardischen Gemeinden wird das Grab siebenmal umkreist. Beim Begraben wird in manchen Gemeinden der Vers „denn du bist Staub und kehrst wieder zum Staub zurück“ rezitiert.

Nachdem der Sarg komplett mit Erde bedeckt ist, wird der erste Kaddisch für den Verstorbenen gesprochen. Wenn der Verstorbene einen Sohn (oder Söhne) hat und dieser bei der Beerdigung dabei ist, sagt der Sohn einen speziellen „großen“

Kaddisch („Kaddisch haGadol“). Wenn keine Söhne dabei sind, sagt der Rabbiner oder der Kantor einfach „Kaddisch Jatom“ – Kaddisch der Trauernden.

Die Gemeinde tröstet die Trauernden

Beendet wird die Zeremonie mit dem Brauch von „Schurot“ – „Reihen“: die Anwesenden bilden zwei Reihen, die Verwandten gehen dazwischen und werden von der Trauergemeinde mit folgenden Wörtern getröstet: „Der Allgegenwärtige tröste euch inmitten der übrigen, die um Zion und Jerusalem trauern“.

Beim Verlassen des Friedhofs werfen Manche Gras oder Erde in Richtung der Gräber. Abschließend werden die Hände rituell gewaschen.

Die Einzelheiten der Bräuche bei der Beerdigung variieren in verschiedenen Gemeinden manchmal sehr stark. Bei den sephardischen Juden sind sie seit den talmudischen Zeiten weniger geändert worden als bei den aschkenasischen Juden. In Jemen zum Beispiel haben die Trauernden schwarze Tallitot angezogen und die Söhne des Verstorbenen die rechte Hand und die Schulter entblößt. Der Verstorbene wurde mit den Füßen in Richtung Jerusalem begraben, damit er nach der Auferstehung sofort zur Heiligen Stadt gehen könnte. Dieser Brauch wird auch heutzutage in Israel oft praktiziert. Bei den kurdischen Juden war es üblich, dass die Söhne der Leiche nicht weiter als bis zum Ausgang des Hauses folgten. In vielen aschkenasischen Gemeinden und bei den „litwischen“ Juden gehen die Söhne des Verstorbenen bis zum Friedhofeingang und sagen dort Kaddisch.

Übersetzung aus dem Russischen von Rabbiner Elischa Portnoy

Das unorthodoxe Leben des orthodoxen Rabbiners

Gunda Trepp veröffentlicht die Biografie ihres verstorbenen Mannes Leo Trepp, des letzten amtierenden Landesrabbiners in Deutschland vor der Schoah

Von Dr. Nikoline Hansen

Manchmal kann man sich glücklich schätzen einem Menschen zu Lebzeiten begegnet zu sein, der sich mit Strahlkraft und Energie für eine Sache einsetzt und so in Erinnerung bleibt. Auch bei Rabbinern ist das nicht immer selbstverständlich. Leo Trepp war jedenfalls so ein Mensch, der sich mit ganzem Herzen dem jüdischen Lehren und dem Schaffen von Verständnis für das Judentum auch über seine primäre Klientel, der eigenen Gemeinde hinaus einsetzte. Unermüdet war er, schrieb Bücher und war trotzdem unterwegs, er hielt Vorträge, und vor allem kehrte er zurück nach Deutschland, in das Land, das versucht hatte, ihn und seine Familie zu vernichten. In Berlin durfte auch ich ihn einmal im Rahmen eines Vortrags an der jüdischen Volkshochschule in der Fasanenstraße treffen – eine Begegnung, die faszinierend und prägend war.

Wer war Leo Trepp?

Ein orthodoxer Rabbiner, aber ein unorthodoxer Mensch – so heißt es in einem Beitrag über ihn, der im Rahmen eines Deutschlandbesuchs im Sommer 2009 für das Erste Deutsche Fernsehen entstand. Leo Trepp wurde am 4. März 1913 in Mainz geboren. Seine Eltern stammten aus Fulda und Oberlauringen. Er besuchte das Gymnasium, machte 1931 sein Abitur und promovierte als letzter jüdischer Student in Deutschland 1935 an der Universität Würzburg zum Doktor der Philosophie. Gleichzeitig studierte er an



der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums und konnte deshalb 1936 zum Rabbiner ordiniert werden.

Am 1. August 1936 trat er das Amt als Rabbiner in Oldenburg an und wurde noch im selben Jahr einstimmig zum Landesrabbiner gewählt. Nach kurzer KZ-Haft in Sachsenhausen vom 11.-26. November 1938 war er gezwungen aus Deutschland zu emigrieren. Sein Weg führte ihn über England in die USA, wo er an der Harvard-Universität und in Berkeley (Kalifornien) studierte und in verschiedenen Gemeinden als Rabbiner tätig war. Von 1951 bis zu seiner Emeritierung 1983 lehrte er am Napa College als Professor für Philosophie und Geistes-

wissenschaften. Er starb am 2. September 2010 in San Francisco und war der letzte noch lebende Rabbiner, der bereits in der NS-Zeit amtiert hat.

Diesem Umstand ist sicher der kurz gefasste und irreführende Titel des Buches zu verdanken – denn der Untertitel „Das unorthodoxe Leben des Leo Trepp“ passt sicher besser zu dem Menschen, um den es in der Biographie geht, die seine Witwe Gunda Trepp liebevoll, einfühlsam und sorgfältig aus dem Nachlass zusammengestellt und wo notwendig mit eigenen Worten ergänzt hat – denn seine Autobiographie selbst fertig zu schreiben war ihm trotz seines hohen Alters nicht mehr vergönnt.

Neuanfang in Oldenburg

Dabei gibt es noch etwas, für das der Name Leo Trepp steht: die Erneuerung und der Neuanfang – jüdisches Leben in der Gegenwart lebbar zu machen war ihm ein zentrales Anliegen, das er auch mit seinen orthodoxen Ansichten immer wieder in Einklang bringen konnte. Und so führten ihn seine Reisen auch immer wieder nach Deutschland, wo er nicht unwesentlich das Entstehen der neuen jüdischen Gemeinde in Oldenburg unterstützte und wesentlich zu einem interreligiösen Dialog beitrug.

Dennoch, was sich hier nur summarisch schon als außergewöhnliches Leben liest, wird in der Biographie erst richtig lebendig. So zeigt sie sehr beeindruckend die vielen Grauzonen auf, die der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft mit sich brachte – was un-

ter anderem eben Trepp die Möglichkeit eröffnete, noch zu einem Zeitpunkt zu promovieren, als dies aufgrund der Nürnberger Rassegesetze eigentlich schon nicht mehr möglich schien. Wie so oft kam es auf jeden einzelnen Menschen an, den Leo Trepp traf und der ihm half zu überleben und am Ende sein Werk auch einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dieser letzte Teil obliegt nun in erster Linie seiner 45 Jahre jüngeren zweiten Frau und Witwe Gunda Trepp, der es gelungen ist, eine Biografie zu verfassen, die sich nicht nur spannend liest, sondern auch die Stimme des Verstorbenen immer wieder lebendig werden lässt. Wenn man es einmal begonnen hat, möchte man es eigentlich gar nicht mehr zur Seite legen, und zugleich vermittelt es auch allen, die sich mit dem Thema Judentum schon umfassend befasst haben, neue Aspekte. So ist es nicht nur ein wichtiges historisches Dokument, sondern zeigt auch den Weg auf, den Leo Trepp nach dem Ende des Judentums in Deutschland im erzwungenen Exil wieder neu beschritten hat und von dem zu wünschen ist, dass er ein neuer Anfang ist, der weit in die Zukunft reicht. Ein wunderbares Buch, dessen Lektüre ich nur empfehlen kann.

Trepp, Gunda
Der letzte Rabbiner
Das unorthodoxe Leben des Leo Trepp
wbg Theiss, Darmstadt 2018
ISBN 978-3-8062-3818-1
€ 39,95

Der letzte Jolly Boy

Regisseur Hans-Erich Viet setzt dem Auschwitz-Überlebenden Leon Schwarzbaum ein filmisches Denkmal

Von Simon Akstinat

Ein Mann, der in seinem Alter noch so fix zur Tür eilt, ist eine echte Rarität: Ich bin zu Besuch beim 97-jährigen Leon Schwarzbaum, der heute außer mir auch noch seinen Regisseur Hans-Erich Viet zu Hause empfängt.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU berichtete bereits in der Vergangenheit über Herrn Schwarzbaums bewegte Biografie („Ich will es nicht erzählen – ich muss!“, JR Mai/Juni 2015), in der vor allem seine KZ-Haft in Auschwitz und die Ermordung der Bevölkerung seiner Heimatstadt in der Nähe des polnischen Kattowitz ein tiefer Einschnitt waren.

Doch ein Zeitungsartikel reicht nicht aus, um Leon Schwarzbaums Biografie zusammenzufassen. Umso wichtiger ist daher Hans-Erich Viets neuer Film, der bei seiner Premiere in Emden die Zuschauer im vollen Saal zu stehendem Applaus hinriss und dort mit dem DGB-Filmpreis ausgezeichnet wurde.

Etwa dreieinhalb Jahre lang begleitete der ostfriesische Regisseur Hans-Erich Viet Herrn Schwarzbaum, den er über gemeinsame Freunde kennenlernte, um an dessen noch immer sehr aktiven Leben (bis zum heutigen Tage ist Herr Schwarzbaum als Aufklärer tätig, erzählt als Zeitzeuge vor allem Schülern von seinen Erlebnissen während der NS-Diktatur) teilzuhaben. Die beiden kommen im Verlaufe des Filmes so viel herum, treffen so viele Leute, besuchen so viele Orte, dass ein wahrhafter Roadmovie entstanden ist.

Der Film, dessen Berliner Erstaufführung im Filmtheater am Friedrichshain von der prominenten Talkmasterin Anne Will moderiert wurde, beleuchtet ein Leben, das bis 1939 weitestgehend normal verlief. Zu dieser Normalität gehörte sein Acapella-Chor, den er in Eigeninitiative mit drei Freunden in der Tradition des American Swing gegründet hatte und nach dem der Film übrigens benannt ist: Dieser Swing-Acapella-Chor, das waren die „Jolly Boys“!

Selbst nach dem deutsch-sowjetischen Einmarsch in Polen lebte Leon Schwarz-



Leon Schwarzbaum (rechts) und Hans-Erich Viet präsentieren stolz den DGB-Filmpreis.

baum zwar noch bis 1941 in formaler „Freiheit“ – d.h. er war noch nicht in KZ-Gefangenschaft. Doch die Drangsalierungen und die Morde an den Juden in der unmittelbaren Nachbarschaft ließen bereits erahnen, dass bald gar noch Schlimmeres bevorstand (am 8. September 1939 wurden jüdische Bewohner der Stadt Bendzin durch eine SS/SD-Einsatzgruppe in die Synagoge getrieben, die dann mit ihnen in Brand gesteckt wurde). Leon Schwarzbaum ahnte damals auch schon den deutschen Angriff auf die noch verbündete Sowjetunion voraus, weil er in unmittelbarer Nähe des örtlichen Bahnhofes wohnte und beobachten konnte, wie immer mehr deutsches Kriegsmaterial Richtung Osten bewegt wurde.

Nach 1941 begann eine Odyssee des Schreckens. Zahlreiche KZs, deren Namen uns nur noch aus den Geschichtsbüchern

bekannt sind, hat Herr Schwarzbaum erleiden müssen: Allen voran Auschwitz, aber auch Buchenwald und Sachsenhausen sind Stationen seiner Gefangenschaft. Besonders grausam war der Todesmarsch, bei dem die KZ-Wachmannschaften die Häftlinge von Auschwitz zu Fuß in Richtung Westen „verlegten“, weil von Osten die Sowjets anrückten – wer bei diesem Marsch vor Erschöpfung nicht mehr gehen konnte, wurde erschossen. Leon Schwarzbaum war seit jeher ein sportlicher Typ und seine körperliche Kraft half ihm zu überleben.

Befreit wurde er schließlich im mecklenburgischen Schwerin. Eine Rückkehr in seine polnische Heimatstadt Bendzin ließ ihn bald erkennen, dass es in Polen keine jüdische Zukunft mehr gab – alle seine früheren jüdischen Nachbarn waren tot, und jüdische Rückkehrer waren wenig willkommen.

Der bekannte spätere Filmproduzent Artur Brauner war damals Fluchthelfer und hatte gute Beziehungen zu den Sowjets. Daher konnte er Leon Schwarzbaum die Flucht aus Polen nach West-Berlin ermöglichen (durch einen Zufall wohnen der 97-jährige Leon Schwarzbaum und der 100-jährige Artur Brauner beide heute nur wenige hundert Meter voneinander entfernt).

Einige vergleichsweise unbeschwerte Jahre folgten, während der der noch immer junge Mann mit einer kleinen Gruppe anderer Holocaust-Überlebender das Leben in der Großstadt genoss. Er ging aus, baute sich ein soziales Umfeld auf, heiratete eine nicht-jüdische Frau und baute sich eine unternehmerische Existenz als Kunsthändler auf. In all diesen Jahren fügte er sich zwar normal ins West-Berliner Leben ein. Ein Grundmisstrauen behielt er jedoch gegenüber älteren Menschen – zu viele Angehörige dieser Generation waren Täter und hatten sich während des Zweiten Weltkrieges Schuld auf sich geladen.

Das erfüllte Leben und die vielen schönen Momente, die Herr Schwarzbaum nach seiner Befreiung genießen durfte, ließen ihn aber nicht träge werden: Immer noch ist er ein Mahner gegen Diktatur und Faschismus, und war auch beim Auschwitz-SS-Prozess gegen Reinhold Hanning als einer der Hauptzeugen bzw. Nebenkläger vertreten.

Um seine wertvolle Aufklärungsarbeit zu unterstützen, kommt der Film von Hans-Erich Viet nun also genau richtig.

Der Film ist ab sofort im Kino – der deutsche Kinostart ist am 8. November in Hannover.

Gleichzeitig wird er in den Schulkinowochen gezeigt und geht mit dem DGB auf Tour. Die nächste Vorführung in Berlin findet am Dienstag, dem 20. November um 16 Uhr im Martin-Luther-Krankenhaus statt. Sie ist öffentlich und als Dank an das Krankenhaus für die gute Behandlung von Leon Schwarzbaum gedacht.

Kontakt zum Regisseur und dem Verleih:
info@realfictionfilme.de

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN

Als Juden gegen Juden aufmarschierten

Während des Ersten Weltkrieges sahen sich jüdische Soldaten an der Front gezwungen gegen die eigenen Glaubensbrüder zu kämpfen

Von Wladimir Anikin

Der 28. Juli 1914 – der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Vor 100 Jahre ist er zu Ende gegangen, aber noch heute denkt die ganze Welt dieses Krieges, der auch an den damaligen jüdischen Kreisen der sich bekämpfenden militärisch-politischen Blöcke – Entente (Russland, Frankreich, Großbritannien), dem Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) und deren Verbündeten nicht spurlos vorbeizog.

Wie viele Juden lebten in den einzelnen Staaten?

Zu Beginn des Krieges lebten in Russland 5,5 Millionen Juden, über 2,5 Millionen in Österreich-Ungarn, 600.000 in Deutschland, etwa 250.000 in Großbritannien, fast 100.000 in Frankreich, 45.000 in Italien. Von dem sich ausbreitenden patriotischen Rausch in der Bevölkerung der verfeindeten Staaten, blieben auch die Juden nicht verschont. Und es gab eine beträchtliche Anzahl von ihnen im gegnerischen Heer.

Im Vereinigten Königreich, das eine kleine Armee vorzuweisen hatte, wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Zwangsrekrutierung durchgeführt. Um bestehende soziale Schranken zwischen den Bevölkerungsgruppen abzubauen und zukünftigem Arbeitskräftemangel und Nahrungsmittelknappheit vorzubeugen, entwickelte die Regierung eine Reihe von Gesetzen, wie den „Defence of the Realm Act“. Vertreter jüdischer Gemeinschaften des Dominions – Australien, Kanada, Neuseeland und andere Gebiete – wurden ebenfalls in die Armee eingezogen.

Es ist bekannt, dass in den Jahren 1917-1919 die sogenannte „Jüdische Legion“, eine freiwillige Einheit (fünf Bataillone), auf Anregung von Joseph Trumpeldor und Vladimir Jabotinsky als Teil der britischen Armee agierte. Die Legion, auch bekannt als „Zion Mule Corps“, bekämpfte die militärischen Einheiten des Osmanischen Reiches, einen Verbündeten Deutschlands.

Die erlittenen militärischen Verluste von mehr als 850.000 Menschen und die damit verbundenen Umwälzungen verursachten tiefe psychologische Traumata innerhalb der britischen Gesellschaft, verschärften die demographische Situation, stärkten das nationale Selbstbewusstsein der Mehrheit im Dominion und den kontrollierten Territorien des Empires erheblich. Das Recht Großbritanniens in Palästina zu regieren (das sogenannte britische Mandat) ist mit dem Sieg im Ersten Weltkrieg verbunden.

96.000 Juden in der deutschen Armee

In den Reihen des deutschen Heeres kämpften 96.000 Juden. Wie die (christlichen) Deutschen versuchten sie treu ihrem Vaterland zu dienen. Ihre Gefühle in dieser schwierigen Zeit können mit dem Testament des Leutnants der Reserve (im Infanterie-Regiment Nr. 154) Josef Zürrndorfer (1888-1915) erläutert werden: „Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, mein Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten.“

Schon am ersten Kriegstag erschien in der Rekrutierungsstation einer der ältesten deutschen Freiwilligen, der 68-jährige General Walther von Moßner, ein bekann-

ter Kommandeur, der kurz vor dem Krieg zurückgetreten war. Der jüngste deutsche Freiwillige war der 13-jährige Jude Josef Tsipis, der es 1918 irgendwie schaffte, in die Reihen der Rekruten und folglich an die Front zu gelangen.

Von den 96.000 jüdischen Militärs waren 10.000 Freiwillige, 2.000 Offiziere und 19.000 Unteroffiziere. Zwölftausend Menschen starben oder wurden vermisst; also jeder achte jüdische Soldat. Orden und Medaillen wurden an 35.000 Soldaten und Offiziere, die ihrer Konfession nach Juden waren, verliehen. Unter den freiwilligen Soldaten befanden sich etwa



Zwei deutsche Soldaten posieren während des Ersten Weltkrieges in der Stadt Lida (Weißrussland) mit einer jüdischen Familie.

30 Rabbiner, die den Soldaten, die den Militärdienst wahrnahmen, gleichgestellt waren. Leider kam es auch in der deutschen Armee zu Judenfeindlichkeit, für die hauptsächlich die Offiziere verantwortlich waren. Dies, zusammen mit den Schwierigkeiten der Fronttage und dem Verlust ihrer Kameraden, belastete die jüdischen Soldaten schwer.

Besonders viele Juden in der österreichischen und der russischen Armee

Im Heer Österreich-Ungarns befanden sich etwa 350.000 Juden. Aktiv nahmen auch die französischen Juden am Ersten Weltkrieg teil. Etwa 35.000 Franzosen jüdischen Glaubens, die entweder in Frankreich oder Algerien lebten, was mehr als 20 % der gesamten jüdischen Bevölkerung ausmachte, wurden mobilisiert oder traten freiwillig der Armee bei.

„Bis zum Ersten Weltkrieg lebten in Deutschland mehr Juden als in Frankreich, England und Italien zusammen.“

Unter ihnen fanden sich sogar Teilnehmer des Deutsch-Französischen Krieges von 1870-1871.

Unter den jüdischen Freiwilligen in der französischen Armee befanden sich etwa 4.000 Juden aus Russland – politische Migranten, die keine französische Staatsbürgerschaft besaßen. Sie wurden in die sogenannte Fremdenlegion gesteckt. Diese Einheit hat sich als eine der besten der französischen Armee etabliert. Innerhalb eines Jahres fielen im Ersten Weltkrieg etwa 8.000 französisch-jüdische Soldaten.

Der Eintritt in den Krieg stieß im Russischen Reich auf ein großes patriotisches Echo (erst später sollte die Euphorie absinken). Unter den russischen Patrioten waren auch Juden. Aus dem Zaren-Manifest zum Krieg stammt hierzu der Aufruf: „In der schrecklichen Stunde der Prüfung sollte der innere Streit vergessen sein.“ Der patriotische Eifer der russischen Juden, ihr

Wunsch ihre bürgerliche Pflicht zu erfüllen und sich zu diesem Zwecke für die Interessen des Landes zu opfern, zeigte sich klar in der Rede von N. Friedman aus der Partei „Die Kadetten“ bei der historischen Sitzung der Staatsduma am 26. Juli 1914: „Nichts wird die Juden von ihrer Heimat Russland trennen, von dem Land, mit dem sie seit Jahrhunderten verbunden sind.“

Der Prozentsatz der Juden in der russischen Armee war höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung

Die jüdische Presse rief zur Verteidigung des Vaterlandes auf. In den Synagogen wurde für den Sieg der russischen Armee gepredigt. Nach Angaben des Russischen Staatsarchivs für Geschichte meldeten sich allein in den Anfangsjahren des Krieges mehr als 300.000 Juden zum Dienst. Gegen Ende des Krieges gab es in der Armee bereits ca. 600.000 Juden, was eine deutlich größere Zahl darstellt als sie England und Belgien zusammen vorweisen konnten. So war der Anteil der Juden in der Armee während des Krieges höher als in der russischen Bevölkerung insgesamt!

Man sollte meinen, dass die aktive Teilnahme der jüdischen Bevölkerung an Handel und Industrie, an der Entwicklung des Handwerks, an Dienstleistungen für die Bevölkerung im Gesundheitswesen etc., und schlussendlich die patriotische Stimmung der Juden in dieser schweren Zeit, all die festgefahrenen Vorurteile zerlegen und eine Anerkennung der Juden als vollwertige Bürger hätte mit sich bringen müssen so wie es in den Ländern Westeuropas und in den USA der Fall war.

In Wirklichkeit aber wurden unter dem Einfluss von Antisemiten Maßnahmen getroffen, um das Heer und die Nation gegen die Juden aufzuhetzen. Als Folge dessen fegte eine Spionageepidemie über das Land, und die jüdische Bevölkerung wurde des Hochverrates bezichtigt.

Das beispiellose Misstrauen der militärischen und zivilen Behörden zeigt sich zum Beispiel anhand von Dokumenten der Gebietsverwaltungen Österreich-Ungarns, die sich mit dem

„Bis zum Ersten Weltkrieg lebten in Deutschland mehr Juden als in Frankreich, England und Italien zusammen.“

Kriegsrecht befassten: „Informationen über Personen, die der Spionage bezichtigt werden, Überwachung verdächtiger Personen“, „Informationen über ... Beziehungen zur zivilen Bevölkerung und zur jüdischen Diaspora, eine ungefähre Liste von Fragen über die Einstellung der Juden zum Krieg“. Auf russischem Gebiet wurde die Festnahme von bekannten Vertretern der lokalen, jüdischen Bevölkerung als eine Art Beispiel der Loyalität zum Vaterland verstanden.

Während des Krieges stieg der Antisemitismus teilweise sogar

Der Antisemitismus in der Armee stieg. Es kam sogar zum Befehl, jüdische Soldaten der unteren Ränge als Teil der ersten Marschkompanien an die Front zu schicken. Der Weg zum Offizierskorps war für Juden nur über die Taufe möglich. Bekannte militärische Führer jüdi-

scher Herkunft waren u.a. die Generäle Sergej Zeil, Alexander Chanukow, Nikolai Iwanow, M. Arnoldi, Vizeadmiral Alexander Sabsai oder Konteradmiral J. Kefali. Ein militärisches Versagen wurde oft mit „jüdischen Verbrechern“ in Verbindung gebracht.

Den größten wirtschaftlichen, moralischen und psychologischen Schaden für das Land brachte die willkürliche Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Gegenden, die von militärischen Aktionen betroffen waren. Verschiedenen Quellen zufolge betrug die Zahl der aus den Grenzgebieten zwangsumgesiedelten Juden während der Kriegsjahre 500 bis 600.000 Menschen. Zusammen mit Flüchtlingen anderer Volksgruppen, die ebenfalls ihre Heimat verloren hatten, hat dieser Umstand einen tiefgreifenden Zusammenbruch der Wirtschaft jener Orte verursacht.

Es war die Februarrevolution – und nicht die Oktoberrevolution –, die den russischen Juden die Gleichberechtigung brachte

Die Situation der jüdischen Soldaten aus den unteren Rängen änderte sich nach der Februarrevolution von 1917 dramatisch, als das Dekret der Provisorischen Regierung alle Klassen-, Religions- und nationalen Schranken sowie die Zulassungsbeschränkung von Juden zu Militärschulen und ihren Aufstieg zum Offizier aufhob. Nicht wenige patriotisch gesinnte Juden waren in die Kadetten- und Fähnrich-Schulen eingetreten und nach Beendigung des beschleunigten Kurses an die Front gegangen. Für ihre Tapferkeit, die sie in der Schlacht unter Beweis gestellt hatten, wurde an mehr als 3.000 jüdische Soldaten das Sankt-Georgs-Kreuz verliehen, mehr als 40 von ihnen wurden zu sogenannten „Vollkavalieren“ (Träger von vier Sankt-Georgs-Kreuzen und vier -Medaillen).

Der Putsch vom Oktober 1917 und ein separater Vertrag der neuen russischen Regierung mit Deutschland (1918) beförderten Russland aus der Reihe der Hauptakteure des Ersten Weltkrieges.

Der Krieg des Brudermordes

Diesen Krieg nannte man nicht umsonst den Krieg des Brudermordes: Russen töteten ihre slawischen Brüder (Slowenen, Tschechen und Slowaken) und umgekehrt, Bulgaren griffen die Serben und die Mazedonier an; die russischen Juden standen den jüdischen Soldaten Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber, deutsche Juden und Katholiken kämpften mit ihren Glaubensbrüdern aus Frankreich, Großbritannien und Italien (ab 1915). Dieser Weltkrieg, der am 11. November 1918 sein Ende fand, war ein moderner und zugleich einer der grausamsten Konflikte in der Geschichte der Menschheit.

Beim Eintritt in den Krieg verfolgte jeder Staat seine ganz eigenen Ziele, weshalb es viele Gründe für den Ausbruch gab. Dazu äußerte sich der damalige US-Präsident Woodrow Wilson wie folgt: „Alle suchen nach der einen Ursache für den Kriegsbeginn, finden ihn aber nicht. Die Suche ist vergebens, man wird sie nicht finden. Der Krieg hatte nicht eine, sondern mehrere Gründe.“ Ich möchte glauben, dass die Juden an diesem Krieg am wenigsten interessiert waren.

Übersetzt aus dem Russischen von Edgar Seibel

Ein deutscher Patriot jüdischen Glaubens

Zum 100. Todestag des Reeders Albert Ballin

Von Dr. Stefan Winckler

Albert Ballin gehört zu den herausragenden deutschen Persönlichkeiten jüdischen Glaubens im Kaiserreich. Am 9. November 1918 verstarb er. Wer war dieser Mann?

Sein Vater, dänischer Herkunft, landete um 1830 in Hamburg, wo er mit Samuel Moritz Hirsch eine schlechtgehende Auswandereragentur namens Morris & Co. gründete. Dort wurde Albert Ballin 1857 als jüngstes von neun Kindern in Hafennähe geboren. Die Kindheit war vom materiellen Mangel (er hatte weitere vier Halbgeschwister) und einer bescheidenen Bildung geprägt. Albert verließ vor dem 15. Geburtstag die Schule und trat in das elterliche Geschäft ein.

Großraum statt Kabinen

Der Vater starb 1874, Albert und sein Bruder Joseph erhielten 1875 Prokura, 1879 wurde er Mitinhaber der Firma Morris & Co. In jener Zeit stiegen die Auswandererzahlen nach Amerika an, so dass auch Ballins Firma davon profitieren konnte. Zu günstigen Preisen unterstützte er die Weiterfahrt geflohener russischer Juden. Er schlug dem Reeder Edward Carr vor, zwei Frachter umzubauen, um sie ausschließlich als Transportschiffe für Auswanderer nutzen zu können: Statt in Kabinen sollen sie in Großräume unterteilt werden, die tagsüber zum Aufenthalt und nachts als Schlafsäle genutzt werden sollten. Auf der Rückfahrt aus der Neuen Welt seien diese dann leicht in Frachträume umzuwandeln.

Rasch entwickelte sich eine Erfolgsgeschichte: „Bereits nach einem Jahr, 1882, konnte Carr seine Flotte von zwei auf sechs Schiffe erweitern, denn Ballin schickte ihm 12.200 Emigranten, das waren etwa 17 Prozent des gesamten Hamburger Auswandererverkehrs. Und deren Zahl stieg weiter: 1883 waren es 16.500“. Die große Konkurrenz, die Hapag (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft), horchte auf und kooperierte ab 1886 mit Ballin/Carr in Sachen Auswanderung. Hapag richtete eine Passageabteilung ein, deren Leitung Ballin zu einem Mindestjahresgehalt von 10.000 Mark (plus Provisionen) übernahm. Zwei Jahre später verließ Ballin die väterliche Firma endgültig und trat in den Vorstand der Hapag ein – mit 31 Jahren.

Schon in dieser frühen Phase setzte sich Ballin für den Bau eines repräsentativen Firmensitzes am Dovenfleeth 19-20 ein (der zehn Jahre später als zu klein erschien, da die Hapag zu einer Firma von Weltrang aufgerückt war). Gleichzeitig überzeugte er die Hapag von einer Kapitalerhöhung (15 Mio. auf



Beging Selbstmord beim Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs: Albert Ballin

20 Mio. Mark), um sich den Bau von modernen Doppelschrauben-Schnelldampfern leisten zu können. Zwei Jahre später kamen die beiden Dampfer „Augusta Victoria“ und „Columbia“ hinzu, 1890/91 die „Normannia“ und die „Fürst Bismarck“.

Zeppelin, Reisebüro und ärztliche Voruntersuchung

Damit war eine schnellere und – dank der exklusiven Ausstattung – auch komfortablere Atlantiküberquerung möglich. Auch wenn der Schwerpunkt der Hapag auf dem Frachtverkehr lag, machte sich die Aktiengesellschaft einen Namen mit luxuriösen Kreuzfahrtschiffen. Aber auch für weniger betuchte Reisenden bot die Hapag Reisen an. Es wird nicht überraschen, dass die Hapag zu diesem Zweck auch ein Reisebüro übernahm. Daneben för-

derte sie die Luftfahrt, denn ebendort wurden Flugkarten für die Zeppeline angeboten. Zu den Pionierleistungen der Hapag zählte darüber hinaus, dass sie „Auswandererhallen“ errichtete, in denen die Emigranten vor der Abfahrt Unterkunft fanden und ärztlich untersucht wurden – 1907 konnten bis zu 5.000 Personen gleichzeitig aufgenommen werden!

Da es auch jüdische Auswanderer v.a. aus Russland gab, zählten zur Ausstattung auch koschere Küchen! Zu Ballins Leistungen gehört nicht zuletzt die Erhöhung der Postdampfer-Linien von zwei (1886) auf 67 (Juli 1914). In der Ära Ballin erlebte die Hapag ein rasantes Wachstum: Zwischen 1885 und 1913 stieg die Zahl der Hapag-Dampfer durch Neubauten, Ankäufe und Verschmelzung mit anderen Linien von 23 auf 194, die Tonnage von knapp 55.000 auf über 1.300.000 BRT und das Aktienkapital von 15 auf 180 Millionen Mark.

Freundschaft mit Kaiser Wilhelm II.

Ballin, unter dessen Vorfahren etliche Rabbiner waren, heiratete 1883 eine Protestantin. Er blieb seinem jüdischen Glauben treu, praktizierte ihn aber nur selten in der Synagoge. Mit orthodoxen Juden vermied er den Kontakt, der Zionismus – im Kaiserreich ohnehin nur schwach entwickelt – war für ihn nur wenig anziehend. Die Hamburger Oberschicht suchte den Kontakt zu

ihm kaum – vermutlich erschien er ihnen als Emporkömmling, von dem sich die traditionsreichen Familien lieber fernhalten.

In seiner Villa empfing Ballin außer Vertretern von Aristokratie und Geldadel auch Kaiser Wilhelm II., mit dem er sich 1891 flüchtig und 1899 näher bekannt machte. In den Jahren vor dem Weltkrieg sahen sich Wilhelm und Ballin regelmäßig auf gesellschaftlichem Parkett und zu geschäftlichen und politischen Besprechungen, nach Kriegsbeginn nur noch sehr selten. Wilhelm war zwar voller antisemitischer Vorurteile, aber er schätzte Ballin und andere jüdische Angehörige der Elite wie Max Warburg.

Wirtschaftsliberal und pragmatisch sozial

Sehr angetan von Ballin war auch Reichskanzler Bernhard von Bülow. Ballin selbst war politisch nicht aktiv, hatte aber liberale, nicht demokratische Einstellungen. Als Großreeder war er Fürsprecher des Freihandels. Die Kompetenzen des Reichstags wollte er nicht ausgeweitet sehen, SPD und Gewerkschaften betrachtete er als seine Gegner. Im Krieg nahm er eine gemäßigte Position zwischen den Extremen „Siegfrieden“ und „Keine Annexionen“ ein. Die Sorge um die Zukunft ließ ihn politisch expliziter werden: Flottenstützpunkte ja, Verständigung mit England ebenfalls! Soziales Engagement zeigte er, indem er eine „Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse“ schuf. Stiftungen kamen hinzu, Wohnungen für Arbeiter ließ er bauen.

Wie ließe sich Ballins Charakter beschreiben? Er war ein Tatmensch, eher emotional als sachlich-analytisch, äußerst fleißig, temperamentvoll und zuweilen aufbrausend, aber zugleich manierlich. Er schuf Vertrauen durch Kompetenz:

„Überall wurde ihm der Vorsitz auch in internationalen Besprechungen zuerkannt, und es kam schließlich so weit, dass, wenn Ballin verhindert war, die Engländer es ablehnten, zu einer Besprechung zusammenzutreten, solange Mister Ballin nicht den Vorsitz führen könne“

(Max von Schinckel, Hapag-Aufsichtsratsvorsitzender).

Das Ende

Der Ausbruch des Weltkriegs war für den Geschäftsmann und ebenso für den „glühenden Patrioten“ (Carl Fürstenberg) Albert Ballin ein denkbar harter Schlag. Die Hochseeschifffahrt kam ebenso zum Erliegen wie die Geschäftsbeziehungen zu England. 1918 warnte Ballin den Kaiser vor der bevorstehenden Niederlage – vergeblich. Anfang November schlugen SPD und Zentrum vor, Ballin möge die deutsche Delegation auf den bevorstehenden Friedensverhandlungen anführen. Als am 8. November 1918 Arbeiter und Soldaten die Firmenzentrale besetzten, zog sich Ballin in seine Villa zurück und nahm die Überdosis eines Beruhigungsmittels (seit längerer Zeit war er süchtig). Er verstarb zeitgleich mit der Ausrufung der Republik am folgenden Tag. Offenbar war ihm die revolutionäre Zerstörung der gewohnten, von ihm als bewährt angesehenen Ordnung, in Verbindung mit der Niederlage und dem Zustand „seiner“ Hapag unerträglich.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

75 Jahre Liquidierung des Minsker Ghettos

Die Präsidenten von Weißrussland, Deutschland und Österreich weihten eine neue Gedenkstätte im Wald von Blagowschtschina ein, die an die Auflösung des Minsker Ghettos und die Deportation der zumeist jüdischen Insassen erinnern soll



Von Matthias Dornfeldt

Die Staatsoberhäupter Deutschlands, Weißrusslands und Österreichs: Frank-Walter Steinmeier, Alexander Lukaschenko und Alexander Van der Bellen.

Der Zweite Weltkrieg sowie die deutsche Besatzung von 1941-1944 stellt für Weißrussland den grausamsten und blutigsten Teil seiner Geschichte dar. Keine andere Sowjetrepublik war dem nationalsozialistischen Vernichtungsfeldzug in dem Maße ausgesetzt wie der ostlawische Staat. Zu den ersten Opfern der Besatzungsmacht zählte die jüdische Bevölkerung, die ihr als Urheber des sowjetischen Systems und als Widersacher galt. Von den 820.000 weißrussischen Juden wurden bis zu 700.000 in Mordaktionen und Konzentrationslagern auf brutale Weise umgebracht. Fast in jedem Ort oder ortsnahem Waldgebiet gibt es Gedenksteine oder Tafeln, die an die Massentötungen von Menschen mosaikartigen Glaubens erinnern.

Die nichtjüdische Zivilbevölkerung war zunächst einer brutalen Ausbeutungspolitik ausgesetzt, die sich unter anderem in der Verschleppung von 380.000 Menschen ins Deutsche Reich äußerte. Ab 1942 setzten jedoch offene Vernichtungskampagnen vor allem gegen die weißrussischen Dörfer ein. Insgesamt forderten der Krieg und die deutsche Okkupation in Weißrussland neueren Schätzungen zufolge an die drei Millionen Opfer. Das Land verlor damit nahezu ein Drittel seiner Einwohnerschaft. Durch die hohen Verluste, auch unter der nichtjüdischen Einwohnerschaft, waren letztlich in fast jeder Familie der Region Opfer zu beklagen.

Viele israelische Spitzenpolitiker stammen aus Weißrussland

Mit der Ermordung der Juden verschwand eine Bevölkerungsgruppe, die das Leben

insbesondere in den Städten der Region über Jahrhunderte mitbestimmt hatte. So stammten mehrere Spitzenpolitiker Israels, wie der erste Staatspräsident Chaim Weizmann, Simon Peres und Menachem Begin aus dem multiethnischen Staat. Israels einzige Ministerpräsidentin Golda Meir verbrachte in der deutlich vom Judentum geprägten Stadt Pinsk ihre Kindheit und Jugend. Trotzdem sind noch überall im Land Spuren jüdischen Lebens zu entdecken und der weißrussische Staat gibt in den letzten Jahren viel Geld für die Erhaltung und den Wiederaufbau nationalen Kulturerbes aus.

Touristen aus Israel und den USA

Darunter befinden sich auch zahlreiche jüdische Gebäude, Gedenkorte und Friedhöfe. Zudem sind auch viele Privatinitiativen aus aller Welt aus diesem Gebiet aktiv. Des Weiteren ist das postsowjetische Land in den vergangenen Jahren immer mehr zu einer Reisedestination für Touristen aus Israel und Juden aus den USA geworden.

Ein zentraler Gedenkort für die Shoah auf weißrussischem Territorium ist der Komplex um das ehemalige deutsche Vernichtungslager Maly Trostinez sowie der angrenzende Wald von Blagowschtschina. In der größten Vernichtungsmaschinerie auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR, die auch auf der Rangordnung der vom Deutschen Reich betriebenen Todeslagern den Spitzenplatz vier einnimmt, wurden vornehmlich jüdische Men-

schen aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei, aber auch sowjetische Kriegsgefangene und Partisanenverdächtige ermordet. Nach Auflösung des Minsker Ghettos wurde auch einheimische Juden von Einheiten der Schutzpolizei und der Waffen-SS erschossen, und anschließend in Gruben vergraben. Darüber hinaus fanden auch Vergasungen in für diesen Zweck umgebaute LKW statt.

Bereits seit 1992 führte der Berliner Verein „Kontakte/Kontaktyi e. V.“ Gedenkstättenfahrten zu diesem bedeutenden Erinnerungsort durch. In der Ortschaft Bolschoi Trostinez wurde 1963 eine erste Gedenkstätte mit einem Obelisk zur Erinnerung an das Vernichtungslager errichtet. Zwei Jahre später weihte man am Ort der ehemaligen Scheune ein Denkmal für die Opfer der im Lager ermordeten Menschen ein. Im Wald von Blagowschtschina und Schaschkowka erinnern Gedenksteine und ein Denkmal an die dortigen Erschießungen und den Standort des provisorischen Krematoriums.

Im Jahr 2006 wurde ein Konzept für den Bau eines „Kreuzwegs“ als Gedenkstätte vorgelegt. In Wien wurde 2011 der Verein „IM-MER Initiative Malvine – Maly Trostinez erinnern“ gegründet. In Deutschland hat das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund (IBB gGmbH) im März 2013 eine Initiative für eine größere Gedenkstätte in Trostinez ins Leben gerufen. Als erster Ab-

schnitt der Gedenkstätte wurde am 22. Juni 2015 das Denkmal „Die Pforte der Erinnerung“ öffentlich seiner Bestimmung übergeben. Am 13. Oktober 2016 beschloss der österreichische Nationalrat einstimmig einen Initiativantrag, der die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung eines würdigen Denkmals aufforderte.

Viele deutsch-weißrussische Initiativen

Seit dem 8. November 2016 wurde die deutsch-weißrussische Ausstellung „Vernichtungsort Maly Trostinez. Geschichte und Erinnerung parallel“ an verschiedenen Orten in Deutschland und in Weißrussland gezeigt. Träger der Ausstellung waren das IBB gGmbH, die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ Minsk (IBB Minsk) und die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Die Ausstellung wurde durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und das Auswärtige Amt gefördert.

Am 29. Juni 2018 wurde schließlich in Gegenwart des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und seines österreichischen Amtskollegen Alexander van der Bellen, des österreichischen Amtsvorgängers, Altbundespräsident Heinz Fischer sowie des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko während einer öffentlichen Gedenkstunde das Mahnmal „Der Weg des Todes“ im Wald von Blagowschtschina eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben.

November 1918: Der Jude und die Abdankung des Kaisers

Kurt Hahn, der jüdische Freund des Prinzen Max von Baden, wird als Ghostwriter der im Namen des Kaisers gehaltenen Abdankungsrede angenommen

Von Carl Jancke

Kurt Hahn war ein jüdischer, deutsch-nationaler, anglophiler Internationalist. Dass er gemeinsam mit Prinz Max von Baden nach dem Ersten Weltkrieg das Eliteinternat Salem gründete, ist weithin bekannt. Dass Hahn eine entscheidende Rolle bei der Abdankung von Wilhelm II. spielte, nicht. Er steht stellvertretend für die Selbstverständlichkeit, mit der jüdische Bürger in jener Zeit an Bedeutung in Industrie und Wirtschaft gewonnen hatten. Im aufstrebenden Bürgertum genossen sie selbstverständlich Ansehen und hatten Einfluss.

Kurt Hahn wurde in ein solch großbürgerliches Haus hineingeboren. Sein Vater führte die „Hahnschen Werke“, eine Familien-AG, die Stahl- und Röhrenwerke betrieb. Seine Mutter, geb. Landau, entstammte einer renommierten Rabbinerfamilie und führte in der Hahn'schen Villa einen großen politischen Salon mit renommierten und bekannten Intellektuellen und Künstlern.

Zur Weltoffenheit in jener Zeit gehörte auch, dass Hahn zum Studium nach England ging. In Oxford schrieb er sich am Christ Church College ein und studierte klassische Philosophie. Zwischen 1906 und 10 hörte er alle intellektuellen Größen an den Universitäten Heidelberg, Berlin, Freiburg und Göttingen und veröffentlichte 1910 seine erste Erzählung „Frau Elses Gnade“, die bei der Familie nicht auf fruchtbaren Boden fiel. Zurück in Oxford beschäftigte er sich mit Kant und Hegel und begann sich für Erziehung zu interessieren.

Er betätigte sich am College sportlich und begeisterte sich für die großen Debatten, die von der Students Union mit Regierungsmitgliedern und Parlamentariern veranstaltet wurden. So entstand seine Vorliebe für die politische Kultur und die Erziehung in britischen Internaten. Doch das Attentat auf den österreichischen Thronfolger beendete diese Etappe. Der Erste Weltkrieg brach aus.

Nicht wehrfähig

Nach einem Sonnenstich und zahlreichen Kopf-OPs war Hahn nicht wehrfähig, und trat so in die Außenstelle „Auslandsdienst“ des Auswärtigen Amtes ein. Dort analysierte er die britische Presse, um die Stimmung beim Gegner einschätzen zu können. Trotz seines recht jugendlichen Alters von nur 30 Jahren war sein Rat offensichtlich sehr gefragt. Die Außenstelle erwies sich als Keimzelle der deutschen Politik- und Geschichtswissenschaft, wie Dr. Michael Knoll in „Kurt Hahn - ein wirkungsmächtiger Pädagoge. Aus: Pädagogisches Handeln. Wissenschaft und Praxis im Dialog 5 (2001)“ schreibt, der mein lückenhaft vorhandenes Wissen um viele Details erweitert hat.

Hahn war dem männlichen Geschlecht zugetan, was sein Schüler, der renommierte Historiker Golo Mann schon früh bestätigte. Lothar Machtan offenbarte 2013 in einer Biographie Max von Badens die längst bekannte Tatsache, dass es bei ihm nicht anders war. Auch wenn er als verheirateter Mann – wie damals üblich – der Pflicht zur Zeugung eines Nachfolgers nach-



Kaiser Wilhelm II. folgte der Sozialdemokrat Friedrich Ebert als Staatsoberhaupt.

kam. So werden die beiden sich in gleichgesinnten Kreisen begegnet sein und Hahn entwickelte sich auch zum Ratgeber und Unterstützer des Prinzen.

Der Erste Weltkrieg tobte nicht in Deutschland selbst

Anders als im Zweiten Weltkrieg war das hauptstädtische Leben der Großbürger und Adligen während des Ersten Weltkriegs nicht direkt vom Kriegsgeschehen betroffen. Die Front war mindestens 1000 Kilometer entfernt. Es gab keine Bombenangriffe. Man traf sich und diskutierte die politische Lage und Hahn muss wohl so etwas wie ein Netzwerker gewesen sein. Er reiste durch halb Europa und sprach vor „rechten“ und „linken“ Verbänden und Vereinigungen, um auf einen schnellen, gesichtswahrenden Frieden hinzuwirken. Nur am kaiserlichen Hof geriet er in Ungnade, weil er 1917 gegen die Verschärfung des U-Boot-Krieges opponierte. Das brachte ihm eine „Strafversetzung“ in die „militärische Außenstelle“ ein und ins Umfeld des Generalstabschefs Erich Ludendorff. So wuchs sein Einfluss und sein Netzwerk weiter.

Hahn soll selbst seinen Freund, den badischen Thronfolger, als Reichskanzler ins Gespräch gebracht haben, der einen für alle Seiten gesichtswahrenden Frieden erreichen wollte. Doch als der

chie zu retten. Damit hatte Deutschland seine Verhandlungsposition frühzeitig unterminiert und die Kriegsgegner forderten nun die Kapitulation. Das war bereits im September 1918. Die Chance auf den von Hahn und Baden gewollten Verständigungsfrieden war vertan.

Ob die Straßenkämpfe und auch die Kieler Revolte von Marinesoldaten die Entwicklung beschleunigt haben, kann man nicht sagen. Nach Ludendorffs Kardinalfehler war die Messe wohl gelesen.

Ludendorff gab auf, der Kaiser nicht

Der Einzige, der wohl nicht wusste, was die Stunde geschlagen hatte, war der Kaiser selbst. Der Privatsekretär des Reichskanzlers, Kurt Hahn, dürfte die Abdankung des Kaisers formuliert haben, die Prinz Max verkündete, bevor sich Wilhelm II. dazu entschieden hatte. Geschichte war gemacht, Tatsachen waren geschaffen.

Dem sozialdemokratischen Staatssekretär in der Regierung Baden, Philipp Scheidemann, kam zu Ohren, dass der Kommunist Karl Liebknecht die Räterepublik (Rat = deutsch für Sowjet) ausrufen wollte. Scheidemann kam ihm aber in der Mittagspause, oder wie er sagte „zwischen Suppe und Nachtisch“ zuvor und rief die Republik aus.

Max von Baden hatte mit der Abdankungserklärung seine Amtsvollmacht

Gerechtigkeit“ auf der Basis der 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson wollten.

Kurt Hahn glaubte nicht an die Alleinschuld der Deutschen

Hahn wurde Sekretär der deutschen Verhandlungskommission in Versailles, die Rede des Außenministers von Brockdorff-Rantzau stammte im Wesentlichen aus seiner Feder. Vor allen Dingen aber dieses Zitat: „Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge“. Die Demütigung von Versailles, die das Scheitern der Weimarer Republik im Wesentlichen bewirkte, konnte auch

Kurt Hahn nicht verhindern.

Auch wenn er von der politischen Bühne abtrat, und sich mit Prinz Max an den Bodensee zurückzog, blieb er doch politisch aktiv. Es ging ihm – wie vielen anderen – um die Widerlegung der angeblich alleinigen deutschen Kriegsschuld, und wollte eigens zu diesem Zweck sogar ein Institut einrichten. Außerdem widmete er sich der politischen Schriftstellerei und verfasste als Ghostwriter die Memoiren des Prinzen Max.

Der Weimarer Republik blieb Hahn als Teil der vom Kaiserreich geprägten Elite skeptisch gegenüber: „Die Aristokratie ist das Salz in der Suppe der Demokratie“, beschrieb er seine damalige Grundhaltung. Und so war das Salemer Internat in der Form eines Ständestaates organisiert. So blieb es bis in die 70er Jahre. Und bei den Salemer Schulleitern in seiner Nachfolge setzte Hahn auf blaues Blut. Der Prinz von Hannover, der Widerstandskämpfer Axel von der Bussche oder Horst Freiherr von Gersdorff und Hartwig von Bernstorff führten die Schule in den 50ern und 60ern mit preußischem Korps- gegen den Zeitgeist.

Elitenbildung

Sie wollten „eine geistig-sittliche, körperlich gesunde Führungsschicht“ heranziehen, „die einmal im Staate als Aristokratie [der Gesinnung] Führungsaufgaben übernehmen sollte“.

Die „Erziehung zur Verantwortung“ sollte dies bewirken. Salemer Schüler sollten immer „das für Recht Erkannnte“ durchsetzen. Hahn hatte in seiner Zeit im Vereinigten Königreich das Zusammenspiel von Eliten erlebt, die von den public schools wechselten und ein lebenslanges „Old boys Network“ bildeten. In Deutschland gab es damals ein vergleichbares Netzwerk aus Soldaten-, Beamtenadel, Intellektuellen und Großbürgern. Nur war dessen Tradition eine andere: Nicht wie in Westminster dem Parlament und dem Volkswillen verpflichtet, sondern der Obrigkeit. Und die war nun verloren.

Die Salemer Schülerschaft rekrutierte sich natürlich aus dem fortschrittli-

„ 12.000 Juden waren als Soldaten der deutschen Armee im Krieg gefallen, der am 11. November 1918 zu Ende ging. “

im Herbst 1918 für wenige Wochen ins Amt kam, sagte er „Ich glaubte, fünf Minuten vor zwölf zu kommen, und bin fünf Minuten nach zwölf gerufen worden.“

Nachdem die vom Generalstabschef Ludendorff geplante Frühjahrsoffensive keinen Durchbruch brachte, plädierte er für ein Waffenstillstandsgesuch und die Parlamentarisierung der Armee, um die konstitutionelle Monar-

an Friedrich Ebert (SPD) übertragen. Der wiederum bat den Prinzen, solange als Reichsverweser tätig zu sein, bis ein Nachfolger des Kaisers gefunden sei.

Öffentlich setzte sich Hahn auch jetzt für einen Verständigungsfrieden ein, schreibt Knoll. So initiierte er die Gründung einer „Heidelberger Vereinigung“ durch Prinz Max, Max Weber, Robert Bosch und andere Prominente, die einen „Frieden des Rechts und der

cheren Teil des Adels aber auch aus dem verarmten. Auch viele jüdische Familien schickten ihre Kinder dorthin. Von denen zahlten viele freiwillig mehr als das Mindestschulgeld und finanzierten so das Schulgeld manches Sprosses des ostelbischen Adels. Als die jüdischen Kinder Salem 1933 verlassen mussten, war die Schule faktisch pleite. Es fehlten eben nicht nur deren Schulgelder, sondern die Gelder der wohlhabenden, die den Stipendienfonds finanzierten.

Zunächst war Hahns Verhältnis gegenüber den Nazis ambivalent. Im Oktober 1932 prügelten fünf SA-Leute einen kommunistischen Arbeiter zu Tode. Hitler rief seine Gefolgschaft zum Widerstand gegen die verhängte Todesstrafe die er als „Bluturteil“ brandmarkte, auf. Hahn erklärte in einem Telegramm an die Mitglieder des Salemer Bundes (der Altschüler) die Unvereinbarkeit des Treueverhältnisses zu Salem und der Mitgliedschaft in SA und SS.

Hahn war trotz seiner nationalen Gesinnung ein Großbürger, der von Philosophie, Aufklärung und humanistischen Idealen geprägt war. Doch für die Verhinderung des Zweiten Weltkriegs und der Nationalsozialisten kam Salem zu spät. Immerhin haben in der Bundesrepublik Schüler aus seiner Zeit bedeutende Rollen gespielt: Die Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann und der Historiker Golo Mann (Sohn von Thomas Mann).

Markgraf Bernhard, erster Schüler Hahns und Nachfolger von Max, der 1929 verstorben war, telegraphierte am 11. März 1933 an Reichspräsident von Hindenburg:

„Teile Eurer Excellenz mit, daß seit heute nacht Schloß Salem von Hilfspolizei umstellt ist. Grund, der Leiter der Schloßschule stehe in Verdacht der Ver-

bindung mit Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Schule Schloß Salem hat Ansehen weit über Deutschland hinaus. Für ihren nationalen Geist trage ich die Verantwortung. Was eben geschieht, ist eine Beleidigung für mich und mein Haus.“

Unter Hitler musste sich Hahn verabschieden

Die „Hilfspolizei“ waren SA und SS, und Hahn wurde in Schutzhaft genommen.

Tatjana Metternich berichtet von dem persönlichen Versuch des Markgrafen, bei Hitler die Wiedereinsetzung Hahns in Salem zu erreichen:

„Obwohl er Hitler aus Instinkt, Überzeugung und Tradition verabscheute, war er gekommen, um die Erlaubnis zu erlangen, Dr. Hahn als Leiter der berühmten Schule in Salem, die sein Vater, Prinz Max, gegründet hatte, zu behalten: seine schüchterne Art täuschte über innere Entschlossenheit hinweg. Er gehörte zu jener klassenlosen ‚Aristokratie der Feinfühligsten, Rücksichtsvollen und Schneidigen‘, die ihre besondere Kraft aus der Verbundenheit mit ihrem Boden zogen. Den Nazis blieben sie ebenso unbegreiflich wie jene ihnen.“

Jeder Augenblick dieser Unterredung war ihm zuwider, doch Prinz Berthold blieb entschlossen, sie durchzustehen. Unseligerweise gebrauchte er mit Bezug auf Hahn die traditionelle Wendung: „Er ist unserem Haus sehr verbunden.“ Das gab Hitler den Vorwand, auf den er gewartet hatte. Die Anwesenden wurden nun Zeugen eines jener öffentlichen Unbeherrschten (oder beabsichtigten) Wutanfälle:

„Jeder scheint seinen Hausjuden zu haben! Das muss jetzt aufhören! Ich dulde keine Ausnahmen!“

Prinz Berthold, bleich vor Zorn und Abscheu, versuchte erst, seinen Stand-

punkt zu verteidigen, doch als er merkte, wie zwecklos es war, drehte er sich auf dem Absatz um und ging. Von da an unternahm er alles, um seinen Schützling aus dem Land zu bringen und ihm in England neue Möglichkeiten zu schaffen. Dort gründete Hahn die Schule von Gordonstoun.“

Im Grunde zerstörte der Nationalsozialismus gleich drei Kulturen. Die des Hochadels, die auf eine Wiederkehr der Monarchie hoffte, und die Weimarer Republik für ein zum Scheitern verurteiltes Experiment hielt, sowie jene der Großbürger und Industriellen, zu deren Gunsten das Pendel schon in der Gründerzeit umgeschlagen war. Sie waren Unternehmer, Banker und Intellektuelle und als vermeintliche „Emporkömmlinge“ war ihnen die Herkunft und Religion derjenigen, mit denen sie Handel trieben, egal. Und natürlich die Juden.

Warmer Empfang in Großbritannien

Selbst der britische Premier hatte sich für Hahns Verbleib in Salem beim Reichskanzler eingesetzt. So wundert es nicht, dass jener in Großbritannien mit offenen Armen aufgenommen wurde und in Schottland Salems erste internationale Schule gründet. Prinz Phillip, der spätere Prinzgemahl der Queen, hatte dort seine Ausbildung erhalten. Und damit der gerne mit Pflanzen parlierende heutige Thronfolger Prinz Charles für seine zukünftige Aufgaben gewappnet wäre, musste auch er das Hahn'sche Konditionierungsprogramm durchlaufen.

1967 fand hier die erste Round Square Conference statt, an der sieben Landerziehungsheime aus der ganzen Welt teilnahmen, die nach den Prinzipien Kurt Hahns erziehen und lehren. Heute sind es 200 Internate auf der ganzen Welt, die sich Hahns erzieherischen und po-

litischen Zielen unterwerfen, denn dass Hahns erzieherisches Konzept auch immer politisch war, das hat schon Golo Mann konstatiert.

Noch radikaler international ist die Hahn Gründung der „United World Colleges, von denen es 17 auf der ganzen Welt gibt. Hier ist die Schülerschaft jedes einzelnen Colleges so zusammengesetzt, dass dort Schüler aus möglichst vielen Nationen und von möglichst viel Kontinenten zusammenleben, lernen und im Sinne von Hahn erlernen.

Wurde er auf seine erste Schulgründung angesprochen, so pflegte er zu sagen: „Salem befindet sich auf dem Wege der Besserung“: Nachdem die Nazis die Schule fast zerstört hatten, kehrte sie nach dem Krieg zu ihren aristokratischen Grundsätzen und der Erziehung zur Verantwortung zurück. Mitte der 70er Jahre erlebte sie dann die eigene Demokratisierung unter Bernhard Bueb und überstand mit der verstärkten Internationalisierung den mittlerweile gekitteten Bruch mit dem Hause Baden.

Ich selbst weiß von den Segnungen dieser Entwicklung, weil ich als Salemer Schüler 1980 acht Monate als Austauschschüler auf dem Round Square Internat Southport in Australien verbrachte. Die Verbindung zur Familie und Heimat waren 14-tägige Luftpostbriefe.

Heute präsentiert sich die Führung der Schule so provinziell wie die leitenden Angestellten der Berliner Republik. Dem Schülerschwund will man mit einem „Studium Generale“ für in der Berufswahl unentschlossene Bürgerkinder und einem Überlinger Aufbaugymnasium erweitern. Hahns Geist scheint entfloht. Doch er lebt weiter. In Freiburg, ganz in der Nähe von der Hahn'schen Gründung Birklehof eröffnet demnächst ein United World College.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbearbeitung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



[@jrundschau](https://twitter.com/jrundschau)

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

110 bittere und glückliche jüdische Jahre

In Erinnerung an Alice Herz-Sommer, die älteste Pianistin der Welt

Von Esther Ginsburg

Davon, dass die Jahre ihres Lebens genau solche gewesen sind, war die älteste Pianistin der Welt, die Holocaustüberlebende bis ans Ende ihrer Tage fest überzeugt. Mit ihrem eindrucksvollen Leben und einer leidenschaftlichen Liebe zur Musik wusste Alice Herz-Sommer alle Schicksalsschläge dank ihrer unerschöpflichen Lebensfreude zu überwinden.

Am 26. November 1903 erblickten in einer Prager Familie liberaler Juden die Zwillingsschwester, Töchter des Großkaufmanns Friedrich Herz das Licht der Welt; eine von ihnen war Alice. Ihre Mutter Sophie stammte aus einer Musikerfamilie und war seit ihrer Kindheit mit Gustav Mahler befreundet. Literatur und klassische Musik erfüllten ihr Leben; diese Leidenschaft konnte sie an ihre fünf Kinder weitergeben. Oft versammelten sich in ihrem Haus die besten Prager Kulturschaffenden. Alice Herzova begann mit fünf Jahren, Klavier zu spielen, zunächst lernte sie es von ihrer älteren Schwester Irma. Mit 16 wird Alice die jüngste Studentin des Deutschen Konservatoriums in Prag. Ihr Debüt war 1924, sie spielte mit dem Tschechischen Philharmonieorchester das Konzert für Klavier und Orchester Nr. 1 von Chopin. Schon bald gab sie Klavierunterricht und trat in Europa auf.

1931 heiratet Alice den Unternehmer und Violinisten Leopold Sommer. „Er sprach fünf Sprachen und war außerordentlich talentiert“, erzählte sie. 1937 wird der einzige Sohn des Paares geboren, Rafael.

Die Besetzung der Tschechoslowakei und das Verbot der Musik

Dieses fröhliche Leben, voller Musik und Kreativität, endet abrupt im März 1939 mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Wehrmacht. „Für die Juden war es eine schwere Zeit“, erinnerte sich Alice. Den Juden wurde verboten, nach 20.00 Uhr das Haus zu verlassen; so konnte Alice mit ihrer Freundin, der Pianistin Edith Kraus, nicht mehr zusammen musizieren. Konzertauftritte wurden unmöglich; zunächst konnte Alice ihren Unterhalt mit den Klavierstunden bestreiten, dann wurde es zunehmend schwieriger: Erst durfte man keine nicht-jüdischen Schüler haben, dann sollten Klavierstunden auf den späten Abend verlegt werden, danach wurde das Unterrichten gänzlich verboten. Zum Schluss musste Alice sich von ihrem Klavier trennen – es war Juden nicht mehr erlaubt, zu musizieren... Dabei hatte der kleine Rafael das absolute Gehör, und Alice selbst konnte ohne Musik nicht leben.

„Musterlager“ Theresienstadt

Einige Verwandte, darunter Alices Schwestern Marianne und Irma mit ihren Familien konnten am 14. März 1939 mit dem letzten Zug aus Prag fliehen und über Rumänien nach Palästina ausreisen. Leopold Sommer versuchte, mit seiner Familie nach Belgien zu gelangen. Im Mai 1940 wurde dann auch Belgien von Nazi-Deutschland besetzt. Die meisten Juden der Stadt wurden in ein Ghetto eingesperrt. Eine Zeit lang blieb Familie Sommer noch in ihrer Wohnung, wo Alice sich um ihre 72-jährige Mutter kümmerte; 1942 wurde die alte und kranke Frau nach Theresienstadt deportiert, wo sie bald starb. Ein Jahr später, 1943, wurden Alice, Leopold und Rafael unter den letzten Prager Juden ebenfalls nach Theresienstadt gebracht. Insgesamt haben die Deutschen 140.000

Juden aus Mittel- und Westeuropa dorthin verschleppt; über 33.400 Menschen sind dort gestorben, mehr als 88.000 wurden weiter ins Vernichtungslager Auschwitz geschickt. Von der Nazi-Propaganda wurde Theresienstadt zum „Vorzeigelager“ erklärt; bei den Kontrollen des Internationalen Roten Kreuzes hat man es als „jüdische Mustersiedlung“ präsentiert, wo auch an „Freizeitgestaltung“ gedacht wurde. Von Ende 1941 bis Ende 1944 hatten die Häftlinge – tschechische Intelligenzija – ein ausgeprägtes Kulturleben auf die Beine gestellt: Regisseure, Komponisten, Dichter, Musiker, Maler, Wissenschaft-



Alice Herz in jungen Jahren

ler traten mit Vorträgen, Konzerten und Theaterstücken auf, gaben Unterricht. Die Musik war immer präsent, erzählte Alice: „Man zwang uns förmlich, zu spielen – das Rote Kreuz sollte sich überzeugen können, welch ein gutes Leben wir hatten. Dabei starben neben uns täglich hunderte Menschen. Es war eine schreckliche Zeit.“

„Er wollte unbedingt mein Ehrenwort haben, dass ich mich nicht freiwillig dem Frauentransport anschließe, um ihm zu folgen. Viele Frauen taten das; sie haben aber ihre Ehemänner nie wiedergesehen – alle waren umgekommen.“

Zwei Jahre lang wohnten sie in Baracken; „ein dünner wässriger Kaffee zum Frühstück, eine dünne wässrige Suppe zu Mittag und abends; wir verloren an Gewicht, die Menschen fragten, wie wir noch spielen könnten; wir waren so schwach... Aber wir hatten hervorragende Musiker – Geiger, Cellisten, Sänger, Dirigenten, Komponisten.“

Seelennahrung der alten Leute

Alice war gezwungen, über 100 Konzerte im Lager zu geben. „Ich musste zwei, dreimal in der Woche spielen. Unsere Zuhörer waren überwiegend alte Menschen. Verzweifelt und krank, kamen sie dennoch zu den Konzerten, denn das war Seelennahrung für sie. Und auch für uns. Wir alle haben dank der Musik überlebt.“ Es gab 15.000 Kinder in Theresienstadt, überlebt haben 130. Rafael war unter ihnen. Er hatte über 50 Mal an der Vorführung der Kinderoper „Brundibar“ („Der Leiermann“) teilgenommen. Später erinnerte er sich, wie seine Mutter ihn mit ihrem Körper wärmte, wie bemüht sie war, für ihn eine Illusion der Sicherheit entstehen zu lassen. So hatte er das Glück, den Großteil des

Schreckens von jenem Leben nicht mitbekommen zu haben. Ende September 1944 wurde Leopold Sommer nach Auschwitz gebracht. „An diesem Abend sagte mein Mann, er werde morgen früh zusammen mit anderen Männern nach Auschwitz deportiert. Er wollte unbedingt mein Ehrenwort haben, dass ich mich nicht freiwillig dem Frauentransport anschließe, um ihm zu folgen. Viele Frauen taten das; sie haben aber ihre Ehemänner nie wiedergesehen – alle waren umgekommen.“ Alice ist überzeugt: Auf diese Weise rettete Leopold ihr und Rafael das Leben. Er wusste, was ihn erwartete.

Leopold Sommer wurde von Lager zu Lager gebracht: Nach Auschwitz folgte Buchenwald, danach Flossenbürg und später Dachau, wo er sechs Wochen vor der Befreiung des Lagers an Flecktyphus starb. Am 8. Mai 1945 befreite die Rote Armee Theresienstadt. Alice und ihr Sohn kehrten nach Prag zurück. „Meine Heimkehr war sehr schmerzhaft: Niemand war mehr da – weder die Familie meines Mannes, noch meine Verwandten und Freunde. Dann wurde mir klar, was Hitler getan hat.“ Dennoch betonte Alice: „Ich habe mit meinem Sohn nie über den Krieg gesprochen. Ich wollte nicht, dass mein Kind den Hass im Herzen trägt, denn der Hass erzeugt neuen Hass.“

1949 Auswanderung nach Israel

Mutter und Sohn wollten nicht in der kommunistischen, antisemitischen Tschechoslowakei bleiben, wo man sie als ehemalige KZ-Häftlinge misstrauisch beäugte. Im März 1949 gehen sie nach Israel, wo Alices Schwester Marianne lebte. Dort, in Jerusalem, wird Alice fast 40 Jahre ihres Lebens verbringen und an der Jerusalemer Musikakademie Musik unterrichten. So

Lasker-Wallfisch angehörte, die Cellistin des Auschwitz-Orchesters. Alice erfreut sich wieder des Lebens, ist optimistisch; widmet drei Stunden täglich dem Musizieren, geht schwimmen. Aus Respekt vor der jüdischen Tradition und um ihre geistige Gesundheit zu stärken schreibt sie sich an der Hochschule für Ältere ein, studiert Geschichte, Philosophie, Judaistik. [Später musste sie dieses Studium aus gesundheitlichen Gründen aufgeben.] Im November 2001 trifft Alice erneut ein schwerer Schicksalsschlag: Während einer Konzertreise in Israel stirbt mit 65, völlig unerwartet, Sohn Rafael – zwei Wochen vor dem 98. Geburtstag der Mutter. Niedergeschmettert und verzweifelt, wird Alice ernsthaft krank: Es ist Brustkrebs. Ihre Liebe zum Leben hat jedoch auch diese schwere Krankheit überwunden. „Nie hatte ich in meinem Leben jemanden getroffen, der so alt ist wie ich es jetzt bin“, sagte Alice. „Als ich jung war, sah man einen 60-jährigen schon als alten Menschen an.“

Wie hat sie es geschafft, ein solch hohes Alter zu erreichen?

„Mein Optimismus half mir dabei. Ich suche stets das Positive. Ich weiß um die Existenz des Bösen, suche dennoch das Gute. Und Disziplin hilft natürlich auch: Täglich sitze ich um Punkt 10 Uhr morgens am Klavier, das ist mein Tagesablauf. Essen? Seit 30 Jahren das Gleiche; und weder Tee noch Kaffee noch Alkohol. Bemühe mich viel spazieren zu gehen, trotz starker Schmerzen; nach 20 Minuten des Laufens wird es immer besser.“ Aber das Leben, das Alice immer so geliebt hatte, verwöhnte sie selten; wie ist es ihr gelungen, diese Liebe zum Leben und zur Musik im Herzen zu bewahren? Alice sagt: „Ich habe viel Elend und Schmerz erfahren und den Verlust meiner Liebsten hinnehmen



Alice Herz als alte Frau

müssen – der Mutter, des Mannes, des geliebten Sohnes. Und dennoch ist das Leben so bezaubernd, es gibt uns so viel Freude, schenkt so viele Erkenntnisse. In meinem Leben gibt es keinen Platz für Pessimismus und Hass. Die Menschen liegen mir sehr am Herzen, Begegnungen, Gespräche schätze ich sehr. Und Musik... sie ist ein Wunder. Für mich ist sie viel mehr als eine Melodie. Sie machte mich immer glücklich. In schwierigen Zeiten gab sie mir Hoffnung; sie war meine Religion... jeder einzelne Tag des Lebens ist wunderschön. Und wenn man so alt ist wie ich es jetzt bin, wird das Leben umso kostbarer: Denn man ist unendlich dankbar, für alles.“

Alice Herz-Sommer verstarb am 23. Februar 2014 in einem Londoner Krankenhaus, sie wurde 110 Jahre alt. Noch eine Woche, und sie hätte erlebt, dass der ihr und ihrem Leben gewidmete Film von Malcolm Clarc „The Lady in Number 6“ (2013) für den Oscar nominiert wurde.

Neustart in London mit 83 Jahren

Alice bleibt in Israel so gut wie allein; vermisst ihren Sohn - Rafael hat geheiratet und ist zu seiner Frau nach London gezogen. Sie ist Violinistin, er wurde Dirigent und Cellist, spielte in „The Solomon-Trio“; sie hatten zwei Söhne. Im Jahre 1986 zog auch Alice nach London und fand mit 83 einen neuen Freundeskreis, dem Anita

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)
Vierteljährlich

I. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —,90.
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,50.

II. im Postabonnement M. 1,25
bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.

Postzeitungsliste No. 3944.
Insorato
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Insoratorstellungen
15 M

☆ **Organ** ☆

der

Zionistischen Vereinigung

in

Deutschland.

Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
E. O. m. b. H.
Berlin II 54, Auguststrasse Nr. 49a.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:
Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14/15.

Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4—6 Uhr.

No. 47.
Berlin, 20. November 1903. 1. Kislew. 5664.
VIII. Jahrgang.

Inhalt.

Die Meyerlade (Quo vadis?). II.
Von Sammy Gronemann.

Das ostafrikanische Projekt des sechsten Kongresses. IV.

Rede bei der Semesterfeier des Vereins Jüdischer Studenten in Charlottenburg.
Von cand. Ing. Majerczik.

Aus der Bewegung.
Rundschau.

Kultige Ecke. — Kleine Chronik.
Nationalfond.
Goldenes Buch.
Ostafrika-Expedition.
Kischineu.
Palästina-Kommission.

Kleine Mitteilungen.
Feuilleton.
Festspiel.
Von Julius Simon-Mannheim.

Litteraturbericht.
Schlemiel.

Singer & Halberstädter, Juweliere

BERLIN W., Leipzigerstrasse 131

Israelitische Kultusgegenstände

Gewürzbecher, Chanukahlampen etc. Magen-David, echt Silber und vergoldet à 1,50, als Shlipsnadel und Berloque.

— Grosse Auswahl in Bestecken, Theelöffeln, Jardinièren, Pokalen. —

Gedenket des Schekels!

Tode, Geburten und glückliche Schidduchim

Die Wochenabschnitte der Thora, die im November gelesen werden

Von Rabbiner Elischa Portnoy

In den Parschijot des Novembers kommt die Erzählung der Thora über unsere Vorfäter richtig in Fahrt und die Geschichten sind dort oft so spannend und „abgedreht“, dass man sich vom Lesen kaum losreißen kann.

Was bedeutet Leben?

Der 1. Wochenabschnitt im November, „Chaje Sarah“ („Das Leben von Sarah“), beginnt überraschenderweise mit dem Tod von Sarah, der geliebten Frau unseres Vorfäters Avraham!

Der Name eines Werkes soll eigentlich die Essenz dieses Werkes wiedergeben, und man hätte erwartet, dass wir in unserem Wochenabschnitt mehr über das spannende und nicht einfache Leben von Sarah Imenu erfahren. Dazu gibt es aber gerade einen Vers „Sarah ward hundertundsiebentwanzig Jahre alt; so lange lebte sie“. Danach wird berichtet, dass Sarah starb, Avraham sie beweint hat und eine würdige Beerdigung für sie organisiert.

Deshalb fragen viele Meforschim (Kommentatoren der Thora), wie man die offensichtliche Diskrepanz in diesem Fall erklären kann? Und unsere Weisen offenbaren uns mehrere interessante Antworten: erstens kann man sagen, dass, während der Frevler schon zu seinen Lebzeiten als (spirituell) tot betrachtet werden kann, die Gerechte auch nach ihrem Tod als „lebendig“ betrachtet werden. Und das macht Sinn: die guten Taten, die die Gerechten in ihrem Leben vollbracht haben, wirken noch lange nach ihrem Ableben.

Eine andere Erklärung besagt, dass „echtes Leben“ erst in der kommenden (spirituellen) Welt möglich ist. Im Mischna-Traktat „Pirkej Avot“ ist dieses Prinzip folgendermaßen definiert: „Diese Welt gleicht einem Vorhof zur kommenden Welt. Rüste dich im Vorhof, damit du (voller Verdienste) in den Königssaal eintreten kannst“. Deshalb waren diese 127 Jahre von Sarahs Leben in dieser Welt eine perfekte Vorbereitung für ewiges Leben ihrer reinen Seele in G'ttes Welt.

Außerdem wird im weiteren Verlauf der Parascha über diese Hochzeit von Avraham und Sarahs Sohn Jizhak berichtet. Seine sehr gute Ehe mit Tzedekjes Rivka war ein großer Nachas (Freude) für seine Eltern. Und da der Sohn und seine große Zukunft eine Lebensaufgabe für Sarah waren, kann auch das erfüllte Leben von Jizhak als „Leben von Sarah“ bezeichnet werden.

Bemerkenswert ist in diesem Wochenabschnitt auch die Geschichte der Beerdigung von Sarah. Ganze 17 Verse widmet die Thora der Erzählung, wie der Witwer Avraham die Höhle Machpela von den Hethitern für eine Riesensumme erworben hat, um dort seine Sarah beizusetzen. Mit der Zeit wurden dort auch Jizhak und Rivka, Yakow und Leah beerdigt. Daher löst der Versuch der UNESCO, das „Grab der Patriarchen“ zum „islamischen Erbe“ zu erklären, überall nur Kopfschütteln aus und untergräbt die Reste von Respekt, die man noch vor dieser Organisation hatte.

Eine tüchtige Frau für Tzaddik

Ein weiteres spannendes Thema dieses Wochenabschnittes ist zweifellos der Schiddusch für Jizhak. Nach dem Tod seiner Frau entscheidet Avraham, dass es an der Zeit ist, den vierzigjährigen Jizhak zu verheiraten. Jedoch vertraut unser Urvater den Mädchen aus dem Land Kanaan, wo er zurzeit wohnt, aus guten Gründen nicht



Jakob und Rahel am Brunnen (Kupferstich nach einem Gemälde von Luca Giordano)

und sendet deshalb seinen vertrauten Diener Eliezer zu seiner Familie nach Aram-Naharaim, um eine passende Frau für Jizhak zu finden.

Natürlich hatte Eliezer bei dieser Mission auch himmlischen Beistand, G'tt hat ihm kräftig geholfen. Als Eliezer in dem Ort angekommen war und sich vor dem Brunnen niedergelassen hat, kam sofort ein schönes Mädchen Namens Rivka zu diesem Brunnen. Sie war aber nicht nur schön, sondern auch unglaublich hilfsbereit: nachdem Eliezer sie um Wasser gefragt hat, hat Rivka nicht nur ihm zu trinken gegeben, sondern hat sich bereiterklärt allen seinen Kamelen Wasser zu geben. Da war sich Eliezer sicher, dass dieses Mädchen, die die Urenkelin von Avrahams Bruder war, die beste Frau für den gerechten Jizhak sein wird. Und tatsächlich war dieser Schidduch mehr als erfolgreich, wie die Thora selbst bezeugt: „Da führte sie Jizhak in die Hütte seiner Mutter Sarah und nahm

men, haben lange gebetet und endlich, nach 20 Jahren Ehe, wurde Rivka schwanger. Jedoch hatte sie eine sehr komplizierte und ungewöhnliche Schwangerschaft, die ihr so zu schaffen machte, dass Rivka zu den größten Weisen der damaligen Zeit, Schem und Ewer, ging, um die Erklärung für ihre Probleme zu bekommen. Ihr wurde geantwortet: „Zwei Völker sind in deinem Schoß, und zwei Stämme werden sich aus deinen Eingeweiden scheiden, und ein Volk wird dem andern überlegen sein, und der Ältere wird dem Jüngeren dienen“.

Diese Prophetie wurde erfüllt: Rivka hat Jakob und Esaw geboren, Jakob wurde zum 3. Vorfater der Juden, Esaw zum Stammvater der westlichen Zivilisation, die im römischen Imperium ihren Zenit erreichte.

In dieser Parascha gibt es gleich zwei berühmte und spannende Geschichten: der Verkauf vom Erstgeborenenrecht und der Segen von Jizhak, der eigentlich für Esaw

Wenn im ersten Fall noch die Thora selbst Esaws Einstellung bezeugt „Und er aß und trank und stand auf und ging davon. Also verachtete Esau die Erstgeburt“, dann ist die Situation mit der Segensgabe viel komplizierter. Rivka, deren Vater der Bösewicht Betuel und dessen Bruder der großer Schwindler Lawan waren, konnte die Charaktereigenschaften beider Söhne besser einschätzen als Jizhak. Und sie hat verstanden, dass wenn Esaw den Segen für materiellen Reichtum vom Vater bekommt, es für seinen Bruder Jakob sehr schwer werden würde seine Aufgabe in dieser Welt zu erfüllen. Deshalb wurde dadurch, dass doch Jakob diesen Segen bekommen hat, gewährleistet, dass die Juden im Geschäftsleben Erfolg haben und das Thora-Lernen unterstützen können. So zum Beispiel wurde Rambam (Maimonides) zu einer Säule unserer Religion, weil sein Bruder, ein erfolgreicher Geschäftsmann, ihn finanziell unterstützt hat.

Jedoch blieb diese Geschichte nicht ohne Folgen für Jakob: da Esaw wütend auf ihn war und nur auf eine gute Gelegenheit wartete, um den Bruder umzubringen, musste Jakob aus der Heimat fliehen.

Jakows Himmelsleiter

Der Wochenabschnitt „Vajetze“ („Und er ging“) beginnt mit Jakows Reise von Beer Schewa nach Charan, wo sein Onkel Lawan ansässig war.

Als er unterwegs einmal übernachtet hat, hatte er den berühmten Traum von der Himmelsleiter:

„Und ihm träumte; und siehe, eine Leiter war auf die Erde gestellt, die rührte mit der Spitze an den Himmel. Und siehe, die Engel G'ttes stiegen daran auf und nieder“.

Unsere Weisen leiten von dieser Begebenheit ein wichtiges Prinzip her, das wir verinnerlichen sollen: diese materielle Welt und die spirituelle Welt sind miteinander fest verbunden. Das bedeutet, dass jeder unserer Gedanken, jedes Wort und jede Tat in dieser Welt einen Effekt in der geistigen Welt hat. Im „Pirkej Avot“ steht (4:13) „Wer ein Gebot erfüllt, schafft sich einen Engel-Verteidiger, wer ein Verbot übertritt, schafft sich einen Engel-Ankläger“. Also alles, was wir gedacht, gesprochen und getan haben, kommt zu uns aus der spirituellen Welt zurück, wie das Gute, so auch das Schlechte. Deshalb sollte jede unsere Handlung gut überlegt werden.

Die Rivalität der Schwestern

Nach dem wunderbaren Traum kommt Jakob endlich nach Charan. Und noch bevor Jakob das Haus seines Onkels betritt, findet er seine große Liebe. Als Jakob eine Pause beim Brunnen macht (wieder der Brunnen!) und sich mit den Hirten unterhielt, kommt gerade in dieser Minute die schöne Rachel, die Tochter von Lawan, zu diesem Brunnen!

Lawan hatte eigentlich zwei Töchter, Leah und Rachel, jedoch war die schönste von beiden die Rachel: „Und Lea hatte matte Augen, Rahel aber war schön von Gestalt und schön von Angesicht“. Es ist eigentlich verwunderlich, warum die Thora die äußere Schönheit sowohl bei Sarah (12:11), als auch später bei Rivka (24:16) und Rachel ausdrücklich erwähnt und hervorhebt. Haben unsere Vorfäter diese Frauen geheiratet, nur weil sie hübsch waren? Wir wissen jedoch aus dem Kontext, dass unsere Vormütter große Gerechte waren und vor allem wegen ihrer wunderbaren Charaktereigenschaften geschätzt wurden.

Unsere Weisen erklären das folgender-

„ Deshalb wurde dadurch, dass doch Jakob diesen Segen bekommen hat, gewährleistet, dass die Juden im Geschäftsleben Erfolg haben und das Thora-Lernen unterstützen können. So zum Beispiel wurde Rambam (Maimonides) zu einer Säule unserer Religion, weil sein Bruder, ein erfolgreicher Geschäftsmann, ihn finanziell unterstützt hat.“

die Rivka, und sie ward sein Weib, und er gewann sie lieb. Also ward Jizhak getröstet nach seiner Mutter Tod“.

Schwierige Zwillinge

Im Wochenabschnitt „Toldot“ („Nachkommen“) wird von der Geburt der Zwillinge Jakob und Esaw erzählt. Jizhak und Rivka konnten lange keine Kinder bekom-

gedacht war, jedoch von Jakob empfangen wurde. In beiden Fällen sieht unserer Vorfater Jakob nicht besonders vorteilhaft aus – man hat den Eindruck, dass er in beiden Fällen geschwindelt hat. Wenn man jedoch diese Verse zusammen mit den Kommentaren unseren Weisen liest, versteht man, dass in beiden Fällen Jakob richtig und gerecht gehandelt hat.

maßen: idealerweise sollte das Äußere eines Menschen seine Innenwelt wieder spiegeln. Jedoch kommt dies bei den einfachen Menschen nicht oft vor. Aber es ist bei den großen Gerechten der Fall und die Tatsache, dass Sarah, Rivka und Rachel äußerlich schön waren, bedeutet, dass sie auch innerlich perfekt waren. Und gerade das war für Avraham, Jizhak und Jakob wichtig, und das war der Grund, warum sie diese schönen und gerechten Frauen geliebt haben.

Jakow war von Rachel so angetan, dass er sofort bereit war sie zu heiraten. Jedoch verlangte der „nette“ Onkel, dass Jakob zuerst für Rachel sieben Jahre für ihn arbeiten.

Sieben Jahre waren für Jakob kein Problem („Also diente Jakob um Rachel sieben Jahre lang, und sie kamen ihm vor wie einzelne Tage, so lieb hatte er sie“), jedoch hatten er und Rachel die Befürchtung, dass Lawan zu betrügen versucht. Und in diesem Bereich war Lawan ein echter Experte, unsere Weisen nennen ihn „Ramaj wadaj“ – ultimativer Schwindler.

Unsere Weisen berichten, dass es ihm gelungen war, sogar seine Nachbarn zu verprellen, die sicherlich keine naiven Kinder waren. Deshalb vereinbarten die Verliebten geheime Zeichen, um eine mögliche Täuschung zu verhindern.

Trotz der Abmachung entscheidet Lawan statt Rachel seine ältere Tochter Leah dem Jakob zu geben. Rachel sieht das und entscheidet trotz großen Schmerzes ihrer Schwester zu helfen, um sie vor Beschämung zu retten: sie verrät ihr die geheimen Zeichen, Jakob wird damit irreführt und Leah wird zu Jakows erster Ehefrau. Vielleicht deshalb haben wir heutzutage den alten Brauch des „Bedeckens“: bei der Hochzeit kommt der Bräutigam zur Braut, vergewissert sich, dass es tatsächlich seine Verlobte ist und bedeckt ihr Gesicht mit dem Schleier.

Als der wütende Jakob seinen Onkel zur Rede stellt, erklärt sich Lawan: „Man tut nicht also in unserm Lande, dass man die Jüngere vor der Älteren weggibt. Halte die Woche aus mit dieser, so wird dir jene auch gegeben, um den Dienst, den du mir noch andere sieben Jahre lang leisten sollst“. Deshalb heiratet nach einer Woche Jakob auch die Rachel und hat jetzt zwei Ehefrauen.

Doch das zieht eine große Rivalität zwischen den Schwestern nach sich: während Leah, die bei Jakob wegen Lawans Betrug einen schweren Stand hatte, einen Sohn nach dem anderen gebärt (insgesamt vier), kann Rachel keine Kinder bekommen. Die resignierte Rachel greift zum letzten Mittel: sie gibt seine Magd Bilha dem Jakob zur Frau: „da ist meine Magd Bilha, komm zu ihr, dass sie in meinen Schoß gebäre, und ich doch durch sie Nachkommen erhalte!“. Und das funktioniert: Bilha gebärt nacheinander zwei Söhne und da wird Leah eifersüchtig. Auch sie gibt dem Jakob seine Magd Silpa zur Frau, auch Silpa bekommt zwei Söhne.

Für Rachel, die das alles mitverfolgen muss, ist das natürlich eine große Qual. Jedoch werden ihre Gebete endlich erhört und auch sie bekommt einen Sohn, Josef. Unsere Weisen sagen, dass sie nur deshalb das Verdienst hatte Kinder zu bekommen, weil sie sich überwinden konnte und ihre Schwester beim Heiraten vor einer Erniedrigung rettete. Dieses Verdienst ist so riesig, dass ihre Grabstätte für Tausende Menschen eines der wichtigsten Pilgerziele in Israel ist.

Nachdem Rachel Josef geboren wurde, befahl G'tt Jakob, dass er mit insgesamt 11 Söhnen, einer Tochter und dem großem Besitz, den Jakob sich erarbeitet hatte, nach Kanaan zurückzukehren.

Schwere Rückschläge in der Heimat
Der letzte Wochenabschnitt des Novembers „Vajischlach“ („Und er sendete“) be-

ginnt damit, dass Jakob, der gerade nach Kanaan zurückgekommen ist, Boten zu seinem Bruder Esaw sendet. Der kleine Bruder erhofft sich, die Stimmung seines großen Rivalen zu erfahren: Hasst Esaw ihn noch immer? Oder hat er schon die Geschichte mit dem Segen verziehen und vergessen? Deshalb lässt Jakob Folgendes ausrichten:

„Solches lässt dir dein Knecht Jakob melden: Ich bin bei Laban in der Fremde gewesen und habe mich bisher bei ihm aufgehalten; und ich habe Rinder, Esel und Schafe, Knechte und Mägde und lasse dir solches anzeigen, damit ich Gnade vor deinen Augen finde.“

Der Kommentator Raschi bemerkt, dass Jakob als Boten echte Engel zum Bruder gesendet hat, um ihn ein wenig zu beeindrucken. Jedoch hilft das alles nicht: die Boten kommen zurück und berichten, dass Esaw weder verziehen noch vergessen hat, und ihm jetzt mit einer vierhundert Mann starken Armee entgegenkommt.

Da Jakob seinen Bruder sehr gut

kennt, bereitet er sich auf die bevorstehende Auseinandersetzung sehr durchdacht vor: zuerst sendet er dem Rivalen staffelweise Geschenke entgegen, dann, falls es doch zum Krieg kommen sollte, teilt er sein Lager in zwei Teile auf („Wenn Esaw gegen das eine Lager kommt und es schlägt, so kann doch das andere entrinnen“) und betet dann zu G'tt.

Unsere Weisen lehren uns, dass wir von Jakows Vorgehensweise für alle unsere Probleme lernen sollen: zuerst müssen wir alles unternehmen, was in unsere Macht liegt, um das Problem zu lösen. Aber dann müssen wir zu G'tt beten und um Beistand bitten. Dabei sind beide diese Handlungen (eigene Bemühungen und das Gebet) notwendig: manchmal bringen die größten Anstrengungen ohne G'ttes Hilfe nichts, aber auch beim eigenen Nichtstun nur auf ein Wunder zu hoffen, ist schlicht falsch.

Jakob hatte Glück: als Esaw ihn traf, war er nicht mehr böse und – wie unsere Weisen berichten – zum ersten Mal hat

er Jakob aufrichtig brüderlich geküsst.

Nachdem die Brüder sich friedlich verabschiedet hatten, ging Jakob mit seinem Machane langsam weiter. Jedoch dauerte seine Freude vom glücklichen Treffen mit Esaw nicht lange, denn schon bald musste unser Patriarch schwere Rückschläge erlitten. Als er sich mit seiner Familie in der Nähe von Schchem niederließ, hat der Sohn des Herrschers, Hamor, die Tochter von Jakob, Dina, verschleppt und vergewaltigt. Daraufhin haben die Brüder von Dina Rache geübt, alle Männer in Schchem umgebracht und ihre Schwester befreit. Wegen der Gefahr, dass die Verbündeten von Schchem ihn angreifen, musste Jakob diese Gegend verlassen. Unterwegs stirbt seine geliebte Frau Rachel bei der Geburt von Benjamin, was einen weiteren schweren Rückschlag für Jakob bedeutete.

Jedoch war damit das Leiden von Jakob noch nicht zu Ende, was wir in den winterlichen Wochenabschnitten im Dezember erfahren werden.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

TeL030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Wiedersehen nach 65 Jahren

Neue Dokumentation: Ein jüdischer Amerikaner findet nach langer Suche sein deutsches Kindermädchen aus Waldenburg (Schlesien) wieder

Von Marie Baumgarten

Ein Wiedersehen nach 65 Jahren – daran hatte Abraham Ravett bei seiner Suche nach Ilse manchmal selbst nicht mehr geglaubt. Denn er hatte nur ein Foto und den Vornamen. Wie es dem amerikanischen Künstler trotzdem gelungen ist, sein deutsches Kindermädchen zu finden, dokumentiert er in einem Film.

Oft sind es die Schicksalsschläge im Leben eines Menschen, die ihn zum Nachdenken über sich selbst veranlassen. Für Abraham Ravett kommt dieser Moment mit Mitte 60, als die gewohnten Dinge in seinem Leben sich ändern und er plötzlich ganz allein ist. Er fühlt sich einsam und abgewiesen. Langsam beginnt er sich an ein längst vergessen geglaubtes Mädchen aus seiner Vergangenheit zu erinnern, mit dem er sich auf unerklärliche Weise verbunden fühlt, obwohl er kaum etwas über sie weiß. Er kennt sie nur aus den Erzählungen der Eltern, die ihm sagten: „Sie hat dich sehr geliebt“.

Ihr Name ist Ilse, sie war sein Kindermädchen. Ravett beschließt sie zu suchen.

Abraham Ravett ist Film-Professor am Hampshire College Massachusetts und seine persönlichen Erlebnisse und besonders die der Familie waren schon oft der Stoff für Filmprojekte.

So ist es für ihn das Natürlichste von der Welt, die Suche nach Ilse mit der Kamera zu begleiten. Dafür reicht ihm sein Smartphone, das er immer bei sich trägt. „Ich musste mich entscheiden“, erklärt er, „wollte ich mit einem professionellen Filmteam drehen oder intime Momente einfangen.“ Er entschied sich für letzteres. Der Titel der Dokumentation: „Holding Hands with Ilse“.

Jede Frau auf der Straße konnte Ilse sein

Seine Suche beginnt Abraham Ravett in Polen – dem Land, in dem er 1947 als Sohn jüdischer Eltern zur Welt kommt. „Es war nicht leicht“, sagt er. „Ich kannte nur den Vornamen des Mädchens und hab nur ein einziges Foto besessen.“ Es zeigt beide im Jahr 1950, da war Ravett gerade drei Jahre alt und Ilse ein Teenager. Ravett trägt das Foto immer mit sich in seiner linken Brusttasche, nahe am Herzen. „Wie weit konnte man schon mit einem Vornamen und einem Foto kommen?“, sagt er im Rückblick. Vielleicht war er ihr schon längst begegnet und wusste es nicht, hatte den Moment verpasst. Jede Frau auf der Straße konnte Ilse sein.

Als im Jahr 2014 die Mutter seiner aus Polen stammenden Lebensgefährtin Basia, wie man in der polnischen Sprache liebevoll zu Barbara sagt, in Oppeln stirbt, kommen sie in die Woiwodschaftshauptstadt in Oberschlesien, um sich um den Nachlass zu kümmern: eine Wohnung im zweiten Stock eines Wohnblocks, wie er typisch für die Stadt und viele andere Orte in Polen ist, die nach dem Zweiten Weltkrieg mühevoll und nach kommunistischen Vorgaben wiederaufgebaut wurden. In so einem Block könnte auch Ilse leben, irgendwo in Polen. Vielleicht sogar in der Nachbarschaft. Eine schöne Vorstellung, doch Ravett muss auch die



Abraham Ravett mit seiner Lebensgefährtin Basia. Gemeinsam besuchen sie oft Basias Heimat Oppeln. Hier hat auch die Suche nach Ilse begonnen. (Foto: privat)

unbequemen Gedanken zulassen: Es könnte sein, ja es könnte durchaus sein, dass Ilse nicht mehr lebte. Wäre das der Fall, wie könnte er Gewissheit bekommen? Besteht überhaupt die kleinste Chance, eine Spur zu ihr zu finden?

Plötzlich geht es ganz schnell

Ein Besuch in Waldenburg, wo Ravetts Familie damals lebte und wo das Foto mit Ilse entstand, bleibt ohne Ergebnisse. Aufgewühlt von vielen offenen Fra-

gen veröffentlicht darüber einen Artikel samt Kontaktdaten in der „Gazeta Wyborcza“, der größten Tageszeitung in Polen.

Jetzt endlich kommt Bewegung in die Sache. Denn diesen Artikel liest ein Waldenburger und schickt ihn an den „Waldenburger Heimatboten“ nach Deutschland, eine Zeitung für Heimatvertriebene. Plötzlich geht alles ganz schnell. Der Film-Professor bekommt nur zwei Wochen später eine E-Mail: „Sind Sie Herr Ravett, der meine Oma sucht?“ „Ja, das bin ich“,



Abraham Ravett hat Ilse gefunden. (Foto: privat)

gen kehrt Ravett in die USA zurück. Er bittet Freunde und Bekannte um Mithilfe. Neue Hoffnung setzt er in den Rat-schlag eines Rabbis, der die Situation der Deutschen in Polen gut kennt und vermutet, dass die deutsche Minderheit in Oberschlesien Ravett weiterhelfen könnte. Doch auch diese Bemühungen laufen ins Leere.

Aber Ravett gibt nicht auf. Er beschließt 2015 sich noch einmal auf den Weg in seinen Geburtsort Waldenburg zu machen. Eine junge Journalistin begleitet ihn einen Tag lang bei einer Suche und

schreibt er zurück. Zwei weitere Wochen vergehen und Ravett sitzt im Flieger nach Ibbenbüren, Nordrhein-Westfalen, wo Ilse mittlerweile lebt.

„Ich bin sehr froh, dass wir uns wiedergefunden haben“

Ilse ist ein Teenager, als Ravetts Mutter sie zu sich ins Haus holt, damit sie auf den kleinen Jungen aufpasst. Die Familie lebt in Waldenburg (Walbrzych), einem Gebiet, das bis Kriegsende 1945 zu Deutschland gehörte. Als die Rote Armee einrückt und das Gebiet an Po-

len fällt, fliehen viele deutsche Bewohner oder werden vertrieben. Doch weil Waldenburg eine Bergbauregion ist, bleiben einige Familien da, weil sie als Facharbeiter gebraucht werden. Auch die Familie von Ilse bleibt. Ausgerechnet eine Deutsche kommt jetzt in die jüdische Familie, die den Holocaust miterlebte – die Eltern waren im Konzentrationslager, sie verloren viele Angehörige. Einen negativen Einfluss auf den Umgang mit Ilse hatte das aber nicht. „Die Eltern waren immer freundlich und nett zu mir, besonders die Mutter“, erinnert sich Ilse im Film.

Von Schlesien in die USA

Obwohl die Eltern eine gutes Auskommen haben und sie wissen, dass ihr Junge an Ilse hängt, verlässt Familie Ravett schon 1950 das damals kommunistische Land. Sie reist nach Israel und von dort 1955 in die ersehnte neue Heimat: die USA. Der Kontakt zu Ilse bricht ab. „Ich war sehr traurig darüber, dass sie nach Israel gegangen sind“, erzählt Ilse. „Ich durfte auch nicht mit zum Bahnhof kommen, denn ich hätte geheult und er wäre nicht mitgefahren.“

Erst durch das Gespräch mit Ilse erfährt Ravett, welche bedeutende Rolle sie in seinem Leben gespielt hat. „Seine Mutter hat den ganzen Tag im Laden gestanden, sie hatte keine Zeit für ihn“, berichtet Ilse. Also hat der Teenager die Mutterrolle übernommen.

Dass die Eltern im Erdgeschoss des Hauses einen Lebensmittelladen führten, dass sie vorgaben, nicht Ravett zu heißen, sondern Gadowski (möglichlicherweise nach dem Onkel, der mit ihnen im Haus lebte) und dass Abraham als Kind Munio genannt wurde – auch das erfährt er in diesem Moment erst von Ilse.

„Wir hatten eine sehr enge Bindung. Ich bin glücklich, dass wir uns wiedergefunden haben“, sagt Ravett. Sie sitzen gemeinsam auf der Couch, während die Enkeltochter die Szenen mit der Telefonkamera festhält. Sie reden, schweigen, lachen miteinander. Fast so, als hätte das Schicksal Abraham und Ilse nie getrennt. Doch die Zeit hat Spuren hinterlassen: Nach der Ausreise aus Polen verlernt Ravett die deutsche Sprache (denn Ilse hatte mit ihm deutsch gesprochen) und so kommt es, dass sie einander gar nicht verstehen. Erst durch die Enkeltochter, die englisch spricht, wird eine Unterhaltung möglich. Doch das ist in dieser Geschichte wohl der einzige Wehrmutstropfen.

Es gab mittlerweile sogar ein erneutes Wiedersehen. Im Juni dieses Jahres hat Ravett Ilse wieder in Ibbenbüren besucht und bei dieser Gelegenheit seinen Film öffentlich vorgeführt. Im Anschluss zeigte er ihn auch in Polen – in Breslau und Waldenburg. „Das Interesse der Menschen war überwältigend“ sagt Ravett. Und kein Auge blieb trocken.

Den Film „Holding Hands with Ilse“ kann man mit polnischen oder deutschen Untertiteln als DVD bestellen. Schreiben Sie dafür einfach eine E-Mail an den Regisseur: aravett@gmail.com

Dieser Artikel ist zuerst im schlesischen „Wochenblatt“ (wochenblatt.pl), der Zeitung der Deutschen in Polen, erschienen.